

# L'affaire de l'IEP de Grenoble

## Revue de presse internationale

*Articles de la presse germanophone et anglosaxonne,  
parus depuis le 5 mars 2021*

*(Les articles sont classés dans l'ordre chronologique)*

---

8 Mars 2021 : Frankfurter Allgemeine Zeitung

<https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/islamophobie-in-grenoble-professoren-muessen-um-ihr-leben-fuerchten-17233557.html>

STREIT ÜBER ISLAMOPHOBIE:

## Zwei Professoren müssen um ihr Leben fürchten

- VON MICHAELA WIEGEL, PARIS
- -AKTUALISIERT AM 08.03.2021-17:58
- 



Wegen angeblicher Islamophobie haben Studenten in Grenoble zwei Hochschullehrer angeprangert. Die Politik verurteilt den „Versuch der Einschüchterung“. Der Fall weckt Erinnerungen an den enthaupteten Lehrer Samuel Paty.

Zwei Universitätsprofessoren in Grenoble müssen um ihr Leben fürchten, weil Studenten ihre Namen in großen Lettern an das Unigebäude plakatiert und sie der Islamophobie bezichtigt haben. „Faschisten in unseren Hörsälen! Professor K. Entlassung! Die Islamophobie tötet!“, stand an der Fassade. Auch in den sozialen Netzwerken hielten die von der Studentengewerkschaft Unef unterstützten Aktivisten den beiden Professoren islamfeindliche Haltungen vor. Knapp fünf Monate nach der Ermordung des Geschichtslehrers Samuel Paty durch einen Islamisten hat die neue Affäre Frankreich aufgeschreckt.

Die beigeordnete Innenministerin Marlène Schiappa verurteilte die Studentengewerkschaft Unef. „Nach der Enthauptung Samuel Patys ist das eine besonders widerliche Tat, denn er war genauso den sozialen Netzwerken zum Fraß vorgeworfen worden“, sagte Schiappa im Fernsehsender BFM-TV. „Unef hat in Kauf genommen, die beiden Professoren in Lebensgefahr zu bringen“, kritisierte sie.

Es sei verstörend, dass sich die Gewerkschaft an der Aktion beteiligt und die Hassaufrufe in den sozialen Netzwerken verbreitet habe. Der lokale Verantwortliche der Gewerkschaft, Thomas M., weigerte sich in einem Fernsehgespräch, die Aktion zu verurteilen. Es sei das Recht der Studenten, auf islamophobe Haltungen der Professoren aufmerksam zu machen, sagte er im Sender BFM-TV.

## **„Versuch der Einschüchterung“**

Die Staatsanwaltschaft in Grenoble hat Ermittlungen wegen öffentlicher Beleidigung und Sachbeschädigung eingeleitet. Hochschulministerin Frédérique Vidal verurteilte den „Versuch der Einschüchterung“ von Universitätsprofessoren, der nicht toleriert werden dürfe. Sie ordnete eine interne Untersuchung am Institut d'Etudes Politiques von Grenoble an. Eine ihrer Vorgängerinnen im Hochschulministerium, die Regionalratspräsidentin der Hauptstadtregion Valérie Pécresse, sprach von „intellektuellem Terrorismus“.

[Marine Le Pen](#) bewertete die Affäre als Beweis, dass es eine „abstoßende, sektiererische Islamo-Linke gibt, die keine Grenzen kennt“. „Wie können solche Methoden gegen Lehrkräfte nach dem Attentat angewandt werden, das Samuel Paty das Leben kostete?“, fragte sie. „Ich verurteile scharf, dass die Namen auf diese Weise preisgegeben werden“, sagte der grüne Bürgermeister von Grenoble, Eric Piolle.

Ausgangspunkt war eine Diskussion unter Studenten und Lehrkräften darüber, ob für ein geplantes Seminar zum Thema Gleichheit die Islamophobie gleichrangig mit Antisemitismus und Rassismus im Titel stehen sollte. Der Austausch fand Ende November und Anfang Dezember per E-Mail statt. Professor K. bemängelte, dass sich hinter Islamophobie oftmals nur Rassismus verberge und keine Verachtung für die Religion.

Was die Adressaten nicht wussten: K. ist mit einer Muslima verheiratet und hat einen Sohn. Auch deshalb fühlte sich der Wahlfranzose berechtigt, das Konzept der Islamophobie als „Propagandawaffe von Extremisten“ zu hinterfragen. Der Runde teilte er mit, dass er davon abrate, Islamophobie in den Titel zu stellen, „aber wir können natürlich darüber diskutieren“. Aufgrund dieses Einwandes wurde er aus der Arbeitsgruppe ausgeschlossen.

Ein anderer Professor, Vincent T., solidarisierte sich daraufhin mit ihm. Deshalb rückte auch der Politikwissenschaftler T. ins Visier der Studentengewerkschaft Unef. T. äußerte, dass die Teilnahme an seinen Seminaren freiwillig sei und er Unef-Mitgliedern deshalb abrate, sie zu besuchen. Die Affäre eskalierte immer mehr. Eine Institutskollegin beklagte sich über die vorgeblich „verletzenden Argumente“ K.s und ließ sich eine Woche krankschreiben. Im Gespräch mit der F.A.Z. schildert K., der seit 25 Jahren am IEP in Grenoble deutsche Zivilisation lehrt, wie die Affäre ohne sein Zutun immer größere Kreise zog. „Ich habe eigentlich nichts dazu beigetragen. Meine Gegner haben das inszeniert, indem sie mich öffentlich verurteilt haben“, sagt er.

## **Will man ihn mundtot machen?**

Von der Hasskampagne auf Facebook habe er erst später erfahren, er sei da ja nicht unterwegs, schildert der 61 Jahre alte gebürtige Stuttgarter. „Ich bin ein ganz normaler Deutschprofessor an einem Provinzinstitut und hatte stets viel Freude an meiner Arbeit“, sagt er. Seine Studenten hätten es an ihm geschätzt, dass er freiheitliche liberale Positionen verteidige. „Der Austausch war immer bereichernd“, sagt K. Doch jetzt wolle man ihn mundtot machen.

„Meine Chefin hat mir verboten, mit der Presse zu sprechen“, sagt er. Er habe in seiner universitären Laufbahn für die Vielfalt der Meinungen gekämpft und werde nicht schweigen. Den Studenten nehme er die Hasskampagne weniger übel als vielen der Forscher und Lehrkräfte am Institut, die sich von ihm distanzieren hätten. „Es gehört zum Studentensein dazu, extreme Meinungen zu vertreten“, sagt er.

Mit den Studenten muslimischen Glaubens in seiner Arbeitsgruppe habe er längst das Vertrauensverhältnis wieder hergestellt. „Sie waren aufrichtig verletzt, dass ich am Konzept der Islamophobie zweifelte. Ich nehme es ihnen nicht übel, man hat ihnen von klein auf beigebracht, sich als Opfer zu verstehen“, sagt er. „Ich werfe ihnen das nicht vor, sie waren ehrlich in ihren Reaktionen“, so der Professor. Auf den meisten Studenten am Institut laste zudem ein enormer sozialer Druck. „Sie wagen nicht, öffentlich das Wort für mich zu ergreifen, weil sie dann sofort als reaktionäre Schweine angeprangert werden“, sagt K. Es sei wirklich schade, dass man an einer Universität nicht vernünftig Argumente austauschen und ruhig diskutieren könne.

Schwerer treffe es ihn, dass etwa 80 Prozent seiner Kollegen ihm die Unterstützung verweigerten oder nur heuchlerisch schrieben, er habe ja selbst zu der Polemik beigetragen. „Ich habe wirklich keinen Kreuzzug gegen den Islam geplant. Ich wollte nur das Konzept der Islamophobie kritisch hinterfragen“, sagt er. Er habe auch keine Lust, Anzeige zu erstatten, aber suche jetzt Rechtsbeistand von einem Anwalt. K. verweist auf seinen Blog „Europe in trouble“, den jeder einsehen könne, der ihn des Faschismus verdächtige. Der Schwabe sagt, er werde jetzt erst mal eine Auszeit nehmen. Ihn freue es aber, dass ihm viele ehemalige Studenten geschrieben und in seinem Beharren auf die Meinungsfreiheit bestärkt hätten.

# 9 Mars 2021: Süddeutsche Zeitung (Munich, Allemagne)

<https://www.sueddeutsche.de/kultur/cancel-culture-frankreich-islamophobie-grenoble-streit-hochschule-akademie-1.5230029>

9. März 2021, 21:32 Uhr

**Frankreich:**

## Akademischer Streit eskaliert



Am Dienstag haben einige Studierende auf dem Campus der Hochschule Science Po in Grenoble demonstriert. (Foto: Philippe Desmazes/AFP)

## An einer Hochschule in Grenoble werden zwei Dozenten der Islamophobie bezichtigt - und stehen jetzt unter Polizeischutz.

Von [Nadia Pantel](#)

Zwei Dozenten der französischen [Hochschule](#) Science Po Grenoble stehen seit Montag unter Polizeischutz. Zuvor hatten Studierende dort Plakate aufgehängt, auf denen die beiden mit vollständigen Namen als "Faschisten" und als "islamophob" bezeichnet worden waren. Fotos der Plakate wurden von einer Studentengewerkschaft im Internet veröffentlicht.

Der Streit an der Akademie begann im November. Damals war der Germanist K. aus Stuttgart, der seit mehr als 20 Jahren in Grenoble lehrt, einer Arbeitsgruppe beigetreten. Dort bereitete man einen Workshop vor, in dem es laut Titel um Antisemitismus, Rassismus und Islamophobie gehen sollte. K. forderte die Streichung des Begriffs Islamophobie, den er eine "Propagandawaffe von Extremisten" nannte.

Der Begriff Islamophobie wurde letztlich gestrichen. In sozialen Netzwerken häuften sich daraufhin die Behauptungen Studierender, K. habe "rechtsextreme Ansichten". Der Politikwissenschaftler T., der sich öffentlich mit K. solidarisierte, wurde verdächtigt, islamfeindliche Inhalte zu lehren. Die Studentengewerkschaft rief zur Überwachung seiner Kurse auf.

Die "akademische Freiheit" sei "nicht verhandelbar", schreibt die Hochschule

Politik und Medien zogen nach dem Vorfall Parallelen zu der Ermordung des Gymnasiallehrers Samuel Paty. Ein Islamist hatte im Oktober Paty auf offener Straße den Kopf abgetrennt. Dem war eine Hetzjagd im Internet vorausgegangen, in der Paty mit Lügen überzogen wurde, die ihn als islamfeindlichen Rassisten dargestellt hatten.

Die Plakate mit den Dozenten, von denen die Studentengewerkschaft UNEF Fotos auf Twitter verbreitet hatte, wurden von Politikern verurteilt. Hochschulministerin Frédérique Vidal sprach von

"Einschüchterungsversuchen", aus dem Innenministerium stimmte ihr die beigeordnete Ministerin Marlène Schiappa zu: Man könne ein Verhalten wie das der UNEF "nicht länger dulden". Man müsse sich gegen eine "Logik der Fatwa" verwahren, sagte Bildungsminister Jean-Michel Blanquer. Justizminister Éric Dupond-Moretti mahnte, man dürfe nicht "Namen zum Fraß vorwerfen". Ermittlungen wurden eingeleitet, um die Plakatierer zu finden.

Die UNEF hat ihren Tweet gelöscht, nennt die eigene Veröffentlichung "taktlos und gefährlich" und betont, man habe selbst nichts mit den Plakaten zu tun. Die Hochschule nannte die Plakate in einem Statement eine "Gefahr für unsere Studenten und unser gesamtes Personal". Die "akademische Freiheit" sei "nicht verhandelbar".

Germanist K. sieht sich dennoch alleingelassen. Auf SZ-Anfrage sagt er, er erwarte eine Klarstellung der Hochschule, "dass ich kein Faschist bin". Sein Sohn und seine Freundin lebten seit den Angriffen in Angst. Er selbst sehe in dem Streit ein Beispiel für "den ideologischen Dogmatismus in den Sozialwissenschaften" und spricht von [Cancel Culture](#). Studierende hatten anonym seine Entlassung gefordert.

## It's hunting season in French schools against 'Islamophobic' professors

In Algeria, 101 teachers were killed by Islamists over the years for the things they said. France is on the way. Op-ed.

Giulio Meotti , Mar 09 , 2021 3:04 PM



### Islamic moon

"The goal is to annihilate those who do not think like them - to 'delete' them purely and simply from public space", Olivier Vial, director of the Center d'Etudes et de Recherches, writes in *Le Figaro*.

He attacks "the Torquemada of the politically and scientifically correct. Convinced that they embody the 'Good', as their predecessors thought they embodied 'the meaning of history', they still believe that the end justifies the means. They have no hesitation in discrediting anyone who opposes them".

After the murder of Samuel Paty, a climate of fear and repression has settled in French schools and universities. A partial list of recorded cases is enough to make us understand the intellectual terror that is experienced in France due to Islam and its far left allies.

- Two professors from the Sciences Po University of Grenoble have just seen their names and faces engraved in large letters at the entrance to the university, next to the words "the fascists in our classrooms" and "Islamophobia kills". Klaus Kinzler, one of the two professors, taught a course on "Islam and Muslims in France".

"It's a story that immediately made me think of Samuel Paty, they clearly put a target on their back," said one student.

- A teacher from Toulouse who scolded five students for not respecting the minute of silence during the homage to Samuel Paty, Fatiha Agag-Boudjahlat, was placed under "functional protection".

- A week after the homage to Paty, a history and geography teacher from Les Batières taught a course on freedom of expression in a fifth grade. Threatened with death, the teacher was assigned to another school.

- A professor at Aix Marseille University was accused of Islamophobia and threatened with death for criticizing the lack of freedom of conscience in Islam.

- A philosophy professor from a middle school in Trappes, Didier Lemaire, was placed under guard and left teaching after the death threats.

- A professor from Annecy was threatened with death and to "end up like Samuel Paty" by his students. Similar cases are recorded in Nice, Lyon, Noisy-le-Grand, Savigny-le-Temple, Nimes ...

This is the "Algerian scenario" that many envision for France under Islamization.

101 Algerian teachers were killed by the Islamists.

**Giulio Meotti** is, an Italian journalist with *Il Foglio*, writes a twice-weekly column for Arutz Sheva. He is the author, in English, of the book "A New Shoah", that researched the personal stories of Israel's terror victims, published by Encounter and of "J'Accuse: the Vatican Against Israel" published by Mantua Books, in addition to books in Italian. His writing has appeared in publications, such as the Wall Street Journal, Gatestone, Frontpage and Commentary



INTERVIEW

## «Man kann nicht mehr von den Gefahren des Islamismus sprechen, ohne als islamophob stigmatisiert zu werden», sagt die französische Soziologin Nathalie Heinich

Verkappter Aktivismus, Pseudowissenschaft und moralische Unterstützung für Islamisten: Die französischen Universitäten sind mit Tendenzen konfrontiert, wie man sie aus den USA kennt. Die Soziologin Nathalie Heinich erklärt, warum sie eine Durchleuchtung der Hochschulen begrüsst.

**Lucien Scherrer, Claudia Mäder 28 Kommentare 10.03.2021, 05.30 Uhr**

«Fanatismus», «Obskurantismus»: Mit solchen Worten versuchten französische Universitäten und Fakultätsverbände («associations de spécialistes universitaires») im letzten Herbst die Enthauptung des Lehrers Samuel Paty zu erklären. Dass der Täter ein Islamist war, der aus religiös motiviertem Hass handelte, verschwiegen sie. Seit dem Mord gibt es in Frankreich eine Diskussion über die jahrelange Verdrängung und die Verharmlosung islamistischer Umtriebe, die in manchen Quartieren einen faktischen Rückzug der Staatsgewalt nach sich zogen. An den Universitäten wird diese Diskussion besonders hart geführt.

Denn kürzlich hat die Regierung angekündigt, gegen den sogenannten Islamogauchismus vorzugehen, der an den Universitäten grassiert. Wissenschaftler reagierten mit Aufrufen und Gegenaufrufen, in denen die geistige Allianz zwischen linken Intellektuellen und reaktionären Islamisten zum Phantom oder zur existenziellen Bedrohung erklärt wird. Indessen erhält die Debatte durch konkrete Vorfälle immer wieder neuen Schub: Gerade ist bekanntgeworden, dass in Grenoble zwei Professoren bedroht wurden, weil sie sich kritisch zum Konzept der «Islamophobie» geäußert hatten.

**Die Kunstsoziologin Nathalie Heinich verfolgt die Entwicklung an den Universitäten seit über vierzig Jahren, als sie bei Pierre Bourdieu dissertierte.** Jüngst hat sie zusammen mit dem Ex-Minister Luc Ferry und anderen Intellektuellen einen Aufruf unterzeichnet, in dem den Universitätsverbänden «Unaufrichtigkeit» vorgeworfen wird. Das Hauptproblem, so erklärt sie, sei jedoch nicht der Islamogauchismus.

Frau Heinich, seit drei Wochen wird in Frankreich über die Universitäten gestritten, es geht um Islamogauchismus, Forschungsfreiheit und ideologische Tendenzen. Von aussen wirkt das alles sehr verworren.





Nathalie Heinich.

Ich kann Sie beruhigen, sogar die Franzosen haben Schwierigkeiten, zu verstehen, was gerade geschieht. Das Komplizierteste ist, dass es **nicht eine Debatte zwischen Links und Rechts** ist. Das behauptet nur die **extreme Linke**, die alles als rechts und rechtsextrem diffamiert, was ihr nicht passt. Im Kern geht es um eine Auseinandersetzung zwischen zwei Tendenzen der Linken: Auf der einen Seite haben wir eine extreme, radikale Linke, die stark von der amerikanischen Woke-Bewegung beeinflusst ist. Und auf der anderen Seite eine reformistische, moderate Linke, die ihrerseits den republikanischen Universalismus hochhält, vor allem über die Verteidigung der Laizität.

Inwiefern stellt die extreme Linke die Laizität und den Universalismus an den Universitäten denn infrage?

Diese Tendenz zeigt sich seit Anfang der 2000er Jahre vor allem im Umgang mit dem Islamismus. Man verschliesst die Augen vor den Exzessen des Islamismus und **geht davon aus, dass jeder Muslim a priori verteidigt werden muss, weil er unterdrückt wird** – selbst wenn es sich dabei um Personen handelt, die integristisches und gewalttätiges Gedankengut vertreten. Diese Tendenz ist innerhalb der Linken dominant geworden, weil die Vertreter der universalistischen Linken verstummen. Seit einigen Jahren ist diese Tendenz auch in den Universitäten spürbar, wo Arbeiten über Islamophobie Mode geworden sind. Die Verurteilung der Islamophobie dient jedoch oft dazu, jede Form von Warnung vor islamistischen Projekten zu delegitimieren. Man kann nicht mehr von diesen Gefahren sprechen, ohne als islamophob stigmatisiert zu werden.

Können Sie konkrete Beispiele nennen?

Im Oktober 2019 wurde an der Sorbonne ein Lehrgang des Autors Mohamed Sifaoui gestoppt, in dem es um Prävention und Radikalisierung ging. Linke Studenten werteten den Kurs als islamophobe Attacke, und einige Lehrkräfte kritisierten ihn angesichts der Stimmung im Land als problematisch. Im gleichen Jahr musste ein Kolloquium über Terrorismus an der Sorbonne verlegt werden, weil Studentenvereinigungen Islamophobie witterten. Mein Kollege Stéphane Dorin, Soziologe in Limoges, hat in den letzten Jahren

immer wieder den Aktivismus an der Universität kritisiert. Unter anderem protestierte er gegen die Einladung von Houria Bouteldja, die zu den Wortführerinnen des Parti des Indigènes gehört, einer extremistischen, vorgeblich progressiven Partei, die aber antisemitische Positionen vertritt und viel Verständnis für den Islamismus und Terroristen wie die Charlie-Hebdo-Attentäter zeigt. Die Konsequenz war, dass Dorin aus seinem Institut ausgeschlossen wurde.

Kann man aufgrund dieser Beispiele **wirklich von einem verbreiteten Phänomen sprechen?**

**Ich behaupte nicht, dass es Hunderte solcher Fälle gibt.** Aber schon der Umstand, dass es einige gibt, ist Grund zu grosser Beunruhigung. Das Problem ist die Schlagkraft derjenigen, die nach dem Prinzip der Cancel-Culture vorgehen und Extremisten verteidigen. Verschiedene Forscher haben sich kürzlich mit Houria Bouteldja solidarisiert, nachdem diese gesagt hatte: «Man kann nicht Israeli und unschuldig sein.»

Trotzdem ist die Wahrnehmung dieser Phänomene völlig unterschiedlich. **Das Centre National de la Recherche Scientifique (CNRS) hat kürzlich in einem Communiqué erklärt, der Islamogauchismus habe keine wissenschaftliche Realität.** Die andere Seite sagt, dass er wie ein Krebsgeschwür wuchere. Wie ist diese Differenz zu erklären?

Man muss sehen, dass das Communiqué des CNRS absolut nicht die Position aller Angehörigen widerspiegelt. Ich bin selber Soziologin am CNRS, und seit einem Jahr sammle ich Fälle von Attacken auf die akademische Freiheit, begangen von aktivistischen Studenten oder Lehrpersonen. Ich habe viele davon. Die Realität des Islamogauchismus an der Universität besteht vor allem in **Büchern von belgischen und französischen Soziologen, die Islamophobie explizit mit Rassismus gleichsetzen. Sie vermischen Rasse und Religion, um Religionskritik als rassistisch erscheinen zu lassen. So machen sie es unmöglich, vor dem islamistischen Fundamentalismus zu warnen, der doch einer Form des Faschismus ähnelt.**

In der Politik ist die extreme Linke zwar vielleicht laut, aber doch nicht mehrheitsfähig. Wie kommt es dann zu diesem geistigen Einfluss an den Universitäten?

Das muss man in einem grösseren Kontext sehen. **Die Stärke radikaler Strömungen hängt mit dem Import von intellektuellen Konzepten aus den USA zusammen.** Das Schlagwort dazu lautet Dekolonialismus, die zugehörigen Ideen zeigen sich in verschiedenen Themenbereichen. Die neuen Theorien tendieren dazu, alles, was auf der Welt geschieht, durch die Brille der Diskriminierung anzuschauen: Die einen sehen alles im

Licht der Rassenfrage, andere betrachten alles durch das Raster des Sexismus. **Diese radikalen amerikanischen Ideen haben an den Universitäten an Terrain gewonnen und faszinieren die jungen Studenten.**

Wissenstransfer zwischen den Kontinenten hat es immer gegeben. Was spielt es für eine Rolle, dass die neuen Konzepte aus den USA stammen?

Das spielt eine grosse Rolle, **denn die amerikanische Tradition unterscheidet sich fundamental von der französischen. In den USA dominieren zurzeit kommunitaristische Ideen.** Demnach sind die Individuen durch eine ethnische, religiöse oder geschlechtliche Gemeinschaft bestimmt und entsprechend unterschiedlich zu behandeln. **Das republikanische Denken à la française aber ist universalistisch:** Die Individuen sind zwar verschieden, aber aus den Unterschieden erwachsen keine festen Gemeinschaften, die Anspruch auf eine spezifische Behandlung hätten. **Die einzig diesbezüglich relevante Gemeinschaft ist in Frankreich die Nation.**

Trotzdem hat der Austausch akademischer Ideen immer funktioniert. Die USA waren eine Weile lang sogar ziemlich stark von französischen Denkern inspiriert – die «French Theory» war doch richtig en vogue.

Aber die «French Theory» haben die Amerikaner selber produziert! In Frankreich gibt es keine Strömung, die so heisst. Und die Konzepte der Postmodernen, die in den USA als «French Theory» kursierten, waren unter französischen Akademikern auch nie unumstritten, im Gegenteil. Aber selbstverständlich gibt es Überkreuzungen. Man kann durchaus sagen, dass eine reduktionistische Foucault-Lektüre, die in den USA populär war, heute wieder zu uns zurückschwappt in Theorien, die alle gesellschaftlichen Themen auf Machtfragen zuspitzen. Auch Bourdieu wurde stark rezipiert. In seinem Denken war die Idee angelegt, dass die Sozialwissenschaften eine aktivistische Komponente haben und den Kampf gegen die Herrschenden unterstützen sollten. **Und das wiederum führt zu einem Problem, das ich heute als weit grösser erachte als den Islamogauchismus: die Vermischung zwischen Aktivismus und Forschung.**

Was bedeutet das genau?

Dass politische Ziele die Ausrichtung der Forschung bestimmen. **Konkret also zum Beispiel: dass der Kampf gegen die Diskriminierung oder die Förderung der Emanzipation zum Zweck des universitären Arbeitens wird.**

Soll man etwa keine Forschung zu Themen der Diskriminierung machen?

Selbstverständlich soll man das, und zum Glück gibt es Forschung dazu! **Aber man soll sie nicht mit einem politischen Ziel im Kopf unternehmen.** Das machen heute aber viele, und wer so an die Forschung geht, arbeitet auf verzerre Weise. **Unweigerlich leidet dann die wissenschaftliche Qualität. Man sieht das sehr oft in politisch inspirierten Recherchearbeiten: Sie gehen von einseitigen Annahmen aus, ignorieren komplexe Ursachengeflechte und haben schwere methodische Mängel.**

Und dieses Problem nimmt Ihrer Wahrnehmung nach an den Unis merklich zu?

Ja, wenn wir so weitermachen, **entwickelt sich die Uni zu dem Ort, an dem in Dauerschleife rein ideologische Arbeiten über Diskriminierung entstehen.** Damit man mich richtig versteht: **Gegen Diskriminierung zu kämpfen, ist absolut richtig und legitim – in der Arena der Politik. Es gibt Parteien und Assoziationen dafür.** **An der Uni dagegen sind wir angestellt, um Wissen zu schaffen und weiterzugeben, und nicht, um die Welt zu verändern.**

Auch hier stellt sich die Frage: Wie zeigt sich dieses Phänomen konkret?

Es zeigt sich dauernd und täglich in Aufrufen zu Kolloquien, Seminaren oder Themenheften, die sich den Kampf gegen Diskriminierungen auf die Fahne schreiben. Vor allem in der **Soziologie** und in der **Anthropologie**, aber auch in der **Geschichte**, in den **Politikwissenschaften** oder in der **Philosophie** ist das zu beobachten. Es handelt sich hier nicht um eine Schimäre: **Es gibt zum Beispiel explizit propalästinensische Seminare an einer unserer Hochschulen.** Aber auch im Canceln zeigt sich der Aktivismus. Im letzten Jahr wurde eine Geschichtsprofessorin von Studenten und einem anderen Professor daran gehindert, zum Thema der Dreyfus-Affäre den Film von Roman Polanski zur Sprache zu bringen.

Laut einer Statistik der Sciences Po drehten sich zwischen 2015 und 2019 nur drei Prozent aller soziologischen Artikel um das Thema «Rasse». Kennen Sie diese Zählung?

Ich habe davon gehört, weiss aber nicht, wie die Zählung genau gemacht wurde. Zudem würde ich vermuten, dass die Zahlen anders aussähen, wenn man die Untersuchung bis in die Jetztzeit fortgeführt hätte. Die fraglichen Strömungen haben sich nämlich in den letzten zwei Jahren spektakulär entfaltet.

Die Universitäten waren auch früher kein Ort des reinen Wissens. Gerade in Frankreich waren die Hochschulen lange Zeit stark marxistisch geprägt. Setzt sich diese Geschichte einfach fort?

Das stimmt, vor allem in den 1950er und 1960er Jahren war der Marxismus dominant. Insofern erleben wir heute nichts Neues. Aber wir hatten doch gehofft, dass das alte Phänomen hinter uns liegt.

In gewisser Weise lebt der Marxismus ja auch inhaltlich weiter in den Konzepten, wie Sie sie beschreiben:

**Wenn man früher alles durch die Brille der Klasse sah, untersucht man die Dinge heute durch das Raster von Geschlecht oder Rasse.**

Ja, und interessant ist dann vor allem, dass sich rund um diese Konzepte selbst die ganz linken Forscher überwerfen. Just vor ein paar Wochen hat es eine grosse Polemik gegeben um ein Buch, in dem zwei Sozialwissenschaftler der alten marxistischen Tradition beanstandeten, dass die klassische soziale Frage nicht mehr genügend Beachtung finde heute. Die Folge war eine enorme Hasskampagne in den sozialen Netzwerken. Jüngere Aktivisten warfen den beiden Autoren vor, die Bedeutung der Rassendiskriminierung zu relativieren.

Handelt es sich in der ganzen Debatte um die neuen Tendenzen an der Uni nicht ganz grundsätzlich auch um einen **Generationenkonflikt?**

Zu Teilen sicher. Viele, die unsere Zeitungsaufrufe unterzeichnet haben, gehören einer eher älteren Garde an, **während die Dekolonialisten oftmals jünger sind**. Doch man kann das Problem nicht auf eine Altersfrage reduzieren. **Und von vielen jüngeren Kollegen war auch zu hören, dass sie die Aufrufe gerne unterschrieben hätten – es aber unterliessen, um ihre Karriere nicht zu gefährden**. Auch das erinnert auf sehr ungute Weise an die Zeiten, in denen man in der Uni seinen Marxismus zur Schau tragen musste, um vorwärtszukommen.

Auf Geheiss der Ministerin für Hochschulbildung sollen die geschilderten Phänomene jetzt offiziell untersucht werden. Manche befürchten, dass sich die Politik als Gedankenpolizei in die Forschung einmische. Wäre es nicht tatsächlich klüger, wenn die Unis ihre Probleme selber lösen würden?

Der Vorwurf der politischen Zensur ist absurd. Es ist eine sehr gute Idee, eine Untersuchung durchzuführen und einmal zu erheben, welche Art von Recherche an unseren Institutionen betrieben wird. Natürlich muss

man sich fragen, welche Instanz diese Untersuchung durchführen soll. Die am besten dafür geeignete Einrichtung wäre der sogenannte Haut Conseil de l'évaluation de la recherche et de l'enseignement supérieur (Hcéres). Dass in diesem Zusammenhang dann auch die Qualität der an den Unis produzierten Studien untersucht wird, ist absolut legitim. In der universitären Welt gehört es zu den grundlegenden Funktionsweisen, dass Forschungsarbeiten auf ihre Wissenschaftlichkeit hin überprüft und wenn nötig sanktioniert werden. Wenn wir jetzt fordern, dass das konsequent gemacht wird, wollen wir damit nicht die Anliegen delegitimieren, welche die jüngeren Kollegen verfolgen. Wir wollen bloss verhindern, dass sich die Universität in eine aktivistische Agora verwandelt.

11 Mars 2021 : Die Welt

<https://www.welt.de/politik/ausland/plus227867499/Frankreich-Faellt-der-Begriff-Islamophobie-wird-nur-noch-gepruegelt.html>

## „Fällt der Begriff Islamophobie, wird nur noch geprügelt“

Von Martina Meister



„Ça suffit“- Es reicht jetzt: Protest gegen Islamophobie

Quelle: AP

In Frankreich wurde jüngst ein Lehrer von Islamisten enthauptet. Nun wird der deutsche Dozent Klaus Kinzler in Grenoble wegen islamkritischer Äußerungen attackiert. Im Interview zeigt der 61-Jährige sich fassungslos.

Seit 25 Jahren unterrichtet Klaus Kinzler, 61, an einer privaten Elitehochschule, dem Institut des Sciences Po in Grenoble, deutsche Sprache und Kultur. In einem Mail-Austausch mit einer Kollegin hat er den Begriff der Islamophobie kritisiert. Daraufhin ist er zusammen mit einem anderen Kollegen als „Faschist“ gebrandmarkt worden. Ihre Namen wurden an den Wänden der Hochschule plakatiert. „Islamophobie tötet“, hieß es da. Im Kontext der Ermordung des Lehrers Samuel Paty sorgt das in Frankreich für große Aufregung. Die Hochschule hat Anzeige erstattet.

**WELT:** Herr Kinzler, was haben Sie empfunden, als Sie Ihren Namen an der Wand Ihrer Uni gesehen haben?

**Klaus Kinzler:** Ehrlich gesagt war ich nicht überrascht, sondern vorbereitet durch die Kampagne der Studentengewerkschaft, die mich in den sozialen Netzwerken durch den Schmutz gezogen hat, indem sie mich als Rechtsextremisten und Islamophoben dargestellt hat. Zum Faschisten ist es da ja nur noch ein



kleiner Schritt. Auf diese Mauern an unserer Hochschule wird eigentlich jeden Tag irgendwas Unappetitliches raufgekleistert. Das ist nicht das Schlimmste in dieser Affäre.



„Es gibt einen politischen Aktivismus, der sich als Wissenschaft verkleidet“, sagt Klaus Kinzler  
Quelle: privat

**WELT:** Was ist denn das Schlimmste?

**Kinzler:** Dass Wissenschaft mit politischem Aktivismus verwechselt wird. Bei uns gilt: Aristoteles dixit. Dagegen kommt kein Argument an. Das ist wie ein Naturgesetz. Debattiert oder gestritten wird nicht mehr, weil sich Leute verletzt fühlen könnten. Das ist es, was sich in den letzten Jahren verändert hat: Es gibt einen politischen Aktivismus, der sich als Wissenschaft verkleidet. Es gibt eine Sensibilität und Verletzlichkeit, das, was Caroline Fourest die „Generation Beleidigt“ nennt. Es gibt mehr Intoleranz und auch einen Machthunger von manchen, die ihre Ideologie durchsetzen wollen.

**WELT:** Die Debatte dreht sich um den Begriff Islamophobie. Warum löst der einen solchen Glaubenskrieg aus?

**Kinzler:** Das ist tatsächlich überraschend, weil man von Frankreich das Bild hat, dass es ein laizistisches Land ist, in dem die Religion kritisiert werden darf. Aber es gibt Tabus, an die man nicht rühren darf. Ich habe mich beispielsweise dagegen gewehrt, dass Rassismus, Antisemitismus und Islamophobie in einem Atemzug genannt werden.

Es war der Titel einer geplanten Gleichheitswoche. Aber das eine hat mit dem anderen nichts zu tun. Die Diskriminierung von Arabern fällt in meinen Augen unter die Kategorie Rassismus und hat nichts mit Islamophobie zu tun. Die ersten beiden sind im Übrigen Straftatbestände, die Islamophobie ist es nicht. Der Begriff ist einfach zu schwammig. Einerseits wird er von Sozialwissenschaftlern benutzt, andererseits hat er eine zweite Bedeutung.

Der Normalsterbliche hört darin die Angst vor dem Islam. Nur darum geht es den Sozialwissenschaftlern nicht. Sie sagen, dass sie über die Diskrimination von gläubigen Muslimen forschen, die sie strukturell als Opfer begreifen. Es gibt also einen Begriffskonflikt. Darüber wird seit 25 Jahren gestritten.

**WELT:** Ist es falsch, den Begriff der Islamophobie mit dem Antisemitismus gleichzusetzen?

**Kinzler:** Ja. Letzterer hat Millionen Tote zur Folge gehabt, Genozide ohne Ende. Dann gibt's Rassismus, Sklaverei. Auch das hat in der Geschichte zu zig Millionen Toten geführt. Aber wo sind die Millionen Toten der Islamophobie? Ich bestreite nicht, dass Menschen muslimischen Glaubens diskriminiert werden. Ich weigere mich nur, das auf die gleiche Stufe zu stellen. Ich halte das für ein absurdes Täuschungsmanöver.

**WELT:** Sie sagen, dass man im Grunde nicht mehr über den Islam reden darf.

**Kinzler:** Da muss ich widersprechen. Man kann durchaus über den Islam sprechen, aber nur, wenn man genau dieser Doxa folgt, die von bestimmten Wissenschaftlern vorgegeben wird. Diese Doxa schreibt vor, dass die Muslime in Frankreich Opfer sind. Wer daran rührt, hat ein Problem.

**WELT:** Es gibt ja in Frankreich gerade die Debatte zum „islamo-gauchisme“, zum Links-Islamismus. Was Sie gerade erleben, wirkt wie ein Präzedenzfall.

**Kinzler:** Es ist jedenfalls eine wunderbare Illustration. Mein Fall ist ja eine ganz banale Geschichte, die hochgekocht ist. Eigentlich bin ich den Studenten sogar dankbar, dass sie die Parolen an die Wand geklebt haben, sonst wäre das ja wieder unter den Teppich gekehrt worden. Aber ich werde mich hüten, in Frankreich den Begriff des „islamo-gauchisme“ zu verwenden, auch wenn er nicht falsch ist.

Egal, wie man es nennt, das Phänomen ist nicht neu und tief in der französischen Intelligenz ja verwurzelt. Sartre, Derrida, die haben den Taliban in Afghanistan und Khomeini im Iran angebetet und als Retter der Geknechteten gesehen. Sobald aber der Begriff Islamophobie fällt, wird nicht mehr diskutiert, sondern nur noch geprügelt.

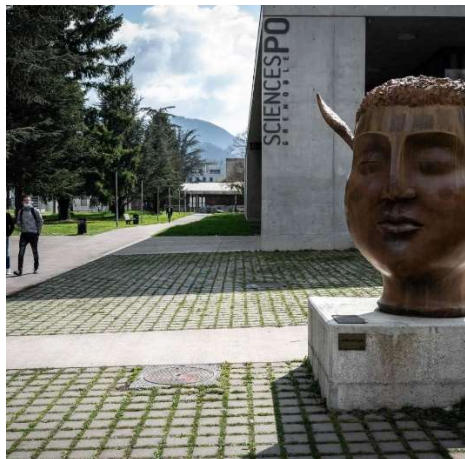
**WELT:** Warum fühlen sich denn die Studenten von Ihren harmlosen Mails verletzt?

**Kinzler:** Ich kenne nicht alle Studenten der Gruppe, aber einige schon. Das sind liebenswürdige Menschen, die mit Sicherheit nichts vortäuschen. Die fühlen sich wirklich verletzt. Einer von ihnen spricht im

Unterricht immer von seiner Identität, die wir anderen nicht verstehen könnten. Der hat diese neue Doktrin komplett verinnerlicht.

Diese Doxa von der Identität, egal ob sie ethnisch, religiös ist, ob es um Gender oder sexuelle Vorlieben geht, dieser junge Mann ist in seiner Identität komplett eingesperrt. Er kann nur aus dieser Warte reden. Er bricht zusammen, wenn ich sage, ich ziehe Christus vor, weil er der ehebrechenden Frau verziehen hat. Wer böse ist, könnte sagen: Sein Platz ist nicht an der Uni, wenn er sich durch Argumente verletzt fühlt. Aber bei uns tut man alles, damit sie nicht verletzt werden.

Man erspart ihnen jede Form von Auseinandersetzung. Das ist ja das Skandalöse. Wenn es so weitergeht, dann können wir unsere Uni eigentlich zusperren, das Gebäude verkaufen und einen Supermarkt draus machen. Wozu dann noch ein Institut d'Études Politiques, wenn man jeden schützen muss vor Argumenten, die ihm nicht gefallen?



Campus der Elite-Uni Sciences Po in Grenoble  
Quelle: AFP

**WELT:** Die Cancel Culture ersetzt den kritischen Geist?

**Kinzler:** Auch dieser Begriff ist nicht besonders glücklich. Aber fest steht, was nicht gefällt, was stört oder verletzt, wird gecancelt, einfach abgesagt. Beispielsweise haben die Studenten angekündigt, dass sie die Veranstaltung der Woche der Gleichheit boykottieren werden, sollte ich an einer Diskussionsrunde teilnehmen und mit auf dem Podium sitzen.

**WELT:** Sie nennen das intellektuellen Terrorismus?

**Kinzler:** So weit gehe ich nicht. Bei Terrorismus denke ich an Bomben.

**WELT:** Nennen wir es Zensur, Gedankenpolizei.

**Kinzler:** Ja. Es wird entschieden, wer sich äußern darf, wer nicht. Und nicht die besseren Argumente zählen, sondern ob es gefällt. Es werden „safe spaces“ geschaffen, Sicherheitsblasen, in denen die jungen Menschen nicht behelligt werden mit Dingen, mit denen man sich früher selbstverständlich auseinandergesetzt hat.

Wir haben hier an unserem Institut viele Lehrkräfte, die den Studenten nach dem Mund reden und die Vorurteile, die sie schon haben, bekräftigen. Einer wie ich stört. Für viele bin ich hier „Klaus, der Extremist“. 25 Jahre lang war das schlimmste Schimpfwort Liberaler oder Neoliberaler. Jetzt bin ich Rechtsradikaler, ein Islamophober und ein Faschist.

**WELT:** Angeblich ist die Cancel Culture und die Woke-Welle, die aus den USA nach Frankreich geschwappt ist, an den Unis hier nur ein Randproblem. Wie sehen Sie das?

**Kinzler:** Ich kann nicht über andere Universitäten, sondern nur über meine eigene sprechen, wo sich das in den letzten Jahren stark entwickelt hat. Unser Institut hier in Grenoble ist vermutlich so eine Art Hotspot dieser Richtung der Sozialwissenschaften. Und das wird sich auch nicht so schnell ändern, denn die Forscher sind alle relativ jung.

**WELT:** Sie zitieren den Schriftsteller George Orwell: „Wenn Freiheit irgendetwas bedeutet, dann das Recht, Leuten zu sagen, was sie nicht hören wollen.“ Sind wir in Frankreich tatsächlich um Jahre hinter Orwell zurückgefallen?

**Kinzler:** Nicht um Jahre, um Jahrhunderte. Wir sind hinter die Aufklärung zurückgefallen. Die Aufklärung hat ja unter anderem mit Religionskritik angefangen. Selbst die wird jetzt ein Tabu. Es ist eine richtige Regression.

**WELT:** Haben Sie ausreichenden Rückhalt von Ihren Kollegen?

**Kinzler:** Nein. Mir schlägt eine offene Feindseligkeit entgegen. Von den 50 Kollegen sind 35 gegen mich, sie hassen mich inzwischen. Nur 15 stehen auf der Seite der Freiheit. Aber selbst von denen hat mir einer geschrieben, dass er sich inzwischen vor meinem moralischen Konservatismus genauso ängstige wie vor dem, was die Studenten angestellt haben. Auch meine Direktorin hat sich nicht hingestellt und gesagt: „Der Kinzler ist ein Demokrat und kein Faschist.“

**WELT:** Sie waren mit einer Tunesierin verheiratet und haben einen gemeinsamen Sohn. Das allein müsste doch die Vorwürfe ad absurdum führen.

**Kinzler:** Das sollte nichts zur Sache tun. Zählen müsste allein die Tatsache, dass ich mein ganzes Berufsleben für Meinungsfreiheit gekämpft, dass ich Debatten gefördert und Auseinandersetzungen zugelassen habe. Meine Kollegen tragen aber Scheuklappen, sie leiden unter einer ideologischen Borniertheit, sie wollen das nicht sehen.

**WELT:** Warum tritt Ihr Kollege, der ebenfalls am Pranger steht, nicht in der Öffentlichkeit auf. Hat er Angst?

**Kinzler:** Mein Kollege ist ein konservativer Katholik, man könnte ihn im konservativen Flügel der CDU verorten, wo man hier allerdings am liebsten schon den Verfassungsschutz alarmieren würde. Er ist ein brillanter Kopf, der Unterricht mit Herzblut macht. Aber er kritisiert den Islamismus. Und das ist einfach ein No-Go. Seine Frau hat große Angst um ihn. Da herrscht tatsächlich Panik zu Hause.

**WELT:** Und Sie haben keine Angst?

**Kinzler:** Nein. Angst kann man ja nicht bestellen. Entweder man hat sie oder nicht.

**WELT:** Nehmen Sie die Aktion den Studenten übel?

**Kinzler:** Nein. Dass sie das trotz des Kontextes gemacht haben, also trotz der Enthauptung von Samuel Paty, zeigt, dass sie keine erwachsenen, verantwortlichen Personen sind. Ich fühle mich aber auch nicht als Samuel Paty. Ich bin kein Märtyrer. Ich stehe nur zu meinen Überzeugungen. Ich bin auch nicht der Opfertyp, sondern war immer ein Kämpfer.

Wenn mich jemand angreift, dann wehre ich mich. Den Vergleich mit Samuel Paty finde ich eher unpassend und vielleicht sogar gefährlich. Denn wenn man es lange genug wiederholt, dann könnte es womöglich doch noch jemand einfallen, in einen Zug zu steigen und uns ein Messer in den Rücken zu rammen.

11 mars 2021 : Hans-Albert-Institut (Soziologie)

<https://hpd.de/artikel/hochschullehrer-gefahr-wegen-angeblicher-islamophober-einstellungen-19081>



Frankreich

## Hochschullehrer in Gefahr wegen angeblicher "islamophober" Einstellungen

Von:

[Joscha Wölbart](#)

11. MÄR 2021



**An der Universität von Grenoble lehnte ein Professor die Gleichsetzung von Antisemitismus mit "Islamophobie" ab. Damit trat er eine gewaltige Welle der Entrüstung los. Aktivistische Studentengruppen brandmarkten ihn und seine Unterstützer als "Faschisten" und warfen ihnen vor, selbst "islamophob" zu sein. Die beigeordnete Innenministerin Marlène Schiappa kritisiert die Vorwürfe der Aktivisten scharf und sieht deutliche Parallelen zum Fall Samuel Paty.**

Professor Klaus Kinzler von der Universität in Grenoble steht neuerdings im Licht der Öffentlichkeit, seit er von einer Kampagne der Studentengewerkschaft *UNEF (Union nationale des étudiants de France)* medial als Rechtsextremer und Islamhasser diffamiert wird. Studenten hatten zusätzlich zu ihrer Rufmordkampagne in großen Lettern an das Universitätsgebäude "Faschisten in unseren Hörsälen! Professor Kinzler Entlassung! Die Islamophobie tötet!" plakatiert, [wie die FAZ berichtete](#).

Was war geschehen?

Kinzler, der als Professor für deutsche Sprache und Kultur am *Institut des Sciences Po* bereits seit 25 Jahren angestellt ist, äußerte in einem Mailverlauf mit einer Kollegin Ende 2020 Kritik an den Inhalten und dem Titel eines Universitätsseminars, welches Antisemitismus, Rassismus und Islamophobie gleichwertig nebeneinander behandeln sollte: "Ich habe mich beispielsweise dagegen gewehrt, dass Rassismus,

Antisemitismus und Islamophobie in einem Atemzug genannt werden", erklärte Kinzler. "Die Diskriminierung von Arabern fällt in meinen Augen unter die Kategorie Rassismus und hat nichts mit Islamophobie zu tun. Die ersten beiden sind im Übrigen Straftatbestände, die Islamophobie ist es nicht. Der Begriff ist einfach zu schwammig", rechtfertigte der Professor sich für seine Kritik. Für ihn seien Rassismus, welcher der Sklaverei zugrunde liege, oder Antisemitismus für etliche Tote verantwortlich, während es keine bekannten Todesopfer von Islamophobie gebe. Er zweifle nicht daran, dass es auch Anfeindungen gegen Muslime gebe, jedoch sei es nicht rechtfertigbar, diese auf die gleiche Stufe wie Antisemitismus und Rassismus zu stellen.

Er selbst zeigte sich offen für eine Diskussion über den Begriff der Islamophobie, welcher durchaus begründbar auch als "Propagandawaffe von Extremisten" bezeichnet werden kann. Daraufhin wurde Klaus Kinzler jedoch aus der Arbeitsgruppe zum Seminarinhalt ausgeschlossen. Vincent T., ebenfalls Politikprofessor, sprang seinem Kollegen in Folge zur Seite und geriet auf Facebook ebenfalls ins Visier der Studentengewerkschaft *UNEF*. Eine Kollegin aus Kinzlers Institut zeigte sich über dessen Aussagen so empört, dass sie sich kurzerhand eine Woche krankschreiben ließ. Die Affäre zog laut Kinzler im Anschluss ohne sein weiteres Zutun immer weitere Kreise und erreichte nun sogar die politische Bühne.

So verteidigte die beigeordnete Innenministerin Marlène Schiappa das Recht des Professors, seine Einschätzung zu dem Begriff der Islamophobie kundzutun und kritisierte die Kampagne der studentischen Aktivisten scharf: "Nach der Enthauptung Samuel Patys ist das eine besonders widerliche Tat, denn er war genauso den sozialen Netzwerken zum Fraß vorgeworfen worden", erklärte Schiappa im Fernsehsender *BFM-TV*. "*UNEF* hat in Kauf genommen, die beiden Professoren in Lebensgefahr zu bringen", zeigte sich die Politikerin empört und bezeichnete es als verstörend, dass die Studentengewerkschaft in den sozialen Netzwerken zu einer beleidigenden Hasskampagne gegen die Professoren mobil gemacht habe. Der lokale Verantwortliche der Gewerkschaft Thomas M. weigerte sich, ebenfalls auf *BFM-TV*, die Aktion zu verurteilen und sprach sich für das Recht der Studierenden aus, die "islamophobe Haltung" ihrer Professoren zu kritisieren.

Auch Marine Le Pen griff die Debatte dankend auf und sah sich darin bestätigt, dass es an Universitäten eine "abstoßende, sektiererische Islamo-Linke gibt, die keine Grenzen kennt". Das Verhalten der Aktivisten spielt somit auch der rechtspopulistischen Partei Frankreichs *Rassemblement National* in die Hände, der Marine Le Pen vorsteht.

### "Intellektueller Terrorismus"

Mittlerweile hat sich auch die Staatsanwaltschaft in Grenoble wegen öffentlicher Beleidigung und Sachbeschädigung eingeschaltet. Die Hochschulministerin Frédérique Vidal verurteilte den "Versuch der Einschüchterung" von Universitätsprofessoren, der nicht toleriert werden könne. Sie ordnete eine interne Untersuchung am *Institut d'études politiques* von Grenoble zu dem Fall an. Eine ihrer Vorgängerinnen im Hochschulministerium, die Regionalratspräsidentin der Hauptstadtregion Valérie Pécresse, nannte die Vorkommnisse an der Universität sogar "intellektuellen Terrorismus".

Beinahe ironisch mutet die Diffamierungskampagne gegen Kinzler an, wenn man die Tatsache berücksichtigt, dass der gebürtige Schwabe mit einer Muslimin verheiratet ist. "Ich habe wirklich keinen Kreuzzug gegen den Islam geplant. Ich wollte nur das Konzept der Islamophobie kritisch hinterfragen",



rechtfertigte sich der Professor und kündigte an, sich nach der unfreiwilligen Öffentlichkeit, die ihm zuteil wurde, nun eine Auszeit zu gönnen.

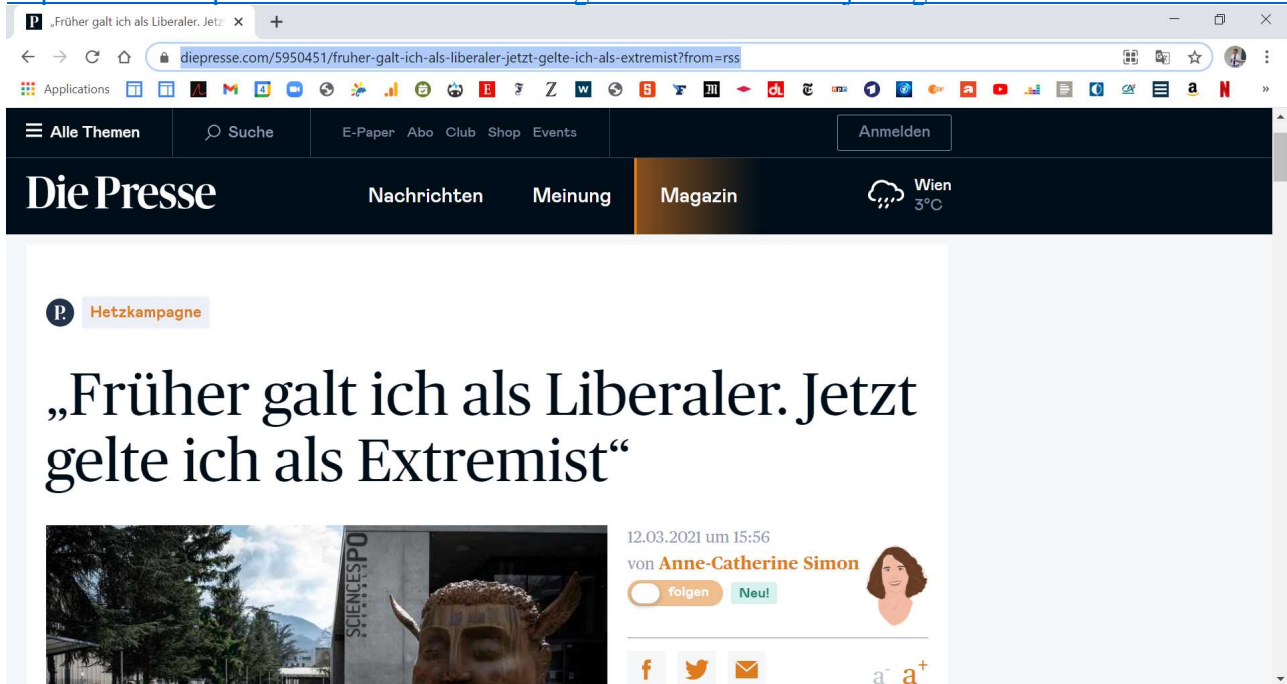
Als Märtyrer will Klaus Kinzler sich nicht bezeichnen, auch will er sich nicht mit dem ermordeten Samuel Paty gleichsetzen, jedoch sieht er eine Gefahr in der Dynamik der Debattenkultur: "Wenn es so weitergeht, dann können wir unsere Uni eigentlich zusperren, das Gebäude verkaufen und einen Supermarkt daraus machen. Wozu dann noch ein *Institut d'études politiques*, wenn man jeden schützen müsse vor Argumenten, die ihm nicht gefallen würden?", warnt der Professor vor einer im eigenen "Safe Space" dauerempörten Studentenschaft.

Solche Fälle, in denen an Universitäten Dozenten für meist vernünftig begründbare Meinungen und Aussagen von aktivistischen Gruppen heftiger, diffamierender Kritik ausgesetzt sind, stellen leider mittlerweile keine Einzelfälle mehr dar. In Deutschland wurde etwa [Susanne Schröter für ihre Kritik am Politischen Islam zur Zielscheibe](#) von empörten Studenten und Aktivisten. Für die USA lässt sich der Biologieprofessor Bret Weinstein beispielhaft erwähnen, der für seine Kritik an der universitären Praxis des "Day of Absence", bei dem keine weißen Personen an der Universität erscheinen sollten, schlussendlich als Rassist dargestellt wurde und [seine universitäre Laufbahn beenden musste](#).

Die Universitäten und ihre Vertreter knicken nur allzu oft vor lautstark empörten Aktivisten ein. Auch die Ausladung von Rednern oder das Niederbrüllen von Diskutanten reihen sich in derartige Fälle ein. Ein solches Klima an Hochschulen lässt sich an vielen Orten feststellen und könnte zur ernsthaften Gefahr für die Meinungsfreiheit und die Debattenkultur werden.

## 12 Mars 2021 : Die Presse (Vienne, Autriche)

<https://www.diepresse.com/5950451/fruher-galt-ich-als-liberaler-jetzt-gelte-ich-als-extremist?from=rss>



### Hetzkampagne.

Ein Deutschlehrer an einer französischen Elite-Uni wird als "islamophober Faschist" diffamiert, nun steht er unter Polizeischutz, beschäftigt das ganze Land - und seine österreichische Direktorin lässt ihn im Stich: Ein Gespräch.

Es gibt Dinge, die hätte sich Klaus Kinzler, Deutsch-Dozent an der französischen Elite-Uni Sciences Po in Grenoble, nie träumen lassen. Zum Beispiel, dass er, ein Mann aus der "politischen Mitte des deutschen Spektrums", einmal an Uni-Mauern als Faschist und islamophob bezeichnet werden würde. Oder dass er, der "noch nie vor der Kamera gestanden ist", in Frankreich landesweit bekannt sein würde.

Und dass er nicht ohne Polizeischutz aus dem Haus gehen würde. Zuletzt hat die Antiterrorereinheit des Innenministeriums das Sicherheitsrisiko für ihn und einen weiteren der Islamophobie bezichtigten Kollegen noch höher eingestuft. "Wir haben jetzt den gleichen Schutz wie die ‚hautes personnalités‘ (hochrangige Persönlichkeiten, Anm.), Spezialkräfte schützen uns 24 Stunden am Tag", erzählte der 61-Jährige am Freitag der "Presse". Seit dem Mord an dem Lehrer Samuel Paty, der Mohammed-Karikaturen im Unterricht gezeigt hatte, nimmt die Politik Hetzkampagnen gegen angeblich "islamophobe" Lehrer extrem ernst. Kinzler findet den Polizeischutz auch "zum Schmunzeln". Angst hat er keine. Sein Sohn schon.

"Das IEP brennt", sagt Kinzler über seine Uni. Seit 25 Jahren unterrichtet er dort - ein Schwabe, in Frankreich hängen geblieben aus Liebe zu einer Tunesierin. Seit einem Jahr hat die Uni mit der Politikwissenschaftlerin Sabine Saurugger eine österreichische Direktorin. Kinzler schätzt sie "außerordentlich". Doch unter dem Druck von Kollegen und Studentenvertretung versagt sie ihm nun die Rückendeckung.

Mails, Stellungnahmen und Dokumente von Professoren und Studentenvertretern, die der "Presse" vorliegen, erzählen die Chronologie einer Eskalation. Im Rahmen der jährlichen "Gleichheitswoche" sollte sich eine Arbeitsgruppe dem Thema "Rassismus, Islamophobie, Antisemitismus" widmen. "Ich fand es nicht gut, dass diese Begriffe in einem Atemzug genannt werden, weil Islamophobie rechtlich und historisch etwas ganz anderes ist. Das war alles. Ich habe nicht gesagt, Islamophobie gibt's nicht oder der Begriff darf nicht benutzt werden." Nachdem die Studentenvertretung ihn und einen Kollegen in den sozialen Medien der Islamophobie bezichtigt und zu belastenden "Zeugenaussagen" aufgerufen hatte, hingen am 4. März Plakate an der Mauer der Universität: "Faschisten in unseren Hörsälen. Islamophobie tötet", plus Kinzlers Name und

der eines weiteren Professors. Fotos davon wurden in den sozialen Netzwerken verbreitet. "Früher wurde ich als Liberaler beschimpft, damit konnte ich leben. Jetzt gelte ich als Extremist, als Rassist", sagt Kinzler.

Doch er bekommt Unterstützung von Ministern, Behörden und Medien (auch von den meisten linken). An seiner Uni bekommt er sie nicht. Direktorin Sabine Saurugger verurteilte zwar die Plakate, sprach aber auch gegenüber der AFP von "äußerst problematischen Äußerungen" (ohne diese zu präzisieren). Tags darauf betonte sie in einem Mail, es gehe nicht um den Inhalt, sondern um den Ton. Kinzler: "Frankreich und die Welt haben anderes zu diskutieren als den Ton in ein paar privaten E-Mails!" Und er erzählt von der Sitzung der Lehrkräfte zu diesem Fall: "15 haben auf mich und meinen Kollegen eingedroschen. 20 haben nichts gesagt. Und nur zwei sind aufgestanden für uns. "Verteidigt von österreichischer Kollegin

Eine davon war die aus Oberösterreich stammende Deutschlehrerin Hedwig Mesana. "Mein Kollege wurde in der Sitzung wieder von einem anderen Kollegen als Rassist beschimpft, was er von A bis Z nicht ist, und die Aussage blieb unwidersprochen", erzählte sie der "Presse". Das Thema Islamophobie sei "so delikat, dass eine enorme Angst herrscht, jemanden, der so attackiert wird, auch nur zu verteidigen, schon gar als Uni-Lehrer. Das kann einen schon in die Nähe davon rücken. Aber man kann doch nicht die extremen Linken und Rechten die Debatte dominieren lassen!"

Für Kinzler geht es nicht in erster Linie um den Begriff Islamophobie. "Es geht mir überhaupt um die Redefreiheit im akademischen Milieu, in der Gesellschaft. Eine Minderheit will in einer Paralleljustiz verbieten, dass über bestimmte Dinge diskutiert wird. Meine Studenten trauen sich nicht mehr, im Unterricht Mitstudenten zu widersprechen, weil sie fürchten, in den sozialen Medien als radikale Rechte denunziert zu werden. Die Mehrheit der Studenten hier ist links, aber nicht linksradikal. Sie erduldet schweigend die Machtübernahme einer extremistischen Minderheit."

Die "Logik der Einschüchterung"

Viel habe mit einem Generationenaustausch im Lehrkörper in den vergangenen Jahren zu tun, sagt Kinzler. Die Stimmung an der traditionell links geprägten Uni "hat sich total verschoben", so Kinzler. "Das ist nicht die übliche Linke, mit der konnte man schön diskutieren, das waren Demokraten." Jetzt sieht er eine "Logik der Einschüchterung".

Bei ihm hat sie nicht funktioniert. Weil die Uni ihn nicht unterstützt, spricht Kinzler jetzt in der Öffentlichkeit. Und Staranwalt Patrick Klugman, Mitarbeiter der sozialistischen Pariser Bürgermeisterin Anne Hidalgo, bereitet für ihn mehrere Klagen vor. "1500 Mails" habe er aus aller Welt bereits erhalten, erzählt Kinzler, sehr viele davon aus dem angelsächsischen Raum. Der Tenor: "Endlich! Uns geht es auch so!" "Ich bin ja Beamter. Wenn ich in Amerika wäre, wäre ich schon entlassen", sagt er.

Auch das Medieninteresse zeigt: Der Lehrer, der sich nicht einschüchtern lassen will, hat einen Nerv getroffen. Dabei will Kinzler im Grunde nur etwas ganz Einfaches. "Ich möchte nicht beschimpft werden, weil ich etwas sage, wozu ich das Recht habe."

13 Mars 2021 : New York Times

<https://www.nytimes.com/2021/02/12/opinion/letters/birthrate-us.html#link-163a1ee4>

Nina Louise Frankel  
San Francisco

## How the French See Cancel Culture

### Letters to the Editor:

In “[In Simmering Race and Gender Struggle, France Blames U.S. Ideas](#)” (news article, Feb. 10), you write about attacks by French intellectuals on American universities, and you suggest that those attacks are led by “aging white male intellectuals.” In fact, there are more than a hundred women in our groups, the Manifeste des Cent and the Observatoire du Décolonialisme.

Canceling people by playing the race card *and* the age card *and* the gender card is a triple combo of bigotry: racist, sexist and discriminatory. We reject identity politics and communitarianism, as they reduce social debates to expressing mere identity postures, downgrading individuals to atoms standing for their communities and drowning ideas and values into an indistinct rumble.

Such a mentality is radically opposed to the universalist and democratic tradition embodied by the French conception of national belonging and citizenship. American intellectuals, too, have stressed how the bigotry of identity is plaguing academia and the world of culture.

So it’s not just a few old white Frenchmen who see the cancel culture ideology as a danger; it’s the legitimate concern of true democrats around the world.

Nathalie Heinich  
Pierre-André Taguieff  
Paris

*Ms. Heinich is senior researcher in sociology at the National Center for Scientific Research, Paris. Mr. Taguieff is senior researcher in the history of ideas at the center.*

# 15 Mars : Die Tageszeitung (Berlin)

<https://taz.de/Populismus-und-Islamismus!/5754686/>

## Populismus und Islamismus

### Sagten Sie „Islam-Linke“?

Führt ein falsch verstandener Antirassismus bei populistischen Linken zur Verbrüderung mit Islamisten? Es gibt deutliche Anzeichen dafür.

•  
•  
15. 3. 2021

**CAROLINE FOUREST**

geboren 1975 in Aix-en-Provence, Frankreich. Zuletzt erschien von Ihr auf Deutsch „Generation Beleidigt. Von der Sprachpolizei zur Gedankenpolizei“ (Edition Tiamat, Berlin 2020).



Sprach das Problem an, erntete einen Shitstorm: Frankreichs Bildungsministerin Frédérique VidalFoto: Federico Pestellini/PanoramiC/imago

Entgegen dem, was man zuletzt lesen konnte, kommt das Wort „Islam-Linke“ (frz. *islamo-gauchisme*) nicht von der extremen Rechten. In Frankreich wurde es von Pierre-André Taguieff geprägt, einem angesehenen Gelehrten, der sich insbesondere mit verschwörungstheoretischen und antisemitischen Bewegungen befasst. In seinem Verständnis bezeichnet dieser Begriff den während der zweiten Intifada geschlossenen Pakt zwischen Bewegungen der extremen Linken und solchen islamischer Fundamentalisten, als diese gemeinsam gegen die Politik Israels demonstrierten und dabei auch antisemitische Ausrufe und Sprüche in ihren Reihen duldeten.

Dieses Bündnis machte sich zumal bei der UN-Konferenz in Durban im Jahr 2001 bemerkbar, als Aktivisten der extremen Linken und Islamisten gemeinsam revisionistische Flugblätter verteilten, auf denen Hitler nachgetrauert wurde. Das war ein Schock für andere linke Aktivisten, die gekommen waren, um jede Art von Rassismus anzuprangern.

Denn das war das erste Mal, dass diese dubiosen Bündnisse offen in Erscheinung traten. In der islamischen Welt bestanden sie unter der Hand schon lange. Im Irak und in Ägypten kam es vor, dass progressive Bewegungen mit Fundamentalisten gemeinsame Sache machten, wenn es darum ging, ein Regime zu stürzen. Auch Khomeini wäre im Iran nicht an die Macht gekommen ohne die Hilfe der Intellektuellen und der radikalen Linken, sowohl der iranischen als auch der europäischen.

#### Schockierende Bündnisse

Noch schockierender ist es, festzustellen, dass es solche Bündnisse auch inmitten der Demokratien gibt, – und zwar gegen die Demokratie.

So geschieht es, dass Bewegungen, die den Anspruch erheben, fortschrittlich zu sein, die Sache der Frauen oder die Redefreiheit verraten, um sich mit intoleranten Aktivisten zu verbünden, deren regressive Weltanschauung für Freiheit nichts übrig hat. Das müssen wir heute in Europa feststellen. Studenten der extremen Linken und militante Islamisten protestieren zuweilen Hand in Hand, manchmal auch gewalttätig,

gegen Verfechter einer universalistischen, feministischen und säkularen Linken, denen sie Veranstaltungen an Universitäten verbieten wollen.

Das passierte mir auch selbst vor einigen Jahren in Belgien. Etwa sechzig militante „Islam-Linke“ brachten es fertig, eine von mir einberufene Konferenz zu unterbrechen, und zwar eine über Rechtsextremismus und Rassismus...

Sie warfen mir vor, dass ich als Feministin die „Burka“, die Verschleierung des gesamten Körpers, kritisierte. Das ist auch anderen schon passiert. In England wurde Maryam Namazie, eine säkulare iranische Aktivistin, von militanten Islamisten und Linksextremisten angegriffen. Sie warfen ihr vor, sie sei „islamophob“, weil sie den religiösen Fundamentalismus und das Regime der Mullahs kritisierte (derentwegen sie ins Exil gegangen war).

Mit Islamisten gegen Charlie

In Frankreich protestierten Vertreter studentischer Gewerkschaften und Islamisten gegen die (posthume) Lesung eines Textes von Charb, dem von Islamisten bei dem Anschlag vom 7. Januar 2015 ermordeten Chefredakteur von *Charlie Hebdo*. Dieser Text richtete sich gegen genau jene Verwirrung, die das Wort „Islamophobie“ stiftet, so es dazu benutzt wird, Säkulare zu Rassisten zu stempeln.

Nun ist dieses Wort jedoch in eben dieser problematischen, die Freiheit bedrohenden Verwendung das Thema von gegenwärtig 120 Dissertationen an französischen Universitäten. Professoren und Forscher benutzen ihre Stellung, um diese Verwirrung zu fördern, so es etwa um die Frage der Dekolonisierung geht. Das Problem besteht nicht darin, dass sie diese Weltanschauung in die Universität hineinbringen, sondern dass sie in den Sozialwissenschaften inzwischen eine so überwältigende Mehrheit bilden. Und, dass sie jeden anderen Zugang zu diesen Themen, der ihnen widerspricht oder auch nur stärker differenziert, unmöglich machen. Ein solches Sektierertum passt zu einer Generation, die dazu neigt, sich von allem beleidigt zu fühlen.

Das geht mittlerweile so weit, dass der Streit um Ideen mit einem Zusammenstoß von Identitäten, das Recht auf Gotteslästerung mit Rassismus und beinahe jede Abweichung oder Schattierung mit einer „Mikroverletzung“ verwechselt wird. Was die Lehre und selbst jedes Gespräch an einer Universität immer heikler machen.

Die Hetzkampagne gegen Paty

Während die Aufstachelung zum Hass im Internet kaum jemals so enthemmt war wie heute, wird es immer schwieriger, schöpferisch tätig zu sein oder zu debattieren, ohne zur Ordnung gerufen, bedroht, beschimpft oder „annulliert“ zu werden. Wenn es denn nicht noch darüber hinausgeht. In Frankreich wurde Samuel Paty, der seine Schüler die Redefreiheit und das Recht auf Gotteslästerung zu lehren versuchte, von einem Dschihadisten enthauptet, infolge einer von Islamisten und „Islam-Linken“ geführten Hetzkampagne, in der man ihn der „Islamophobie“ bezichtigte.

Danach trauten sich viele Lehrer, über die Schwierigkeiten zu sprechen, denen sie begegnen, sobald sie bestimmte Themen anschnitten.

Daher die Besorgnis der Ministerin für Hochschulbildung Frédérique Vidal. Ihre Ungeschicklichkeit bestand darin, dass sie eine „Untersuchung“ zum Thema „Islam-Linke“ forderte, womit sie den Eindruck erweckte, die akademische Freiheit in Frage stellen zu wollen. Sie hätte besser nur einen Bericht bestellt oder eine große Diskussion über Pluralität und akademische Freiheit angeregt. Denn darum geht es im Grunde.

Das Wort „Islam-Linke“ gibt die komplizierten Mechanismen kaum wieder, die am Werk sind, wo identitäre Vorstellungen gelehrt werden sollen, sei es in der Frage der Dekolonisierung oder selbst der der Geschlechter.

Bisweilen verunglimpft die extreme Rechte alle, die ihren Vernebelungen widerstehen, als „Islam-Linke“. Doch das bedeutet nicht, dass es eine Islam-Linke nicht gäbe. Die ist leider eine ideologische und politische Realität.

Das beste Mittel, die Vereinfachungen der extremen Rechten zu bekämpfen, ist nicht, sie zu leugnen, sondern im Gegenteil eine hellsichtige Linke zu verteidigen, die die Dinge genau benennt, den Verrat fortschrittlicher Ideen denunziert und einen anderen Weg einschlägt: einen egalitären und säkularen.

*Aus dem Französischen übersetzt von Christoph Hesse.*





## 15 Mars : Der Tagesspiegel (Berlin)

<https://www.tagesspiegel.de/politik/kulturkampf-an-franzoesischen-hochschulen-so-schnell-wird-man-zum-islamophoben-faschisten/27006476.html>

# Kulturkampf an französischen Hochschulen So schnell wird man zum "islamophoben Faschisten"

Identitätsdebatten zerreißen das Land von Freiheit und Gleichheit. Jetzt traf es zwei deutsche Dozenten an einer Eliteuniversität in Grenoble. Eine Kolumne.

ANDREA NÜSSE



Studenten der Hochschule Science Po von Grenoble beschuldigen zwei Professoren angeblicher "Islamophobie".

In Frankreich werden die Antirassismus- und Identitätsdebatten mit einer jakobinischen Unerbittlichkeit geführt, welche die deutsche Debatte um die [Äußerungen Wolfgang Thierses zum Gendern](#) zum Geplänkel degradiert: Jetzt hat sich der Furor an dem deutschen Dozenten der Hochschule Sciences Po in Grenoble, Kurt Kinzler, entladen, der dort seit 25 Jahren deutsche Sprache und Kultur lehrt.

Er wird von Studentenvertretern öffentlich als „Faschist“ angeprangert. Aber nicht, weil er Adolf Hitlers Autobahnbau als große Errungenschaft für die Menschheit gerühmt hätte, nein, weil er mitten in eine französische Identitätsdebatte getappt ist: Er hatte bei einem Hochschulprojekt zum Thema Gerechtigkeit in einer Arbeitsgruppe die Nutzung des Begriffs „Islamophobie“ – in einer Reihe mit Antisemitismus und Rassismus – in Frage gestellt: Die Diskriminierung von Muslimen falle unter den Begriff Rassismus – Islamophobie sei viel zu schwammig, so Kinzler.

Damit mischte er sich in [eine Begriffsdebatte ein, die im Nachbarland seit 25 Jahren geführt wird](#) und sich jüngst dramatisch zugespitzt hatte: Die einen verorten den Ursprung des Begriffs beim iranischen Regime, das damit jede Kritik an Politik von Muslimen als Islam-Kritik und besser noch: Blasphemie ersticken wollte; und der heute von linken Kreisen missbraucht werde, um jegliche Kritik am Islam oder autoritären Interpretationen der Religion als Rassismus zu verurteilen. Andere verstehen darunter die Diskriminierung von Muslimen.

Sicher ist: Der Begriff ist unglücklich und mehrdeutig. Aber Ambivalenz ist heutzutage kaum auszuhalten, und selbst junge Akademiker sind damit überfordert.

Und so fand sich der Name des Dozenten, der sich am Begriff "Islamophobie" rieb, an Wänden der Uni und im Internet wieder mit der Beschuldigung „Faschismus in unseren Hörsälen“ und der Behauptung „Islamophobie tötet.“

Ein ebenfalls deutscher Kollege, der "Zeitgenössischen Islam in Frankreich" an der Hochschule unterrichtet, wurde nach einem Schlagabtausch mit einer Studentengewerkschaft, die zur Bespitzelung seines Kurses aufrief, ebenfalls als "Faschist" angeprangert. Kinzler nimmt jetzt eine Auszeit, Schutz vom Innenministerium bekommen beide.

## Das Forschungsministerium will jetzt den "Links-Islamismus" eindämmen

Mit dieser Affäre sieht sich ein anderes Ministerium, das Forschungsministerium, in seiner jüngsten Politik bestätigt: Ministerin Frédérique Vidal hatte Mitte Februar das größte öffentliche staatliche Forschungszentrum CNRS beauftragt, das Ausmaß des "Links-Islamismus" (Islamogauchisme) im akademischen Bereich zu untersuchen und Forschungsarbeiten daraufhin abzuklopfen, ob sie wissenschaftlichen Standards genügen oder Züge von Militantismus aufwiesen.

Der Begriff "Links-Islamismus" ist seither in aller Munde - ein Kampfbegriff, der ursprünglich eine politische Allianz zwischen extremer Linken und pro-palästinensischen Gruppen bezeichnete. Dann wurde er als rechter Kampfbegriff auf so unterschiedliche Personen wie den Grünen-Politiker und früheren Bauernaktivisten José Bové, den Herausgeber der linksliberalen "Le Monde Diplomatique", Alain Gresh, oder Journalisten der linksliberalen Tageszeitung "Liberation" angewendet.



Vertreter der Studentengewerkschaft "Union Syndicale", welche die beiden deutschen Dozenten als Faschisten bezeichnet hatte.FOTO: PHILIPPE DESMAZES / AFP

Schließlich übernahm ihn nach dem Mord am Geschichtslehrer Samuel Paty der [Bildungsminister, Jean-Michel Blanquer, der den "Islamogauchisme"](#) als gefährliche Ideologie beklagte. Und nun startet die Forschungsministerin einen Feldzug gegen das, was sich hinter dem schwammigen Begriff verbergen soll.

Der Aufschrei war groß. Die einen fordern, eine unabhängige Institution solle die Untersuchung machen. Das CNRS selbst klagt, der Begriff "Links-Islamismus" sei ein politischer und kein

wissenschaftlicher Begriff und befürchtet eine Instrumentalisierung der Wissenschaft - durch die Politik. Die Politik wiederum fürchtet die Instrumentalisierung der Wissenschaft durch Anhänger einer Untergruppe von Identitätspolitik.

## **Das Vorgehen der Ministerin ist unglücklich, das Anliegen ist richtig**

Das Vorgehen der Ministerin ist sicher unglücklich: Statt eine Debatte anzuschieben, sollen Wissenschaftler ihre Kollegen kontrollieren, will der Staat gute von schlechter Wissenschaft unterscheiden. Statt alle Formen radikaler Identitätspolitik einzuschließen, die Aufklärung und freier Wissenschaft entgegenstehen könnten, wird ein einzelner Aspekt hervorgehoben.

Das ist alles sehr unglücklich und wirkt auch auf Seiten der Regierung merkwürdig hilflos. Dabei hat sie recht, genauer hinzuschauen: Die Empörungsspirale dreht sich immer schneller, Begriffe werden politisiert und emotionalisiert und ideologische Überzeugungen führen zu Ausgrenzung –selbst in Universitäten, deren Daseinsberechtigung das freie und kontroverse Denken und Diskutieren ist.

Und auch die Debatte ist legitim, ob linke politische Kreise in ihrem Kampf gegen die Diskriminierung von Muslimen aufgrund deren Herkunft, Kultur oder Religionszugehörigkeit zu viel Verständnis selbst für radikale Islaminterpretationen oder menschenfeindliche kulturelle Praktiken haben. Sie wird auch in Deutschland geführt. Der Vorwurf kommt immer wieder auch von Muslimen selbst, so von dem Psychologen und Autor Ahmad Mansur.

Diese Debatte darf und muss geführt werden, auch wenn das gemeinsame Ziel das Ende von Diskriminierung sein sollte. Vielleicht können wir dank des Reichtums der deutschen Sprache die Chance, einen Konflikt wie ihn Frankreich derzeit erlebt, vermeiden.

Der Begriff Islamophobie drückt hierzulande die subjektive ausgeprägte Angst einer Person vor dem Islam aus – und wird hier entsprechend wenig genutzt. Dafür stehen Begriffe und Konzepte wie Islamkritik, Islamfeindlichkeit, Muslimenkritik, antimuslimischer Rassismus zur Verfügung, um Kritik an Religion und Diskriminierung von Muslimen zu unterscheiden.

Aber die Gefahr, dass radikale Identitätspolitik oder anderer politischer Aktivismus mit der Freiheit der Wissenschaft kollidieren, gibt es in Deutschland auch. Die Vorfälle von Grenoble sollten zu mehr Besinnung führen.



DEBATTENKULTUR

## Cancel Culture: Streit um Meinungsfreiheit in Frankreich

Im französischen Grenoble stehen zwei Professoren am Pranger, weil ein Streit um den Begriff Islamophobie eskalierte. Ist die Meinungsfreiheit in Gefahr?



Demonstration gegen Islamophobie in Paris

"Faschisten in unseren Hörsälen! Professor Kinzler Entlassung! Die Islamophobie tötet", haben Studierende in großen Lettern an das Gebäude der Universität in Grenoble gepinselt. Zeitgleich entfachten Aktivisten, sekundiert von der Studentengewerkschaft Unef, einen Shitstorm in den sozialen Medien, Tenor: "Islamophobie - ca suffit!" (dt. "Islamophobie - es reicht!"). Fünf Monate nach der brutalen [Ermordung des Geschichtslehrers Samuel Paty](#) ist Frankreich alarmiert. Zwei Professoren erhalten nun Polizeischutz. Und die Affäre zieht immer weitere Kreise.

Was war passiert? Vor dreieinhalb Monaten diskutierten Studierende und Lehrkräfte an der Universität Grenoble noch über den Titel eines geplanten Seminars zum Thema Gleichheit. Sollte in der Überschrift "Islamophobie" gleichrangig mit "Antisemitismus" und "Rassismus" stehen? Nein, urteilte Professor Klaus Kinzler, der deutsche Sprache und Kultur lehrt. Denn hinter [Islamophobie](#) verberge sich nur allzu oft Rassismus und nicht zwingend Verachtung für die Religion. Auf seinen Rat hin, "Islamophobie" nicht in den Titel aufzunehmen, schloss ihn die Runde aus der E-Mail-Debatte aus.

### Ministerin schaltet sich ein

Offenbar hatte sich noch nicht herumgesprochen, dass der aus Stuttgart stammende Wahlfranzose Kinzler mit einer Muslima verheiratet ist. Als sich ein weiterer Professor mit Kinzler solidarisierte, rückte auch dieser ins Visier der Studentengewerkschaft Unef. Daraufhin reagierte die beigeordnete Innenministerin für Staatsbürgerschaft, Marlène Schiappa öffentlich: Nach der Enthauptung des Lehrers Samuel Paty sei die aktuelle Kampagne gegen die Lehrkräfte "eine besonders widerliche Tat", so Schiappa in einem TV-Interview, "denn er war genauso den sozialen Netzwerken zum Fraß

vorgeworfen worden". Die Ungefähr habe es "in Kauf genommen, die beiden Professoren in Lebensgefahr zu bringen".



Philipp Blom: deutscher Historiker und Autor

Aus Sicht des deutschen [Historikers und Autors Philipp Blom](#) spiegele der französische Streit um Islamophobie das gesellschaftliche Klima in der ehemaligen Kolonialmacht Frankreich wider, wo ein starker "funktionaler Rassismus" herrsche. Die Integration der Einwanderer aus Nordafrika sei eklatant gescheitert. "In den Banlieues in der Peripherie von Paris lebt man nicht in Frankreich. Man hat nicht die gleichen Chancen wie andere Leute", sagt Blom im Interview mit der Deutschen Welle. Da sei eine Generation herangewachsen, wütend und gedemütigt, in Milieus, in denen Kleinkriminelle und radikale Islamisten um die Vorherrschaft buhlen. "Dass das Wut erzeugt, auch mörderische Wut, das kann ich verstehen", sagt Blom. Aber das sei kein speziell französisches Problem, so Blom, der Mitglied im Stiftungsrat des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels ist. Doch sei die Erfahrung von Demütigung "eine sehr wichtige politische Kraft".

### Kein Raum für Diskussionen

Der Politikwissenschaftler Claus Leggewie spricht von einer "kulturellen Gefechtslage" in Frankreich, in der Toleranz, Meinungsfreiheit und Diskussionskultur auf der Strecke blieben. In Frankreich, so hatte Klaus Kinzler zuvor in einem Interview mit der deutschen Tageszeitung "Die Welt" beklagt, gebe es einen politischen Aktivismus, der sich als Wissenschaft verkleide. Jene Aktivisten kämpften nicht gegen die Mächtigen, das Establishment, die Rechte, die echten Faschisten, so Leggewie, sondern gegen Leute, die nicht genug pro-islamisch seien. Es gehe darum, jemanden zu "canceln", zum Schweigen zu bringen, also "um Sprech- und Denkverbote".

Zunehmend würden Gruppen-Identitäten konstruiert, die sich immer weiter aufspalten und andere ausgrenzen würden. Die sozialen Medien wirkten wie verrohende Echo-Kammern. "Man inszeniert Shitstorms und ist sich des medialen Beifalls der anderen sicher. Genau das ist jetzt in Grenoble und im Grunde genommen auch schon bei Samuel Paty passiert, wo es tödlich ausging", erläutert Leggewie.

### Islamophobie versus Antisemitismus





Professor Klaus Kinzler

Seit mittlerweile 25 Jahren unterrichtet Professor Klaus Kinzler am Grenoble-Institut für politische Studien. Von den Parolen am Uni-Gebäude sei er "nicht überrascht" gewesen, da ihn die Studentengewerkschaft Unef schon in den sozialen Netzwerken als Rechtsextremen und Islamophoben gebrandmarkt habe.

Rassismus und Antisemitismus - beides Straftatbestände im laizistischen Frankreich - hätten jedoch nichts mit Islamophobie zu tun, so Kinzler in einem Interview der Tageszeitung "Die Welt".

"Antisemitismus hat Millionen Tote zur Folge gehabt. Genozide ohne Ende. Dann gibt's Rassismus, Sklaverei. Auch das hat in der Geschichte zu zig Millionen Toten geführt. Aber wo sind die Millionen Toten der Islamophobie?", fragt Kinzler und stellt klar: "Ich bestreite nicht, dass Menschen muslimischen Glaubens diskriminiert werden. Ich weigere mich nur, das auf die gleiche Stufe zu stellen. Ich halte das für ein absurdes Täuschungsmanöver."



Politologe Claus Leggewie sieht Parallelen zwischen der Diffamierung von Professoren und dem Fall Paty

Er sei ein "ganz normaler Deutschprofessor an einem Provinzinstitut" und habe stets viel Freude an seiner Arbeit gehabt, sagte Kinzler unlängst gegenüber der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung". Seine Studentinnen und Studenten hätten an ihm geschätzt, dass er freiheitliche, liberale Positionen verteidige. "Der Austausch war immer bereichernd", so Kinzler. Den Studierenden nehme er die Hasskampagne weniger übel, als vielen der Forscherinnen, Forschern und Lehrkräften, die sich von ihm distanziert hätten.





CULTURE

## German professor under police protection for stance on Islamophobia

A German professor at a university in Grenoble, France, has become the target of a hate campaign for not wanting to compare anti-Semitism with Islamophobia.



A 2019 demonstration against Islamophobia in France

"Fascists in our lecture halls! Dismiss Professor Kinzler! Islamophobia kills," read the large banners hanging at the University of Grenoble. Activists from the French student union Unef also posted the slogans online. Five months after the brutal murder of history teacher [Samuel Paty](#), being accused of Islamophobia is not something that is taken lightly in France. Following a debate that sparked outrage at the Grenoble Institute of Political Studies, two professors are under police protection.

Here's how it happened: 3 1/2 months ago, students and teachers at the university were discussing the title of a planned seminar on the topic of equality. Should "Islamophobia" be included alongside "anti-Semitism" and "racism"?



Kinzler is a professor who has been teaching at the Grenoble university for 25 years

Professor Klaus Kinzler, who teaches German language and culture at the university, felt that Islamophobia wasn't comparable to anti-Semitism. Following his advice to not include the term "Islamophobia" in the title of the seminar, he was excluded from the email discussion.

Incidentally, the Stuttgart-born professor is married to a Muslim woman.

When another professor showed solidarity with Kinzler, the student union Unef also targeted him.

France's interior minister for citizenship, Marlene Schiappa, reacted to the case: After the decapitation of the teacher Samuel Paty, the current hate campaign against the professors is "a particularly disgusting act," said Schiappa in a TV interview. The Unef has actively "put the life of professors in mortal danger," she added.

### **A reflection of France's integration problem**



Historian Philipp Blom

German historian and author Philipp Blom sees in France's current discussions on Islamophobia a reflection of social issues related to the country's position as a former colonial power, where strong "functional racism" rules.

The integration of immigrants from North Africa has failed blatantly, points out Blom. "In the banlieues on the outskirts of Paris, it doesn't feel like you're living in France. You don't have the same opportunities as other people," Blom told DW.

Experiencing marginalization and humiliation, an entire generation has come of age in milieus in which petty criminals and radical Islamists vie for domination. "I can understand that this creates anger, including murderous anger," says Blom.

But that is not a specifically French problem, adds the historian, who is also a member of the Board of Trustees of the Peace Prize of the German Book Trade. Still, the experience of humiliation is "a very important political force."

### **Identity politics and cancel culture**

Klaus Kinzler told German newspaper *Die Welt* that there is a form of political activism in France that disguises itself as academia.

Similarly, political scientist Claus Leggewie points out that those activists aren't fighting against the powerful, the establishment, the far-right or the real fascists, but against people whose views are seen as "not being pro-Islamic enough."



Political scientist Claus Leggewie

Leggewie describes the case as being about "canceling" specific persons, silencing them, and "banning ideas and discussions."

Social media has also become the echo chamber of social identity groups, which are increasingly excluding people with other ideas. By staging controversies online, members of these groups gain immediate media recognition, says Leggewie. "That is exactly what has happened in Grenoble, and with Samuel Paty basically too, and in his case it was fatal," adds the political expert.

### Islamophobia versus anti-Semitism

Klaus Kinzler has been a professor at the Grenoble Institute of Political Studies for 25 years now. He was "not surprised" by the slogans on the university building, since the student union Unef had already branded him as a right-wing extremist and Islamophobe in social networks.

Racism and anti-Semitism — which are both criminal offenses in secular France — have nothing to do with Islamophobia, in Kinzler's view. "Anti-Semitism has resulted in millions of deaths. Genocide without end. Then there is racism, slavery. That, too, has led to tens of millions of deaths in history," he told *Die Welt*. "But where are the millions of deaths linked to Islamophobia?" he asked, nevertheless clarifying: "I do not deny that people of Muslim faith are discriminated against. I just refuse to put it on the same level. I think this is an absurd deception."

Kinzler was a "completely normal professor of German at a provincial institute" and had always enjoyed his work, he told the *Frankfurter Allgemeine Zeitung*. Before the controversy, his students told him that they appreciated that he defended free, liberal positions. "The exchanges were always enriching," he said.

In the end, he says, he is less offended by the students who launched the hate campaign than by his colleagues, researchers and professors — who have distanced themselves from him without searching for dialogue.



18 Mars 2021 : Weltwoche (CH)

<https://www.weltwoche.ch/ausgaben/2021-11/diese-woche/gesinnungsterror-an-franzosischen-unis-die-weltwoche-ausgabe-11-2021.html>

## Gesinnungsterror an französischen Unis

**Ein liberaler deutscher Professor der Universität Grenoble muss um sein Leben fürchten, weil ihn Studenten als «islamophob» bezeichnen. Das ist kein Einzelfall. Von Peter Rothenbühler**



*Sieg der Einschüchterung: Lehrer Kinzler. Bild: zVg*



# Gesinnungsterror an französischen Unis

Ein liberaler deutscher Professor der Universität Grenoble muss um sein Leben fürchten, weil ihn Studenten als «islamophob» bezeichnen. Das ist kein Einzelfall.

Peter Rothenbühler

Die französischen Universitäten sind krank. Gesinnungsterror, Sittenpolizei, Denkverbote beherrschen die Hörsäle. Die Ministerin für Hochschulen, Frédérique Vidal, hat eine Untersuchung über den «islamo-gauchisme» an den Unis in Auftrag gegeben. Sie will herausfinden, wie weit noch geforscht und gelehrt wird und nicht einfach militante Meinungen verbreitet werden.

Damit hat sie einen Sturm der Entrüstung entfacht. Sie würde sich besser um die Notlage der Studenten kümmern, heisst es. Das Centre national de la recherche scientifique (CNRS) erklärte, «islamo-gauchisme» sei kein wissenschaftlicher Begriff. Doch Erziehungsminister Jean-Michel Blanquer bestätigte: «Der islamo-gauchisme verwüstet unsere Universitäten.»

## Muslims als neues Proletariat

Wie virulent extreme Linke vorgehen, die die Muslims als neues Proletariat entdeckt haben, hat der Deutschlehrer Klaus Kinzler, 61, erlebt.

Der deutsche Ex-Athlet und Ex-Soldat lehrt seit 25 Jahren deutsche Sprache an der Fakultät der Politikwissenschaften (Sciences Po) von Grenoble und geht in der Freizeit gerne in die Berge, allerdings seit einer Woche nicht mehr: Er darf sein Haus nur noch in Begleitung von zwei Polizisten verlassen.

Kinzler muss um sein Leben fürchten, weil er von den Studenten öffentlich der Islamophobie angeklagt wurde, was tödlich ausgehen kann: Erst am 16. Oktober 2020 wurde der Lehrer Samuel Paty wegen einer Lektion zur Karikatur-Freiheit von Schülereltern als «islamophob» denunziert. Auf dem Heimweg wurde er von einem Terroristen geköpft.

Nur zwei Wochen später hat an der Uni Grenoble eine kleine Arbeitsgruppe mit Professor Kinzler und seiner Kollegin C. M. eine «Woche der Gleichheit» vorbereitet, bei der die Studenten für eine Veranstaltung den Titel «Rassismus, Islamophobie, Antisemitismus» gewählt haben. Kinzler beanstandete, man könne die Begriffe nicht gleichrangig behandeln, weil Rassismus und Antisemitismus Delikte sind und historisch Millionen Todesopfer gefordert

haben, während Islamophobie «ein neuartiger, sehr umstrittener Begriff ist, der von der Propaganda der Islamisten weltweit als Schlachtruf instrumentalisiert wird».

Seine Kollegin C. M. behauptete, der Begriff sei wissenschaftlich anerkannt, der Titel müsse bleiben. Zwölf Mail-Wechsel zwischen den Professoren hat Kinzler publik gemacht, nachdem er von der Professorin beschuldigt worden war,



Sieg der Einschüchterung: Lehrer Kinzler.

sich per Mail aggressiv geäußert zu haben, was selbst die Delegierte für Gleichheit der Uni nicht bestätigen konnte: Sie fand in den Mails «keine Spur von Diskriminierung».

Trotzdem hat die Direktion des Laboratoire de sciences sociales (Pacté) in einem offiziellen Communiqué den Professor angeklagt, seine Mails an die Kollegin stellten «eine Form von Mobbing [harcèlement] und moralischem Angriff» dar. Starker Tobak.

National explodierte der Fall erst am 7. Januar, nach der Verbreitung eines Facebook-Posts der Studentengewerkschaft Union syndicale Sciences Po Grenoble (US), der die «untolerierbaren» und «niederträchtigen» Äusserungen von Professor Kinzler gegenüber seiner Kollegin anprangerte und ihn als «Islamophoben» mit «rechtsextremen Ideen» denunzierte.

Die Medien griffen den Fall erst am 4. März auf, als am Eingang zur Uni ein unsigniertes Plakat auftauchte mit dem Spruch: «Faschisten in unseren Amphis, Tournier und Kinzler müssen demissionieren. Die Islamophobie tötet.» (Tournier ist ein Kollege, der über den Islam referiert.)

## «Feigheit der Institutionen»

Seither ermittelt der Staatsanwalt wegen öffentlicher Beschimpfung. Und Kinzler muss von einer Polit-Talkshow zur nächsten wandern. Seine Vorgesetzten haben ihm zwar verboten, sich öffentlich zu äussern. Doch der Professor sah wegen mangelnden Rückhalts in der Uni («Die Kollegen geben sich bedeckt, nur 3 von 45 haben sich bei mir gemeldet») keine andere Lösung.

Es gehe ihm nicht um seine Person, wiederholt er immer wieder, nur darum, über einen «Fall zu informieren, der typisch ist für das Klima in den Universitäten. Die Meinungsfreiheit wird eingeschränkt, und zwar nicht nur von den Studenten. Eine kleine Minderheit setzt sich durch, auch Lehrer und Forscher, die jeden frontal angreifen, der etwas zu sagen wagt, das ihnen nicht passt.»

Praktisch alle grossen Medien unterstützen zurzeit den Professor. Der frühere nationale Generalinspektor der Schulen, Jean-Pierre Obin, Autor des Buches «Comment on a laissé l'islamisme pénétrer l'école» (Wie man dem Islamismus erlaubt hat, sich in den Schulen einzunisten), hat im Fernsehen harte Worte gewählt: «Traurig ist die mangelnde Solidarität der Kollegen, es erinnert mich an die Feigheit der Institutionen gegenüber dem aufkommenden Faschismus und Nazismus. Es ist der Sieg der Einschüchterung. 49 Prozent der Lehrkräfte geben an, dass sie sich aus Angst selbst zensurieren.»

Kinzler wartet immer noch darauf, dass die Uni oder die Kollegen bestätigen, dass er weder Faschist noch islamophob ist, sondern ein lupenreiner, am Diskurs interessierter Liberaler. Aber es kommt nichts. «Ich bin seit 35 Jahren im Lehramt, das ist die grösste menschliche Enttäuschung meiner Karriere.»





## Reden darf, wer die richtige Identität hat

An den französischen Universitäten tobt ein Kampf um die Meinungsfreiheit – Linke machen gemeinsame Sache mit Islamisten.

Von Michaela Wiegel



Serge Bloch

Der grüne Bürgermeister Eric Piolle träumt davon, Grenoble als Sprungbrett in den Elysée-Palast zu nutzen. Die französische Alpenmetropole gilt als links-grünes Experimentierfeld, seit die Ökopartei EELV vor sieben Jahren die Sozialisten im Rathaus abgelöst hat. Doch jetzt hat die Stadt nicht mit genderneutralen Schulhöfen oder Radschnellwegen von sich reden gemacht, sondern als Schauplatz eines besonders erbitterten Kampfes um akademische Freiheit. Am Politikwissenschaftlichen Institut der Universität Grenoble plakatierten studentische Aktivisten die Namen von zwei Professoren an die Fassade, um sie des „Faschismus“ und der „Islamophobie“ zu bezichtigen und ihre Entlassung zu fordern. Die linke Studentengewerkschaft Unef verbreitete Fotos der Aktion in den sozialen Netzwerken. Das Vorgehen erinnerte an die Hetzkampagne gegen den Geschichtslehrer Samuel Paty, dem im Netz Islamophobie vorgeworfen wurde, bevor ein Islamist ihn im vergangenen Oktober enthauptete.

Dieses Mal reagierten die politisch Verantwortlichen sofort. Hochschulministerin Frédérique Vidal verurteilte die Aktion scharf, der Innenminister stellte den beiden Hochschullehrern Polizeischutz zur Verfügung. Dennoch kommt die Debatte nicht zur Ruhe. Das liegt zum einen an den Studentengewerkschaften, die immer neue Kommuniqués veröffentlichen, um die Entlassung der beiden Professoren zu verlangen. Von Reue darüber, wie sie die Namen preisgaben und verunglimpften, fehlt jede Spur. Im jüngsten Brief beklagen mehrere studentische Organisationen, dass die beiden in den Medien als Opfer dargestellt würden. Die Studentenverbände argumentieren, dass es andersherum sei. Sie kritisieren „die politisch-moralische und symbolische Gewalt“, der eine junge Lehrkraft von Seiten der beiden Hochschullehrer ausgesetzt gewesen sei.



**Schlechte Erinnerungen:** Dem Mord an Samuel Paty ging eine Hetzkampagne im Internet voraus. AFP

Zum anderen denkt auch einer der beiden Bedrohten nicht daran, sich verängstigt ins stille Gelehrtenkämmerlein zurückzuziehen. Der Deutsch-Dozent Klaus Kinzler hat in den vergangenen Tagen keine Gelegenheit ausgelassen, seinen Standpunkt in den Medien zu verteidigen: „Die Meinungsfreiheit steht auf dem Spiel.“ Der 61 Jahre alte gebürtige Stuttgarter lehrt seit 25 Jahren deutsche Literatur und Zivilisation an dem Politikwissenschaftlichen Institut, das zur Universität Grenoble gehört und mit öffentlichem Geld finanziert wird. Ihn treibt sichtlich der Wille an, die Debatte über die sogenannte Islam-Linke an französischen Universitäten anzuheizen. „Islam-Linke“ ist eine Wortschöpfung des Politikwissenschaftlers Pierre-André Taguieff und umschreibt das Bündnis linker Kräfte mit islamischen Fundamentalisten, das Anfang 2000 über gemeinsame Kritik an der Politik Israels während der zweiten Intifada entstand. Der sperrige Begriff meint dabei nicht, dass sich die Linke islamisiert habe, sondern vielmehr, dass in bestimmten linken Zirkeln aus ideologischen Gründen eine kritische Debatte über den Islam unterdrückt werde.

Hochschulministerin Vidal hat kürzlich vor dem verheerenden Einfluss des „Islamogauchisme“ an Universitäten und Forschungseinrichtungen gewarnt und eine Untersuchung angeordnet. Sie tat das aber so ungeschickt, dass Forscher des angesehenen Zentrums CNRS einen empörten Protestbrief schrieben. In einer Talkshow hatte sie auf die Frage des Moderators, ob es an den Universitäten „eine Allianz von Mao Tse-tung und Ajatollah Chomeini“ gebe, erwidert: „Sie haben völlig recht.“

Am Umgang mit dem Islam entzündete sich auch der Streit in Grenoble. „Ich gebe zu, dass ich diese Religion nicht sonderlich schätze und sie mir manchmal geradezu Angst macht (. . .), aber ich habe niemals, niemals, niemals die geringste Antipathie oder Vorurteile gegenüber Muslimen empfunden“, schrieb Kinzler in einem E-Mail-Austausch mit Studenten und Lehrkräften zur Vorbereitung einer Seminarwoche. Dort ging es um das Thema „Gleichheit“. Der Deutsch-Dozent sprach sich dagegen aus, Islamophobie neben Antisemitismus und Rassismus in den Titel zu schreiben, und schlug vor, von „anderen Formen der Diskriminierung“ zu sprechen. Islamophobie sei aus seiner Sicht ein Kampfbegriff, der islamistischen Extremisten zuspiele, weil er jungen Muslimen pauschal eine Opferrolle zuschreibe.

Der Konflikt schaukelte sich hoch, als eine junge Historikerin mit dem Schwerpunkt kolonialer Maghreb Kinzler entgegenhielt, Islamophobie sei ein anerkanntes „akademisches Konzept“. Sie führte als Beweis einen Meinungsartikel an, in dem Frankreich staatlich institutionalisierte Islamfeindlichkeit vorgeworfen wurde. Die junge Frau zeigte sich überaus gekränkt von der Antwort des Deutsch-Dozenten, der in seiner Kritik nachlegte. Sie ließ sich krankschreiben und reagierte auch nicht auf ein Entschuldigungsschreiben Kinzlers, der zugab, manchmal überspitzt zu formulieren.

Er hoffe, dass die Diskussion fortgesetzt werde. „Wollt ihr wirklich, dass wir an unserem Institut safe spaces wie in den USA schaffen, damit ihr sicher seid, dass ihr nicht mehr mit anderen Argumenten und Meinungen als euren konfrontiert werdet?“, fragte Kinzler in seiner letzten E-Mail. Die Studenten konnte er damit sichtlich nicht besänftigen.

Die Staatsanwaltschaft ermittelt nun, wer die Aktion gegen Kinzler und seinen Kollegen auf dem Unigelände anzettelte. Der Deutsch-Dozent hat sich einen Rechtsbeistand gesucht, den Anwalt Patrick Klugman, der auch die Feministin Caroline Fourest verteidigt.

In einem engagierten Buch, das unter dem Titel „Generation Beleidigt – von der Sprachpolizei zur Gedankenpolizei“ jetzt in deutscher Sprache erschienen ist, analysiert Fourest die Entwicklung, die zu Konflikten wie in Grenoble führt. Der Fall sei ein Musterbeispiel dafür, wie die identitäre Linke die Meinungshoheit beanspruche und Abweichler nicht dulde, sagt sie im Gespräch. Sie beobachte seit Jahren, wie an Universitäten jene bedrängt und abgekanzelt werden, die sich dem Mainstream der politischen Korrektheit verweigerten.

Gerade beim Thema politischer Islam und dem Vorwurf der Islamophobie sei die Meinungsfreiheit bedroht. Die frühere Journalistin von „Charlie Hebdo“ hat miterlebt, wie sehr die Satirezeitung vor dem Terroranschlag im Januar 2015 als Störenfried wahrgenommen wurde, weil das Blatt Tabuthemen wie

islamischen Antisemitismus oder das Frauenbild des Islams mit den Mitteln der Karikatur kritisierte. Der Vorwurf der Islamophobie wurde besonders laut, nachdem die Zeitung 2012 neue Mohamed-Karikaturen abgedruckt hatte.

Gerade aufgrund dieser Vorgeschichte sei es problematisch, über den Begriff Islamophobie nicht zu diskutieren, meint Fourest. Die Feigheit vieler Kollegen Kinzlers, die sich nicht offen zum Recht des Andersdenkenden bekannt hätten, hält sie für beschämend. Denn die Situation in Frankreich sei anders als in den Vereinigten Staaten, wo viele Professoren um ihren Posten fürchten müssten, sollten sie in einen von Studenten angezettelten „Shitstorm“ geraten. In Frankreich hingegen hätten die Professoren keine Existenzängste. Sie würden nicht ihr staatlich gesichertes Lehramt aufs Spiel setzen, wenn sie widersprechen. Aus Sicht Fourests gibt die identitäre Linke immer mehr den Ton an, weil die neue Generation an den Universitäten nicht länger dem Gleichheitsideal der Französischen Revolution anhänge, das Menschen ungeachtet ihrer Herkunft, ihres Besitzes und ihres Glaubens Gleichbehandlung verheiße. Vielmehr zähle nur die kulturell-ethnische Identität: „Sag mir, wo du herkommst, und ich sage dir, ob du reden darfst.“

Es ist nicht das erste Mal, dass in Grenoble die gesellschaftliche Toleranz neu vermessen wird. Vor zwei Jahren kochte ein Streit darüber hoch, ob muslimische Frauen ein Anrecht auf Ganzkörperbadeanzüge in öffentlichen Schwimmbädern hätten. Damals lavierte Bürgermeister Piolle, doch jetzt hat der grüne Präsidentenanwärter klar Farbe bekannt. „Fünf Monate nach der Ermordung von Samuel Paty haben wir es mit einem schwerwiegenden Anliegen zu tun. Ich verurteile aufs schärfste diese Hexenjagd“, sagte er. Die Meinungsfreiheit an der Universität sei ein verbürgtes Verfassungsrecht, meinte er: „Da kann es kein Wenn und Aber geben.“



## 23 Mars : Richard Dawkins Foundation

[https://de.richarddawkins.net/articles/allah-und-die-linke?fbclid=IwAR2hwcC3S4HBXpOl3bdH7pfKK43kd4aFu4Hho1\\_3Z7y31gtwJGnyEGB88ZM](https://de.richarddawkins.net/articles/allah-und-die-linke?fbclid=IwAR2hwcC3S4HBXpOl3bdH7pfKK43kd4aFu4Hho1_3Z7y31gtwJGnyEGB88ZM)

### Allah und die Linke

[Helmut Ortner 23. März](#)

## Die Linke scheut das Thema Islam



Foto: Pixabay.com / suju-foto

*Der „Islamophobie“-Vorwurf soll Kritiker mundtot machen. Galt nicht Religionskritik spätestens mit Voltaire einmal als Selbstverständlichkeit? Gibt es ein Umdenken im linken Toleranz-Universum?*

Die Tat war barbarisch: Im Oktober wurde der 47-jährigen Lehrer Samuel Paty nahe seiner Schule in einem Pariser Vorort auf offener Straße enthauptet. Der Täter: ein junger islamistischer Terrorist. Patys „Verbrechen“: in seiner Unterrichtsstunde zur Meinungsfreiheit hatte er Mohammed-Karikaturen aus der Satirezeitschrift *Charlie Hebdo* gezeigt. Er wollte Denken lehren, nicht Glauben.

Der Mord löste Entsetzen aus. Präsident Macron hielt danach auf einer Trauerfeier ein Plädoyer für Meinungsfreiheit und verteidigte die religionskritischen Karikaturen und Texte. Dafür bekam er viel Kritik, vor allem in der islamischen Welt. Das sunnitische Rechtsinstitut *Al Azhar* in Kairo verurteilte Macrons Aussagen als „rassistisch und dazu geeignet, die Gefühle von zwei Milliarden Muslimen in der Welt entflammen zu lassen“. Kurz darauf kam es zu „entflammten“ Protesten in muslimischen Ländern und zu Boykottaufrufen gegen Frankreich. Beschämend aber: Macron erhielt kaum Rückendeckung aus Europa, auch nicht aus Deutschland. Keine klaren Worte aus der Politik. Keine Zeitung druckte die Karikaturen (über die Paty aufklären wollte) nach, nirgendwo gab es Solidaritäts-Demonstrationen. Man blieb im Allgemeinen, verurteilte den „Terror, woher auch immer er kommt...“. Von religiösem Wahn wollte niemand reden.

Nach Paris kam Nizza, dann Wien: Allahs verwirrte Bodentruppen setzten ihren mörderischen Amoklauf fort. Er ist der blutige Begleitrahmen eines Prozesses, der seit einigen Jahren in Gange ist: die Einschüchterung des Denkens, das Bekämpfung des Rechts auf freie Meinung, einschließlich des Rechts auf Spott. Während die Kritik an den Kirchen und am Christentum - inklusive derber Witze über Papst und Klerus - als legitim anerkannt ist, wird Kritik am Islam mit dem Vorwurf der Islamophobie zum Schweigen gebracht. Der Islam wird großflächig exkulpiert.

Dass der mörderische Terror „nichts mit dem Islam zu tun hat“, das behaupten gerne weite Teile des linken Polit-Milieus. Wer den Islam als doktrinäre, meinungs- und frauenfeindliche Ideologie brandmarkt, wird schnell des Rassismus verdächtigt. Der Begriff *Islamophobie* wird zum Verteidigungs-Kampfbegriff gegen jede Kritik am Islam gemacht. Das kritische linke Welt-

Bewusstsein - ansonsten jederzeit und allerorten gegen abrufbar - kommt zum Erliegen. 1) Eine fragwürdige linke Einäugigkeit. Was ist da los?

Warum schweigt die politische Linke, präziser: das linksliberale Moralmilieu, wenn die Werte der Aufklärung durch fundamentalistische Islamisten bedroht werden? Wie ist es möglich, dass einer sich als emanzipatorisch verstehenden Linken ausgerechnet in der Auseinandersetzung mit dem Islam ihre Sprache abhandenkommt (und sie diese notwendige Auseinandersetzung damit der Rechten überlässt)? Man sollte meinen, für Aufklärung und Freiheit zu kämpfen, gehöre zur politischen DNA der kulturell-politischen Linken. 2)

Schon nach dem Mordanschlag auf *Charlie Hebdo* am 7. Januar 2015, als zwei maskierte Täter in die Redaktionsräume der Zeitschrift eindrangen und elf Menschen bestialisch ermordeten (darunter ein zum Personenschutz abgestellter Polizist und ein weiterer Polizist auf der Flucht), gab es zahlreiche französische linke Intellektuelle, die die „Verantwortungslosigkeit“ des Satiremagazins beklagten. Sie machten *Charlie Hebdo* letztlich selbst für das Blutbad verantwortlich, weil Zeichnungen im Blatt immer wieder islamfeindlich gewesen seien. Beispielsweise auf einer Titelseite aus dem Jahr 2006, die Kurt Westergard gewidmet war, der wegen seiner Karikaturen in der dänischen Tageszeitung *Jyllands-Posten* ebenfalls von Fundamentalisten mit dem Tod bedroht worden war. Was war [auf dem Titelblatt](#) zu sehen?

Ein bärtiger Mann mit Turban hält seinen Kopf zwischen den Händen. Er weint oder ist sehr ärgerlich. In der Sprechblase steht: „Schon hart, wenn einen Idioten lieben...“. Die Zeilen über der Zeichnung erläutern: „Mohammed beklagt sich... Er wird von Fundamentalisten überrollt!“. Der Prophet beklagt sich also über die Haltung seiner fanatischen Anhänger. In einer aufgeklärten, freien Gesellschaft nennt man das politische Karikatur. Nicht jeder muss über diese Karikatur schmunzeln, jeder darf sich beleidigt fühlen. Aber Frankreich hat den Blasphemie-Paragrafen, dieses „imaginäre Verbrechen“ (Jaques de Saint Victor) schon 1871 abgeschafft.

In der Beschwörung des „Respekts vor religiösen Anschauungen“ sind sich alle Religionen einig, und mittlerweile nicht nur die. Pochten früher nur ultra-religiöse und konservative Kreise auf unbedingte Einhaltung der „Gewissens- und Religionsfreiheit“ (deren Einschränkung ja nirgendwo propagiert wird, allenfalls das Recht, Religionen, ihre Dogmen und Verkünder zu kritisieren oder diese zu verspotten), machen sich mittlerweile auch vermeintlich progressive, antirassistische Bewegungen für die Einschränkung oder Abschaffung der Meinungsfreiheit stark. Das Bündnis zwischen Religionsvertretern und progressiven Denkern sagt viel aus über die geistige dogmatische Verwandtschaft. Alle diese Bedenkenräger äußern, dass die „Laizität“ achtenswert sei, „solange sie alle religiösen Anschauungen“ akzeptiere. Dabei hat der Laizismus stets die Gläubigen, nie aber eine einzige Religion beschützt.

Viele halten politische Karikaturen, in denen Propheten und Götter nach Gusto des Zeichners „sichtbar“ gemacht werden für strafwürdige Blasphemie und *Charlie Hebdo* nach wie vor für eine islamophobe, rassistische Zeitung. Ein heuchlerischer Vorwurf.

In einer Streitschrift, die Chefredakteur Charb (Stephane Charbonnier) erst zwei Tage vor seiner Ermordung beendet hatte, wandte er sich gegen den Vorwurf, sein Magazin würde Angst und Aggression „gegen den Islam“ entfesseln. Die Tonalität des Textes wie immer provokant, polemisch, sarkastisch. Ein unerschrockenes, beeindruckendes Plädoyer für Meinungsfreiheit und gegen jegliche Zensur. 3)

Charb sollte recht behalten, denn nur wenige Monate später, nach den Massakern vom November 2015 im *Club Bataclan* und in den Straßencafes des 11. Bezirks, meldeten sich alle großen links-liberalen Geister der Republik zu Wort, so, wie er vorausgesagt hatte. Für Alain Badiou erklärten sich die Morde aus „der Leere und Verzweiflung, bedingt durch die aggressive Dominanz des westlichen Kapitalismus und der ihm dienenden Staaten“. Ein anderer Philosoph, der viel gelesene und populäre Michel Onfray, ließ wissen, für die Toten sei ausschließlich der französische Staat verantwortlich, da er eine „islamophobe Politik“ betreibe und nun ernte, was er gesät habe. 4)

Nach dem Anschlag von Nizza am französischen Nationalfeiertag, dem 14. Juli 2016, als ein Attentäter mit einem LKW in eine Menschenmenge raste, äußerte sich auch Jean-Luc Nancy, der zu den bekanntesten Philosophen der Gegenwart nicht nur in Frankreich zählt: „Wir müssen uns selbst anklagen, wir müssen endlich unser unstillbares und universelle Streben nach Macht stoppen. Wir müssen die verrückten LKWs unseres angenommenen Fortschritts stoppen und demolieren, unsere Dominanz-Phantasien und die kommerzielle Gewinnsucht“... Man könnte fragen: Hat den Mann eine gravierende Schwindsucht erfasst und seinen Geist vollends vernebelt? Die Opfer sollen für ihr Schicksal selbst verantwortlich sein. Ist das grenzenloser Zynismus, grobe Dummheit oder tiefsitzender Selbsthass? In jedem Fall eine Ermutung für weitere mörderische Gotteskrieger und fanatische „Islamphobie“-Streiter.

### **Der Islamophobie bezichtigt**

Im März 2021 mussten zwei Universitätsprofessoren in Grenoble um ihr Leben fürchten, weil Studenten ihre Namen in großen Lettern an das Unigebäude plakatiert hatten und sie der Islamophobie bezichtigten. Auch in den sozialen Netzwerken hielten die von der Studentengewerkschaft *UNEF (Union nationale des étudiants de France)* unterstützten Aktivisten den beiden Professoren islamfeindliche Haltungen vor. Ausgangspunkt war eine Diskussion unter Studenten und Lehrkräften darüber, ob für ein geplantes Seminar zum Thema Gleichheit die Islamophobie gleichrangig mit Antisemitismus und Rassismus im Titel stehen sollte. Einer der beiden Professoren, Klaus Kinzler, der als Professor für deutsche Sprache und Kultur am *Institut des Sciences Po* bereits seit 25 Jahren angestellt ist, äußerte sich gegenüber Medien, es treffe ihn schwerer, dass etwa 80 Prozent seiner Professoren-Kollegen die Unterstützung verweigerten oder heuchlerisch verlauten ließen, er habe ja selbst zu der Polemik beigetragen. „Ich habe wirklich keinen Kreuzzug gegen den Islam geplant. Ich wollte nur das Konzept der Islamophobie kritisch hinterfragen“, sagte er.

Vincent T., ebenfalls Politikprofessor, sprang seinem Kollegen in Folge zur Seite und geriet auf Facebook ebenfalls ins Visier der Studentengewerkschaft *UNEF*. Eine Kollegin aus Kinzlers Institut zeigte sich über dessen Aussagen so empört, dass sie sich kurzerhand eine Woche krankschreiben ließ. Die Affäre zog laut Kinzler im Anschluss ohne sein weiteres Zutun immer weitere Kreise und erreichte nun sogar die politische Bühne. So verteidigte die beigeordnete Innenministerin Marlène Schiappa das Recht des Professors, seine Einschätzung zu dem Begriff der Islamophobie kund zu tun und kritisierte die Kampagne der studentischen Aktivisten scharf: „Nach der Enthauptung Samuel Patys ist das eine besonders widerliche Tat, denn er war genauso den sozialen Netzwerken zum Fraß vorgeworfen worden“, erklärte Schiappa im Fernsehsender *BFM-TV*. „*UNEF* hat in Kauf genommen, die beiden Professoren in Lebensgefahr zu bringen“, zeigte sich die Politikerin empört und bezeichnete es als verstörend, dass die Studentengewerkschaft in den sozialen Netzwerken zu einer beleidigenden Hasskampagne gegen die Professoren mobilgemacht habe. Auch Marine Le Pen griff nun die Debatte dankend auf und sah sich darin bestätigt, dass es an Universitäten eine „abstoßende, sektiererische Islamo-Linke gibt, die keine Grenzen kennt“. Das Verhalten der Aktivisten spielt somit auch der rechtspopulistischen Partei Frankreichs *Rassemblement National* in die Hände, der Marine Le Pen vorsteht. 5)

Fälle, in denen an Universitäten Dozenten für Meinungen und Aussagen von aktivistischen Gruppen heftiger, diffamierender Kritik ausgesetzt sind, sind mittlerweile keine Einzelfälle mehr. In Deutschland hatte die Frankfurter Uni-Professorin Susanne Schröter, Direktorin des dortigen Instituts für Ethnologie, eine Veranstaltung „Das islamische Kopftuch - Symbol der Würde oder der Unterdrückung?“ geplant und war deshalb zur Zielscheibe empörten Studenten und Aktivisten geworden. Unter dem Hashtag *#schroeter\_raus* hatten sie in den sozialen Netzwerken eine Kampagne initiiert, mit der ihre Forderung nach einer Absetzung der Professorin unterstrichen werden sollte. Die Initiative warf Schröter sowie einigen der eingeladenen Referentinnen - darunter der bekannten Autorin und Frauenrechtlerin Alice Schwarzer und der Schriftstellerin Necla Kelek - antimuslimischen Rassismus vor. Deren Positionen zum politischen Islam bezeichnete sie als „Islam-Bashing im Deckmantel der Religionskritik“. 6)



Die Universitäten und ihre Vertreter knicken nur allzu oft vor lautstark empörten Aktivisten ein. Auch die Ausladung von Rednern oder das Niederbrüllen von Diskutanten reihen sich in derartige Fälle ein. Ein solches Klima an Hochschulen und könnte zur ernsthaften Gefahr für die Meinungsfreiheit und die Debattenkultur werden.

Ob an Hochschulen, in Debatten-Foren oder auf medialen Plattformen: Wer den gegenwärtigen Islam als eine frauenfeindliche, doktrinäre und rassistische Ideologie brandmarkt, wird gern des Rassismus und als „islamophob“ verdächtigt, auch hierzulande. Die Linke hat den Begriff *Islamophobie* zum Verteidigungs-Kampfbegriff gegen jede Kritik am Islam gemacht. *Cinzia Sciuto*, in Deutschland lebende Korrespondentin der italienischen kultur-politischen Zeitschrift *MicroMega*, beschreibt ein simples Experiment, um den instrumentellen Charakter des Wortes *Islamophobie* zu verdeutlichen:

*„Auf Demonstrationen sieht man seit jeher aggressiv anti-religiöse und blasphemische Schilder und Slogans, was die [christliche] Kirche gewiss nicht erfreut. Man kann diese Slogans unangebracht, unangemessen, geschmacklos und noch vieles mehr finden, aber bisher wurde noch niemand, der sie präsentiert hat, der ‚Christophobie‘...“.* 7)

Während die Kritik an den Kirchen und am Christentum - inklusive derber Witze über Papst und Klerus - als legitim betrachtet wird, wird Kritik am Islam mit dem Vorwurf der Islamophobie zum Schweigen gebracht, gerne mit dem Hinweis, dass es sich dabei um die Religion einer Minderheit handelt, die häufig rassistischer Diskriminierung ausgesetzt sei.

Die islamischen Lobbyverbände *Inssan e.V.* und *CLAIM* („Allianz gegen Islam- und Muslimfeindlichkeit“), präsentierten im März dieses Jahres aktuelle Zahlen und Statistiken als Beleg einer zunehmenden „Islam- und Muslimfeindlichkeit in Deutschland“. Folgt man den Angaben, steigt von Jahr zu Jahr der Grad der Diskriminierung, unter der Musliminnen und Muslime in Deutschland zu leiden haben. Doch stimmt diese Aussage tatsächlich mit den empirischen Befunden überein? Der Sozialwissenschaftler Carsten Frerk, *Leiter der Forschungsgruppe Weltanschauungen in Deutschland (fowid)*, hat sich dies genauer angeschaut: „Ich bezweifle keineswegs, dass es Muslimfeindlichkeit in unserer Gesellschaft gibt“, sagt er, „aber mit den Methoden, die *Inssan* beziehungsweise *CLAIM* anwenden, lässt sich dieses bedauernswerte Phänomen nicht in angemessener Weise darstellen.“ ([GBS, 16.03.2021](#))

Die Forschungsgruppe warnt davor, die Ergebnisse unkritisch zu übernehmen, da sie ideologisch verzerrt sind und einer wissenschaftlichen Überprüfung nicht standhalten. „Im Zuge dieser Analyse“ schreibt Frerk in seiner Studie, „erhärtete sich immer stärker der Eindruck, dass es nicht um eine korrekte Darstellung der sozialen Verhältnisse geht, sondern um die Stärkung der Strukturen des islamischen Lobbyismus beziehungsweise des legalistischen Islamismus, der die 'Diskriminierungskarte' zückt, um sich Vorteile gegenüber anderen gesellschaftlichen Gruppen zu verschaffen. Hierzu passt, dass beide Organisationen zum Netzwerk der Muslimbruderschaft in Deutschland gezählt werden.“ Klare Worte. 8)

### **Das linke Schweigen**

Und die Linke? Sie schweigt. Ihr kritisches Welt-Bewusstsein - ansonsten jederzeit und allerorten abrufbar - kommt zum Erliegen. Galt nicht Religionskritik spätestens mit Voltaire einmal als Selbstverständlichkeit? Gibt es Rettung aus dem linken Toleranz-Delirium? Vielleicht kann die Lektüre von Ruud Koopmans dazu beitragen.

Der Niederländer ist Direktor der Abteilung „Migration, Integration und Transnationalisierung“ am Wissenschaftszentrum in Berlin und beschäftigt sich seit Jahren mit den strukturell-politischen Problemen islamischer Länder und dem grassierenden, systemimmanenten Fundamentalismus. Koopmans stellt die Frage, was Muslime und Nichtmuslime selbst tun können, um den Fundamentalismus zu schwächen und liberale, reformorientierte Kräfte innerhalb des Islam zu fördern. Zentral für den Beitrag zu einer Lösung sei es - so Koopmans - anzuerkennen, dass die Hauptursache für die Probleme der islamischen Welt nicht außerhalb des Islam - beim westlichen



Kolonialismus, bei der Islamophobie - sondern in der Mitte der islamischen Gesellschaft selbst liege, in Form einer weit verbreiteten intoleranten Glaubensauffassung, die mit Hass und Gewalt gegen Andersgläubige und Ungläubige einhergeht. Hier sieht er auch die massiven Integrationsprobleme konservativ-religiöser Muslime in westlichen Einwanderungsgesellschaften, die zu einem erheblichen Teil auf die gleichen religiösen Ursachen - etwa die ungleiche Behandlung der Frauen, die soziale Distanz zu Andersgläubigen - zurückgingen. Und hier nennt er diverse Islamverbände, deren religiöse Basisarbeit und öffentliche Verlautbarungen nur selten mit einer liberalen, weltoffenen, demokratischen Gesellschaft in Einklang zu bringen sind. So zitiert er beispielsweise eine Predigt mit dem Titel „*Der hohe Rang bei Allah: Das Märtyrertum*“ - nicht aus einer Predigt vor 200 Jahren in einem fernen Land, sondern aus einer Predigt, die 2014 in einer deutschen Moschee verlesen wurde:

*„Keiner, der das Paradies betritt, möchte zurück auf die Erde... Nur der Schahid (der Märtyrer), er möchte zurück und wieder den Märtyrertod sterben, wenn er sieht, welches Ansehen und welchen Rang er hier im Paradies genießt. Diese Frohbotschaft war es, die unseren Propheten und seine Gefährten und später auch unsere Vorfahren beseelten und sie von einer zur nächsten Front treiben, um diesen hohen Rang zu erreichen. Rein für den Weg Allahs, um Seinen Namen zu verbreiten. Für das Land und die Landsleute.“ 9)*

Fatalerweise ist ein großer Teil der bundesdeutschen Linken bislang sprachlos. Sie sollte ihr unangenehm auffälliges Schweigen beenden. Es steht der Vorwurf im Raum, in linken Weltbildern gebe es „richtige“ und „falsche“ Opfer oder *Samuel Schirmbeck*, ehemaliger ARD-Korrespondent in Nord-Afrika, hat auf diese fragwürdige linke Einäugigkeit hingewiesen. In einer Streitschrift nennt er Punkte linker Ignoranz: 10)

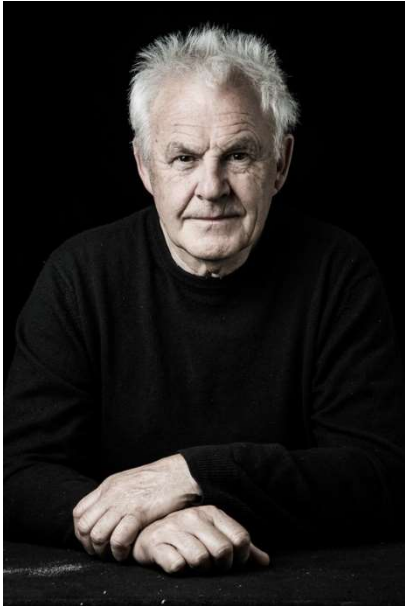
- Die Linke exkulpiert den Islam vom Terror islamischer Fanatiker, der „nichts mit dem Islam zu tun“ habe.
- Die Linke stellt Religionsfreiheit über Freiheit von Religion.
- Die Linke unterstützt religiöse Penetranz im staatlich neutralen Raum eines säkularen Staates durch Befürwortung des „Kopftuches“ für muslimische Lehrerinnen
- Die Linke akzeptiert das Verbot von Gewissens- und Religionsfreiheit für Muslime.
- Die Linke überlässt die Homosexuellen in der muslimischen Welt tatenlos ihrem Schicksal.
- Die Linke relativiert muslimischen Juden Hass.

Das linke Schweigen - so Schirmbeck - ist ignorant und beschämend. Und es wird ausgenutzt. Es ermöglicht den Fundamentalisten einerseits und Funktionären der muslimischen Verbände andererseits, den öffentlichen Diskurs und das kollektive Bewusstsein zu besetzen. Beispielsweise wenn sie - aufgerufen und organisiert von verschiedenen Gruppen und Moslemverbänden - auf die Straße gehen. Nicht gegen den Terror irrsinniger Glaubensbrüder oder für Meinungs- und Religionsfreiheit, noch weniger aus Solidarität mit den Opfern und deren Angehörigen. Ihr demonstrativer Abwehr-Mechanismus: „Es ist nicht unsere Schuld, wir müssen uns nicht rechtfertigen“.

Warum herrscht das große Schweigen, wenn die Werte der Aufklärung durch fundamentalistische Islamisten bedroht werden? Gehört nicht der Kampf für Aufklärung und Freiheit zur politischen DNA der kulturell-politischen Linken? Immerhin: Kevin Kühnert, der SPD-Vize Deutschlands, hat den Anfang gemacht und spricht von einem „blinden Fleck der Linken“. 11) Der Fraktionschef im Deutschen Bundestag Dietmar Bartsch plädiert dafür, endlich „die falsche Scham“ abzulegen und auch der populäre Grünen-Politiker Robert Habeck - bei der kommenden Bundestagswahl immerhin potentieller Kanzler-Kandidat - fordert jetzt eine konsequente Haltung im Kampf gegen militante Islamisten. Schönfärberei hält er für fehl am Platz. Sicherheitsbehörden und Justiz

müssten den radikalen Islamismus „mit der ganzen Härte des Gesetzes verfolgen“, so Habeck. Neue Töne aus dem linken Toleranz-Universum. 12)

Es ist an der Zeit, dass das links-grüne Milieu ihre Zurückhaltung im Umgang mit dem politischen Islam aufgibt. Sie müssen ihre Stimme erheben, weil es auch ihre proklamierten Werte sind, die bei ausnahmslos jedem Terroranschlag mit Füßen getreten und mit Sprengsätzen in die Luft gejagt werden. Es geht um den Kampf gegen Gewalt, Terror und religiöse Anmaßung - um die Verteidigung der Weltlichkeit unseres demokratischen Verfassungsstaates. Hier gilt: der Staat vor Religion, der Bürger vor dem Gläubigen.



*Helmut Ortner, Jahrgang 1950, hat bislang mehr als zwanzig Bücher, überwiegend politische Sachbücher und Biografien veröffentlicht, u.a. Der Hinrichter - Roland Freisler, Mörder im Dienste Hitlers, Der einsame Attentäter - Georg Elser und Fremde Feinde - Der Justizfall Sacco & Vanzetti. Zuletzt erschienen: [Ohne Gnade](#) und [EXIT - Warum wir weniger Religion brauchen – Eine Abrechnung](#) (Paperback).*

*Seine Bücher wurden bislang in 14 Sprachen übersetzt. Helmut Ortner ist Mitglied bei Amnesty International und im Beirat der Giordano-Bruno-Stiftung.*

*Sein neues Buch „Widerstreit – Über Macht, Wahn und Widerstand“ (April 2021). Weitere [Bücher](#).*



## Quellen- und Literaturhinweise

1) Daniela Wakonigg / Armin Pfahl-Traughber, „Islamismus ist innerhalb der Linken meist ein Nicht-Thema“, in: Humanistischer Pressedienst vom 16. November 2020

2) Frank A. Meyer, „Denken, nicht beten“, in: Cicero, 12-2020

- 3) Charb (Stephane Charbonnier), Brief an die Heuchler - und wie sie den Rassisten in die Hände spielen, Stuttgart 2015
- 4) Die Zitate und Äußerungen von Alain Badiou und Michel Onfray , vgl. Pascal Brückner, „Die Islam-Linke oder: Die Vereinigung des Zorns“, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 12-20, Seite 85 f
- 5) Joscha Wölbert , Hochschullehrer in Gefahr wegen angeblicher „islamophober“ Einstellungen, in: Humanistischer Pressdienst, 12. März 2021
- 6) Vgl. dazu auch: Kelec, Necla, Chaos der Kulturen - Die Debatte um Islam und Integration, Köln 2016
- 7) Cinzia Sciuto, „Stehen wir auf: gegen die Deutungsmacht der Islamisten“, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 12-20, Dezember 2020. Ebenso: Sciuto, Cinzia, Die Fallen des Multikulturalismus in einer vielfältigen Gesellschaft, Zürich 2020
- 8) Frerk, Carsten, Forschungsgruppe Weitanschauungen in Deutschland, Studie: „Muslimfeindschaft und Empirie“,  
16. März 2021
- 9) Koopmans, Ruud, Das verfallene Haus - Die religiösen Ursachen von Unfreiheit, Stagnation und Gewalt, München 2020
- 10) Schirmbeck, Samuel, Gefährliche Toleranz - Der fatale Umgang der Linken mit dem Islam, Zürich 2018
- 11), Kevin Kühnert, „Die politische Linke sollte ihr Schweigen beenden“, in: spiegel-online 21. Oktober, 2020
- 12) Dietmar Bartsch, „Die Linke sollte ihre falsche Scham ablegen“, in: spiegel-online, 23. Oktober 2020 , ebenso Constanze von Bullion, „Robert Habeck will Islamismus konsequent bekämpfen“, in: Süddeutsche Zeitung, 30. Oktober 2020

27. März 2021 (FAZ)

KULTURKAMPF IN FRANKREICH:

## Reden darf, wer die richtige Identität hat

VON [MICHAELA WIEGEL](#), PARIS

-AKTUALISIERT AM 27.03.2021-11:21



Eine Demonstration gegen Islamophobie im März vor der Universität Grenoble Bild: AFP

An den französischen Universitäten tobt ein Kampf um die Meinungsfreiheit. Linke machen dort gemeinsame Sache mit Islamisten.

Der grüne Bürgermeister Eric Piolle träumt davon, Grenoble als Sprungbrett in den Elysée-Palast zu nutzen. Die französische Alpenmetropole gilt als links-grünes Experimentierfeld, seitdem die Ökopartei EELV vor sieben Jahren die Sozialisten im Rathaus abgelöst hat. Doch jetzt hat die Stadt nicht mit genderneutralen Schulhöfen oder Radschnellwegen von sich reden gemacht, sondern als Schauplatz eines besonders erbitterten Kampfes um die akademische Freiheit. Am Politikwissenschaftlichen Institut der Universität Grenoble plakatierten studentische Aktivisten die Namen von zwei Professoren an die Fassade, um sie des „Faschismus“ und der „Islamophobie“ zu bezichtigen und ihre Entlassung zu fordern.

Die linke Studentengewerkschaft Unef verbreitete Fotos der Aktion in den sozialen Netzwerken. Das Vorgehen erinnerte an die Hetzkampagne gegen den Geschichtslehrer Samuel Paty, dem im Netz Islamophobie vorgeworfen wurde, bevor ein Islamist ihn im vergangenen Oktober enthauptete. Dieses Mal reagierten die politisch Verantwortlichen sofort. Hochschulministerin Frédérique Vidal verurteilte die Aktion scharf, der Innenminister stellte den beiden Hochschullehrern Polizeischutz zur Verfügung.

### **Keine stille Gelehrtenkammer**

Dennoch kommt die Debatte nicht zur Ruhe. Das liegt zum einen an den Studentengewerkschaften, die immer neue Communiqués veröffentlichen, um die Entlassung der beiden Professoren zu verlangen. Von Reue darüber, wie sie die Namen preisgaben und verunglimpften, fehlt jede Spur. Im jüngsten Brief beklagen mehrere studentische Organisationen, dass die beiden in den Medien als Opfer dargestellt würden. Die Studentenverbände argumentieren, dass es andersherum sei. Sie kritisieren „die politisch-moralische und symbolische Gewalt“, der eine junge Lehrkraft von Seiten der beiden Hochschullehrer ausgesetzt gewesen sei.

Zum anderen denkt auch einer der beiden Bedrohten nicht daran, sich verängstigt ins stille Gelehrtenkämmerlein zurückzuziehen. Der Deutsch-Dozent Klaus Kinzler hat in den vergangenen Tagen keine Gelegenheit ausgelassen, seinen Standpunkt in den Medien zu verteidigen: „Die Meinungsfreiheit steht auf dem Spiel.“

Der 61 Jahre alte gebürtige Stuttgarter lehrt seit 25 Jahren deutsche Literatur und Zivilisation an dem Politikwissenschaftlichen Institut, das zur Universität Grenoble gehört und mit öffentlichem Geld finanziert wird. Ihn treibt sichtlich der Wille an, die Debatte über die sogenannte Islam-Linke an französischen Universitäten anzuheizen. „Islam-Linke“ ist eine Wortschöpfung des Politikwissenschaftlers Pierre-André Taguieff und umschreibt das Bündnis linker Kräfte mit islamischen Fundamentalisten, das Anfang 2000 über gemeinsame Kritik an der Politik Israels während der zweiten Intifada entstand.

Der sperrige Begriff meint dabei nicht, dass sich die Linke islamisiert habe, sondern vielmehr, dass in bestimmten linken Zirkeln aus ideologischen Gründen eine kritische Debatte über den Islam unterdrückt werde.

### **Empörter Protestbrief**

Hochschulministerin Vidal hat kürzlich vor dem verheerenden Einfluss des „Islamogauchisme“ an Universitäten und Forschungseinrichtungen gewarnt und eine Untersuchung angeordnet. Sie tat das aber so ungeschickt, dass Forscher des angesehenen Zentrums CNRS einen empörten Protestbrief schrieben. In einer Talkshow hatte sie auf die Frage des Moderators, ob es an den Universitäten „eine Allianz von Mao Tse-tung und Ajatollah Chomeini“ gebe, erwidert: „Sie haben völlig recht.“



Warnt vor „Islamogauchisme“: die französische Bildungsministerin Frédérique Vidal (Aufnahme aus dem Oktober 2019) :Bild: AFP

Am Umgang mit dem Islam entzündete sich auch der Streit in Grenoble. „Ich gebe zu, dass ich diese Religion nicht sonderlich schätze und sie mir manchmal geradezu Angst macht (...), aber ich habe niemals, niemals, niemals die geringste Antipathie oder Vorurteile gegenüber Muslimen empfunden“, schrieb Kinzler in einem E-Mail-Austausch mit Studenten und Lehrkräften zur Vorbereitung einer Seminarwoche.

Dort ging es um das Thema „Gleichheit“. Der Deutsch-Dozent sprach sich dagegen aus, Islamophobie neben Antisemitismus und Rassismus in den Titel zu schreiben, und schlug vor, von „anderen Formen der Diskriminierung“ zu sprechen. Islamophobie sei aus seiner Sicht ein Kampfbegriff, der islamistischen Extremisten zuspiele, weil er jungen Muslimen pauschal eine Opferrolle zuschreibe.

### **Die Kollegin reagiert gekränkt**

Der Konflikt schaukelte sich hoch, als eine junge Historikerin mit dem Schwerpunkt kolonialer Maghreb Kinzler entgegenhielt, Islamophobie sei ein anerkanntes „akademisches Konzept“. Sie führte als Beweis einen Meinungsartikel an, in dem Frankreich staatlich institutionalisierte

Islamfeindlichkeit vorgeworfen wurde. Die junge Frau zeigte sich überaus gekränkt von der Antwort des Deutsch-Dozenten, der in seiner Kritik nachlegte. Sie ließ sich krankschreiben und reagierte auch nicht auf ein Entschuldigungsschreiben Kinzlers, der zugab, manchmal überspitzt zu formulieren.

Er hoffe, dass die Diskussion fortgesetzt werde. „Wollt ihr wirklich, dass wir an unserem Institut safe spaces wie in den USA schaffen, damit ihr sicher seid, dass ihr nicht mehr mit anderen Argumenten und Meinungen als euren konfrontiert werdet?“, fragte Kinzler in seiner letzten E-Mail. Die Studenten konnte er damit sichtlich nicht besänftigen.

Die Staatsanwaltschaft ermittelt nun, wer die Aktion gegen Kinzler und seinen Kollegen auf dem Unigelände anzettelte. Der Deutsch-Dozent hat sich einen Rechtsbeistand gesucht, den Anwalt Patrick Klugman, der auch die Feministin Caroline Fourest verteidigt.

## **Mainstream der politischen Korrektheit**

In einem engagierten Buch, das unter dem Titel „Generation Beleidigt – von der Sprachpolizei zur Gedankenpolizei“ jetzt in deutscher Sprache erschienen ist, analysiert Fourest die Entwicklung, die zu Konflikten wie in Grenoble führt. Der Fall sei ein Musterbeispiel dafür, wie die identitäre Linke die Meinungshoheit beanspruche und Abweichler nicht dulde, sagt sie im Gespräch. Sie beobachte seit Jahren, wie an Universitäten jene bedrängt und abgekanzelt werden, die sich dem Mainstream der politischen Korrektheit verweigerten.

Gerade beim Thema politischer Islam und dem Vorwurf der Islamophobie sei die Meinungsfreiheit bedroht. Die frühere Journalistin von „Charlie Hebdo“ hat miterlebt, wie sehr die Satirezeitung vor dem Terroranschlag im Januar 2015 als Störenfried wahrgenommen wurde, weil das Blatt Tabuthemen wie islamischen Antisemitismus oder das Frauenbild des Islams mit den Mitteln der Karikatur kritisierte. Der Vorwurf der Islamophobie wurde besonders laut, nachdem die Zeitung 2012 neue Mohamed-Karikaturen abgedruckt hatte.

Gerade aufgrund dieser Vorgeschichte sei es problematisch, über den Begriff Islamophobie nicht zu diskutieren, meint Fourest. Die Feigheit vieler Kollegen Kinzlers, die sich nicht offen zum Recht des Andersdenkenden bekannt hätten, hält sie für beschämend. Denn die Situation in Frankreich sei anders als in den Vereinigten Staaten, wo viele Professoren um ihren Posten fürchten müssten, sollten sie in einen von Studenten angezettelten „Shitstorm“ geraten. In Frankreich hingegen hätten die Professoren keine Existenzängste. Sie würden nicht ihr staatlich gesichertes Lehramt aufs Spiel setzen, wenn sie widersprechen.

## **Neuvermessung der Toleranz**

Aus Sicht Fourests gibt die identitäre Linke immer mehr den Ton an, weil die neue Generation an den Universitäten nicht länger dem Gleichheitsideal der Französischen Revolution anhänge, das Menschen ungeachtet ihrer Herkunft, ihres Besitzes und ihres Glaubens Gleichbehandlung verheiße. Vielmehr zähle nur die kulturell-ethnische Identität: „Sag mir, wo du herkommst, und ich sage dir, ob du reden darfst.“





„Ich verurteile diese Hexenjagd“, sagt der Bürgermeister von Grenoble, Eric Piolle (Grüne) :Bild: AFP

Es ist nicht das erste Mal, dass in Grenoble die gesellschaftliche Toleranz neu vermessen wird. Vor zwei Jahren kochte ein Streit darüber hoch, ob muslimische Frauen ein Anrecht auf Ganzkörperbadeanzüge in öffentlichen Schwimmbädern hätten. Damals lavierte Bürgermeister Piolle, doch jetzt hat der grüne Präsidentenanwärter klar Farbe bekannt.

„Fünf Monate nach der Ermordung von Samuel Paty haben wir es mit einem schwerwiegenden Anliegen zu tun. Ich verurteile aufs schärfste diese Hexenjagd“, sagte er. Die Meinungsfreiheit an der Universität sei ein verbürgtes Verfassungsrecht, sagte er. „Da kann es kein Wenn und Aber geben.“

30 mars 2021 : Deutschlandfunk (Première radio du service public allemand)

[https://www.deutschlandfunk.de/debatte-ueber-islamophobie-in-frankreich-denkpolizei-an-den.886.de.html?dram:article\\_id=494952](https://www.deutschlandfunk.de/debatte-ueber-islamophobie-in-frankreich-denkpolizei-an-den.886.de.html?dram:article_id=494952)

## Debatte über Islamophobie in Frankreich

### „Denkpolizei an den Universitäten“

Der deutsche Hochschullehrer Klaus Kinzler steht in Frankreich seit Wochen unter Polizeischutz. Auslöser war eine Debatte über Rassismus, Antisemitismus und Islamophobie. Die Diskussion müsse wieder freier werden und „Denkverbote“ müssten fallen, sagte Kinzler im Dlf.

**Klaus Kinzler im Gespräch mit Benedikt Schulz**



*Protest gegen Islamophobie in Paris (www.imago-images.de / Jonathan Rebboah / Panoramic)*

Klaus Kinzler ist Dozent an der Hochschule Sciences Po Grenoble im Südosten von Frankreich. Seit einigen Wochen steht er im Mittelpunkt der medialen Aufmerksamkeit in Frankreich, weil er sich dagegen gewehrt hatte, dass eine Veranstaltung die Begriffe Rassismus, Antisemitismus und Islamophobie im Titel auf eine Stufe stellt. Das war im vergangenen Jahr, gar nicht lange nach der Tötung des französischen Lehrers Samuel Paty durch einen islamistisch motivierten Jugendlichen. Aber erst im neuen Jahr ist diese Meinungsverschiedenheit eskaliert. Studierende hatten Kinzlers Namen in großen Buchstaben an das Gebäude der Hochschule plakatiert, ihn der Islamophobie bezichtigt und ihn als „Faschist“ bezeichnet.





*Klaus Kinzler von der Hochschule Sciences Po Grenoble (privat)*

## „Da ist eine Medien-Rakete losgegangen“

**Benedikt Schulz:** Herr Kinzler, wie ist es aus Ihrer Perspektive zu dieser Situation gekommen, in der Sie jetzt unter Polizeischutz stehen?

**Klaus Kinzler:** Ja, es gab zwei Stufen eigentlich. Die erste war, als ein großes Forschungslabor, zu dem meine Kollegin gehört, mich des Mobbing öffentlich angeklagt hat und eines sehr aggressiven Verhaltens. Also in einem öffentlichen Kommuniqué. Das ist aber dann wieder eingeschlafen. Und die Studenten einer sehr radikalen linken Gewerkschaft bei uns haben das dann Anfang Januar wiederaufgenommen, haben dann diesen Briefwechsel verfälscht und dann eben nicht mir Mobbing vorgeworfen, sondern Rechtsextremismus, Antisemitismus, Islamophobie.

Und dann ist das auch noch eine Stufe weitergegangen als dann Unbekannte – man weiß nicht, wer das war – unsere Namen, also eines Kollegen und von mir selbst – unsere Namen an die Hochschulmauern plakatiert haben. Und dann also nicht mehr nur Rechtsradikalismus an uns gefunden haben, sondern auch Faschismus und die ‚tötende‘ Islamophobie. Erst in diesem Moment ist es eigentlich national geworden. Da haben die französischen Medien natürlich sich an Samuel Paty erinnert und sofort reagiert. Und da ist so eine Medien-Rakete relativ schnell dann hochgegangen und hat fast drei Wochen lang am Stück große Debatten ausgelöst, die weit über unser Institut und über meine Person natürlich hinausgehen.

## „Unsinnig, eine Religion an sich zu kritisieren“

**Schulz:** Bleiben wir mal kurz bei Ihrer Person. Also wie darf man sich das vorstellen? Sind Sie dann in sozialen Netzwerken, im Internet oder auch im realen Leben auf der Straße angefeindet, verbal angegriffen worden?

**Kinzler:** Also in sozialen Medien schon Anfang Januar. Das wusste ich gar nicht, weil ich selber kein Facebook habe. Das war sechs Wochen lang, dass also meine ganzen Studenten, das ganze Institut

mehr oder weniger, sozusagen darüber informiert wurden, dass ich angeblich ein Rechtsradikaler bin, obwohl ich seit 25 Jahren dort unterrichtete und nie so etwas mir vorgeworfen wurde. Öffentlich wurde es dann erst mit diesen Fotos, die eine Studentengewerkschaft getweetet hat – also Fotos von den Plakaten an der Universitätsmauer. Das sind also im Prinzip drei Stufen: diese Anklage des Forschungsinstituts, dann die sozialen Medien und dann diese Plakatierung, die dann auch noch getweetet wurde und dann Anklang gefunden hat in den nationalen Medien.

**Schulz:** Jetzt haben Sie sich ursprünglich einfach nur gewehrt gegen eine Parallelsetzung eben der Begriffe Antisemitismus, Rassismus und Islamophobie. Da ging es um eine Veranstaltung im Rahmen einer Themenwoche. Warum konnte das oder warum kann das Ihrer Meinung nach nicht miteinander verglichen werden?

**Kinzler:** Ich erlaube mir eine ganz kurze, wirklich ganz kurze Vorbemerkung. Es geht absolut nicht darum, dass man den Islam an sich hier kritisiert oder dass ich ihn kritisiert hätte. Es wäre sicherlich sehr unsinnig, eine Religion an sich zu kritisieren. Ich erinnere daran, dass der Islam im Mittelalter teilweise toleranter war als das Christentum. Es ist unsinnig, eine Religion zu kritisieren. Es war auch nicht eigentlich mein Ziel, den Begriff der Islamophobie an sich zu kritisieren. Dieser Begriff existiert in der wissenschaftlichen Forschung im Moment. Er wird kontrovers diskutiert. Aber auch das war nicht mein Problem.

## „Islamophobie gibt es nicht im Strafrecht“

Das Problem war für mich eher, wie Sie es gerade auch sehr richtig zusammengefasst haben, dass ich einfach nicht akzeptieren wollte, dass hier so eine Gleichwertigkeit postuliert wird zwischen Rassismus, Antisemitismus, was eine Form von Rassismus ist, und diesem etwas schwammigen Begriff der Islamophobie.

Ich nenne mal verschiedene Ebenen, auf denen man argumentieren könnte, dass diese Gleichwertigkeit nicht zulässig ist. Schon mal das Erste – ganz kurz nur erwähnt – das Juristische: Rassismus und Antisemitismus sind illegale Handlungen. Wenn Sie sich so weit in diese Richtung äußern, können Sie belangt werden. Da gibt's Paragraphen. Im Strafgesetzbuch sind das also Delikte oder eventuell sogar Verbrechen. Das Wort „Islamophobie“ gibt es nicht im Strafrecht.

Dann gibt es begrifflich einen großen Unterschied: Rassismus und Antisemitismus – das sind Delikte, die sich gegen Personen richten. Es sind also beides Formen des Rassismus, während die Islamophobie sich ja eigentlich nur gegen Gedankengebäude, eine Religion, eine Ideologie vielleicht richtet. Die Nazis zum Beispiel haben ja nicht gegen die jüdische Religion gehetzt, sondern gegen die „jüdische Rasse“. Also, das hat also im Prinzip mit diesem Begriff der Islamophobie – etymologisch natürlich die Angst vor dem Islam – nichts zu tun. Und diese legitime und völlig legale Kritik an Religionen ist ja bei uns in Westeuropa seit der Aufklärung ein wesentlicher Teil unserer Kultur, der Freiheit, der Meinungsfreiheit, der Demokratie.

Der dritte Punkt ist das Historische: Jeder einigermaßen gebildete Schüler im Gymnasium oder in jeder Schule kennt die Opferzahlen. Was Rassismus durch Sklaverei oder Judenverfolgung, Genozid, Shoah und so weiter betrifft, das geht in die Zig-Millionen. Diese Zahlen gibt es nicht für Islamophobie. Also hier sehe ich wirklich historisch keine Parallele, auch wenn natürlich – und das sagen manche

meiner Studenten – es Verfolgungen gibt von Muslimen. Wie zum Beispiel in Burma oder in Indien – dort werden teilweise Muslime sehr gewalttätig verfolgt.

Und das Letzte ist das Politische. Der Begriff der Islamophobie ist ein politischer Kampfbegriff geworden. Erdogan benutzt ihn täglich und Islamisten in aller Welt benutzen ihn, um all die als Rassisten zu bekämpfen, die den Islamismus kritisieren.

## „Rassismus ist ein größeres Problem“

**Schulz:** Aber es gibt doch auf der anderen Seite Islamfeindlichkeit, und die ist dann ja auch Grundlage oder Basis, Fundament von Diskriminierungserfahrungen von Musliminnen und Muslimen. Und das muss man doch auch benennen können.

**Kinzler:** Absolut, absolut. Und deswegen ist ja auch der Begriff, der sich so eingebürgert hat, so zweideutig. In Deutschland wird ja der Begriff der Islamophobie eigentlich nicht benutzt. Man spricht von Islamfeindlichkeit oder von Antiislamismus. Ich habe so ein bisschen nachgeschaut auch in der Literatur. Es gibt natürlich, und das wird absolut nicht geleugnet, darf nicht geleugnet werden, was Sie sagen: Es gibt diese Diskriminierung auch von Muslimen auch wegen ihrer Religion. Das ist ein Phänomen, gegen das man kämpfen muss. Aber es hat nicht diese Ausmaße, also in keiner Weise die Ausmaße, die zum Beispiel der Rassismus gegen Einwanderer hat, die aus muslimischen oder muslimisch geprägten Gesellschaft kommen. Bei uns in Frankreich gibt es absolut Rassismus gegen – in Anführungszeichen – „Araber“. Aber dieser Rassismus ist verwurzelt, er wird bekämpft, aber er existiert weiter. Und ich glaube, dass das ein viel größeres Problem ist als diese Diskriminierung von Menschen, die einfach ihre Religion ausüben wollen bei uns.

## „Denkpolizei an den Universitäten“

**Schulz:** Und dann versuchen wir es mal sozusagen konstruktiv: Wie kann denn eine ernsthafte, konstruktive Debatte gelingen über Islamfeindlichkeit als Basis für Rassismus, in der nicht mit politischen Kampfbegriffen hantiert wird? Wie kann das gelingen?

**Kinzler:** Ja, es ist im Moment in Frankreich zum Beispiel – und ich glaube schon, dass wir unterstreichen müssen, dass das alles in Frankreich stattfindet. Frankreich hat ja viel mehr Muslime, viel mehr Terrorismus-Opfer gehabt in den letzten Wochen. Die Atmosphäre ist viel aufgeheizter. Also im Moment scheint so eine Debatte nicht möglich zu sein. Die letzten drei Wochen haben immerhin gezeigt, dass es so eine Art Konsens gibt, dass die Debatte wieder freier sein muss, sich befreien muss von Denkverboten, von Argumentationsverboten, von einer gewissen Polizei, einer Denkpolizei, die an den Universitäten vor allem jetzt ein bisschen Fuß gefasst hat. Aber im Moment ist das Wort Islamophobie auch an meiner Universität ein Begriff. Da explodiert sofort alles. Man muss hier wieder Ruhe einkehren lassen. Es ist im Moment aber scheinbar nicht möglich. Die Fronten sind extrem verhärtet.

## „Islamischer Linkstrend“

**Schulz:** Jetzt haben Sie ja vonseiten der Politik einige Zustimmung erhalten in den vergangenen Wochen. Von Seiten der Hochschulwelt, vor allem von Ihrem eigenen Institut, so gut wie gar nicht. Warum eigentlich?

**Kinzler:** Also, ich möchte es mal polemisch sagen: Meine Hochschulministerin war eigentlich sehr glücklich, dass das da passiert ist in Grenoble bei uns, weil sie so eine große Debatte über „Islamogauche-Ismus“, also so ein Links-Islamismus oder islamistischen Linkstrend an den Universitäten eigentlich eingeklagt hat. Und da gab es Riesenproteste in den Universitäten, und die war dann eigentlich ganz glücklich, dass so etwas stattgefunden hat und ihr eigentlich indirekt recht gegeben hat.

Ihre Frage war aber eigentlich: Ja, warum gibt es so wenig Unterstützung von meiner eigenen Universität – oder Institut. Wir sind ja so eine kleine Eliteschule innerhalb der Universität. Es liegt einfach daran, dass die Mehrzahl der jüngeren Dozenten und Professoren nach einem Generationenwechsel sehr, sehr stark von diesen amerikanischen Gender Studies, Decolonial Studies und Islamophobia Studies geprägt sind und sehr identitäre Positionen haben. Die stellen die Mehrheit in unserem Lehrkörper und Forschungskörper im Moment. Und unsere Direktorin konnte hier – ihr waren die Hände gebunden, würde ich mal sagen, weil sie gegen diese Mehrheit ihrer Lehrer und Forscher eigentlich überhaupt nichts tun kann. Und ja, es gibt hier – gut, das ist natürlich ein Mikrokosmos unser Institut, ein Biotop in gewisser Hinsicht. Das ist nicht die Universität an sich. Aber es ist ein Sozialforschungsinstitut, wo eben eine Art Monopol dieser neuen identitären Sozialforschung herrscht und auch mit Aggression und mit Einschüchterung durchgesetzt werden möchte.

## „Vermischung von Wissenschaft und Aktivismus“

**Schulz:** Aber nun haben ja diese sozialwissenschaftlichen Strömungen, die Sie jetzt gerade genannt haben, also zum Beispiel Decolonial Studies, die haben ja wichtige Impulse geliefert, neue Perspektiven auch eingebracht in den wissenschaftlichen Diskurs, die es ja vorher so nicht gab. Und ich wehre mich gegen den Gedanken, dass es allein diese Forschungsrichtungen sind, die die Freiheit der wissenschaftlichen Debatte per se einschränken. Das ist mir noch nicht ganz klargeworden, warum das so sein soll?

**Kinzler:** Nein, das verstehe ich im Prinzip auch nicht sehr gut. Ich denke auch, dass diese Forscher, die man sehr stark hört – andere vielleicht hört man weniger, dass die auch den Minderheiten, die sie eigentlich zu verteidigen vorgeben und die auch verteidigt werden müssen, dass die ihnen einen schlechten Dienst erweisen, denn sie drängen sie alle in diese Opferrolle und machen praktisch aus den Muslimen bei uns, als Beispiel in Frankreich, mehr oder weniger Menschen zweiter Klasse, die nur noch als Opfer wahrgenommen werden. Bürger, die nicht selber autonom genug sind, um sich selber in diese Gesellschaft einzugliedern.

Wissenschaft soll ja Wissen schaffen. Jeder Forscher kann nebenher natürlich politisch engagiert sein. Aber der Kampf für eine bessere Welt und gegen Diskriminierung ist eigentlich die Aufgabe der

Vereine, der Parteien, der Zivilgesellschaft. Und hier findet eben diese immer stärkere Vermischung statt zwischen Wissenschaft und Aktivismus. Und wer dann hier dieser Wissenschaft – dieser sehr oft vereinfachenden und methodisch fragilen Wissenschaft – widerspricht, wird sofort als Rassist bezeichnet oder gecancelt wie in meinem Fall oder eben ausgeschlossen aus dieser Gemeinschaft.

## „Steigender Einfluss der Islamisten auf Lehrer“

**Schulz:** Jetzt gibt es ein neues Gesetz, oder es ist ein Gesetz geplant, das nicht mehr Separatismus-Gesetz heißen soll, aber mit diesem Gesetz versucht derzeit die französische Regierung, mehr Kontrolle auf Religionsgemeinschaften zu erlangen und wird dabei von unterschiedlichen Seiten teils sehr harsch kritisiert. Nicht zuletzt von den Religionsgemeinschaften selbst. Ist es denn der richtige Weg, den die Regierung der einschlägt Ihrer Meinung nach?

**Kinzler:** Also, da gibt es eine riesige, eine Herkulesaufgabe. Ich glaube, dass dieses Gesetz in die richtige Richtung geht. Es ist extrem vorsichtig noch und vielleicht nicht ambitioniert genug. Aber vielleicht hat auch die Regierung nicht wirklich die Wahl. Denn der Widerstand könnte sonst noch viel größer sein, als er es sowieso schon ist. Also ich denke, es geht in die richtige Richtung. Aber ich denke, man müsste noch viel stärker durchgreifen. Es gibt auch schon seit zehn Jahren mindestens Berichte von den großen Generalinspektoren des Erziehungsministeriums, die den großen, größeren, immer steigenden Einfluss der Islamisten auf die Lehrer in den Schulen beklagen. Wo Lehrer eingeschüchtert werden, wo sie nicht mehr über den Holocaust berichten können. Also wir haben eine Entwicklung, die hat man einfach viel zu lange laufen lassen. Und jetzt hier gegenzusteuern ist extrem schwierig. Es geht in die richtige Richtung, aber ist eine Riesenaufgabe.

## „Ein klein wenig optimistisch gestimmt“

**Schulz:** Die Debatte läuft, sie geht auch längst über Ihre Person hinaus. Was erhoffen Sie sich denn für die Zukunft von dieser Debatte?

**Kinzler:** Ich bin ein klein wenig optimistisch gestimmt. Ich habe schon in den französischen nationalen Medien einen relativ großen Konsens gesehen, was in Frankreich eine Rarität ist. Konsens und Frankreich passen nicht so richtig zueinander. Wir kennen hier vielmehr den Kampf zwischen extremen Positionen. Also das war schon mal für mich extrem positiv. Und auch diese ganze Debatte, die jetzt durch uns, unseren Fall ausgelöst wurde, hat jetzt ein hohes Niveau.

Diese Debatte wird täglich auch noch fortgeführt und hat eine Dynamik. Auch hier gibt es einen relativ starken Konsens. Jeder ist sich bewusst, dass wir hier große Arbeit haben und dass wir alle am gleichen Strang vielleicht ziehen. Also ich bin weniger besorgt eigentlich über die Situation jetzt, drei Wochen nach dem, was hier passiert ist, als vielleicht vor einem Jahr oder vor zwei Jahren. Es gibt positive Ansätze. Ob das jetzt in den nächsten Monaten weitergeht, wird sich zeigen. Aber im Moment bin ich froh über diese Debatte, die jetzt stattfindet und die schon lange hätte vielleicht beginnen sollen.

*Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.*

9 juin : La Croix (traduction anglaise)

<https://www.paudal.com/2021/06/10/at-sciences-po-grenoble-tensions-and-controversies/>

## At Sciences Po Grenoble, tensions and controversies

by [Oliver Hamilton](#)

[June 10, 2021](#)

in [World](#)

0



This year, Sciences Po Grenoble is torn apart. On Islamophobia, decolonialism and, before that, on sexual and gender-based violence. *“It’s an accumulation of tensions, increased by the Covid crisis,* describes Ingrid (1), a student at the school. *Rather than discussing in the lecture halls, after class, everything happened on social networks. And it went into a spin. “*

On March 4, controversies spilled over from the grounds of the grande école iséroise with the display of the names of two professors accused of *“Fascism”* and *“Islamophobia”*, including a German teacher who criticized the use of the term Islamophobia in the title of a working group.

A student union relays these accusations on a social network, the prosecution opens an investigation, the Minister of the Interior goes there, and one of the targeted teachers begins a tour of the news channels to denounce the *« cancel culture »* (2) which has undermined the Grenoble Institute of Political Studies (IEP) for a handful of years. *“ We heard everything, whether we were Islamogauchists or “woke” (3)... We were passed off as extremists ”,* regrets Lionel, for whom *“More than 70%”* students *“Have nothing to do with these cartoons”*.

Like Ingrid, Lionel is angry with his German teacher for bringing the debate to CNews and BFMTV: *“I like this teacher, he is very provocative, but nice. Afterwards, he describes himself as liberal, more on the right, and we have other teachers on the far left, so I don’t really see the problem. We are no longer 15, we know how to form our opinions. The discussion on Islamophobia, if it could have taken place in a room and not by email, we would not be there... ”* *“The student is right, if there had not been the confinement, if we had been around a table, this case would not have seen the light of day,* confirms Klaus Kinzler, the German teacher, whose tone in the email exchanges could have been acidic, even brutal. *But look at the latest case, the organization of this Decolonial Month supported by the school (the management of Sciences Po, the city and the University of Grenoble-Alpes, initially presented as partners, have dissociated themselves, Editor’s note), it is a sign that there is a problem. “*



The choice by the IEP of Grenoble to subsidize this festival which begins this Thursday, June 10 and aims to *“Deconstruct the post-colonial imagination”* was taken at the start of the semester in the Studies and Student Life Council, explains the professor, *“A forum where extremist students have taken power.”* The finding is undoubtedly exaggerated, but several students confirm the *“Toxic climate”* installed by several very militant groups.

Two inspectors dispatched by the Ministry of Higher Education concluded in April at a *“Climate of violence between students »*, Pointing to the responsibility of several associations. *“It is not more than 50 people from the school, but if you do not espouse their speech, their methods of struggle, it can be violent.,* explains a student. *Not physically, but online you can get lynched.”* Lionel, who is angry with them *“Even more than Kinzler and the Covid for having ruined the year”*, quotes Contre-current, which boasts of being *“the most left-wing association of Sciences Po Grenoble”*, co-organizer of the Decolonial Month, but also the Union Syndicale (a split from the UNEF), or even En any kind! *“It started at the time of #SciencesPorcs”*, he recounts. *“ Everyone was shocked to learn that there was so much sexual and gender-based violence in school evenings, continues Ingrid, who says she herself was a victim. But the Union Syndicale and All Kinds! made it an extremist struggle. All the men were designated as rapists, the management as an accomplice... ”*

*« Students failed to see how much the administration refused to engage in dialogue,* defends a member of the Union Syndicale. *Afterwards we may have made mistakes, but it’s a mess. Between that and the Covid, a lot of students have failed to attend classes. There were burnouts, depressions. “* When asked, the management of the IEP did not wish to answer us.

8 septembre : Deutsche Welle : Nouvelles du monde

<https://www.nouvelles-du-monde.com/professeur-allemand-sous-protection-policiere-pour-prise-de-position-sur-lislamophobie-culturelle-reportages-sur-les-arts-la-musique-et-le-style-de-vie-dallemagne-dw/>

## Professeur allemand sous protection policière pour prise de position sur l'islamophobie

Reportages sur les arts, la musique et le style de vie d'Allemagne | DW

September 8, 2021



“Fascistes dans nos amphithéâtres ! Renvoyer le professeur Kinzler ! L'islamophobie tue”, pouvait-on lire sur les grandes banderoles accrochées à l'Université de Grenoble. Des militants du syndicat étudiant français Unef ont également mis en ligne les slogans.

Cinq mois après le meurtre brutal du professeur d'histoire Samuel Paty, être accusé d'islamophobie n'est pas quelque chose qui est pris à la légère en France. À la suite d'un débat qui a suscité l'indignation à l'Institut d'études politiques de Grenoble, deux professeurs sont sous protection policière.

Voici comment cela s'est passé : il y a 3 mois et demi, étudiants et enseignants de l'université discutaient du titre d'un séminaire prévu sur le thème de l'égalité. Faut-il inclure « l'islamophobie » aux côtés de « l'antisémitisme » et du « racisme » ?

Kinzler est professeur qui enseigne à l'université de Grenoble depuis 25 ans

Le professeur Klaus Kinzler, qui enseigne la langue et la culture allemandes à l'université, a estimé que l'islamophobie n'était pas comparable à l'antisémitisme. Suite à son conseil de ne pas inclure le terme « islamophobie » dans le titre du séminaire, il a été exclu de la discussion par courrier électronique.

Soit dit en passant, le professeur né à Stuttgart est marié à une femme musulmane.

Lorsqu'un autre professeur s'est montré solidaire de Kinzler, le syndicat étudiant Unef l'a également pris pour cible.

Après la décapitation de l'enseignant Samuel Paty, la campagne de haine actuelle contre les professeurs est “un acte particulièrement dégoûtant”, a déclaré Schiappa dans une interview télévisée. L'Unef a activement “mis la vie des professeurs en danger de mort”, a-t-elle ajouté.

### Un reflet du problème d'intégration de la France

L'historien et auteur allemand Philipp Blom voit dans les discussions actuelles de la France sur l'islamophobie un reflet des enjeux sociaux liés à la position du pays en tant qu'ancienne puissance coloniale, où règne un fort « racisme fonctionnel ».

L'intégration des immigrés d'Afrique du Nord a échoué de manière flagrante, souligne Blom. "Dans les banlieues à la périphérie de Paris, on n'a pas l'impression de vivre en France. Vous n'avez pas les mêmes opportunités que les autres", a déclaré Blom à DW.

Confrontée à la marginalisation et à l'humiliation, toute une génération a grandi dans des milieux où petits criminels et islamistes radicaux se disputent la domination. "Je peux comprendre que cela crée de la colère, y compris une colère meurtrière", dit Blom.

On appelait déjà au changement dans les « banlieues », ou les périphéries des villes françaises, en 2005

Mais ce n'est pas un problème spécifiquement français, ajoute l'historien, qui est également membre du conseil d'administration du Prix de la paix de la librairie allemande. Pourtant, l'expérience de l'humiliation est « une force politique très importante ».

## Politique identitaire et annuler la culture

Klaus Kinzler a déclaré au journal allemand *Le monde* qu'il existe une forme d'activisme politique en France qui se déguise en universitaire.

De même, le politologue Claus Leggewie souligne que ces militants ne se battent pas contre les puissants, l'establishment, l'extrême droite ou les vrais fascistes, mais contre des personnes dont les opinions sont considérées comme « pas assez pro-islamiques ».



Politologue Claus Leggewie

Leggewie décrit l'affaire comme « annuler » des personnes spécifiques, les faire taire et « interdire des idées et des discussions ».

Les médias sociaux sont également devenus la chambre d'écho des groupes d'identité sociale, qui excluent de plus en plus les personnes ayant d'autres idées. En organisant des controverses en ligne, les membres de ces groupes obtiennent une reconnaissance médiatique immédiate, explique Leggewie. "C'est exactement ce qui s'est passé à Grenoble, et avec Samuel Paty en gros aussi, et dans son cas ça a été fatal", ajoute le politologue.

## Islamophobie contre antisémitisme

Klaus Kinzler est professeur à l'Institut d'études politiques de Grenoble depuis maintenant 25 ans. Il n'a "pas été surpris" par les slogans sur le bâtiment universitaire, puisque le syndicat étudiant Unef l'avait déjà qualifié d'extrémiste de droite et d'islamophobe sur les réseaux sociaux.

Le racisme et l'antisémitisme – qui sont tous deux des infractions pénales dans la France laïque – n'ont rien à voir avec l'islamophobie, selon Kinzler. "L'antisémitisme a fait des millions de morts. Un génocide sans fin. aussi, a fait des dizaines de millions de morts dans l'histoire", a-t-il déclaré. *Le monde*. « Mais où sont les millions de morts liés à l'islamophobie ? » a-t-il demandé, précisant néanmoins : « Je ne nie pas que les personnes de confession musulmane soient discriminées. Je refuse simplement de le mettre sur le même plan. Je pense que c'est une tromperie absurde. Kinzler était un "professeur d'allemand tout à fait normal dans un institut provincial" et avait toujours apprécié son travail, a-t-il déclaré au *Frankfurter Allgemeine Zeitung*. Avant la polémique, ses étudiants lui ont dit qu'ils appréciaient qu'il défende des positions libres et libérales. "Les échanges ont toujours été enrichissants", a-t-il déclaré.

Au final, dit-il, il est moins offensé par les étudiants qui ont lancé la campagne de haine que par ses collègues, chercheurs et professeurs — qui ont pris leurs distances avec lui sans chercher le dialogue.

## **“Ailier droit réactionnaire”**

“Cela ne m’est jamais arrivé en 30 ans de carrière universitaire”, a déclaré Kinzler à DW. “J’ai toujours eu le droit de dire ce que je voulais, même si cela m’a scandalisé. C’est quelque chose de nouveau auquel je suis confronté ... l’argument n’est plus ou moins approuvé dans le monde universitaire mais est une forme d’offense.”

Pour nombre de ses collègues, dit-il, il est désormais le « cracheur de droite réactionnaire du nid » qui a profondément nui à la réputation de son institut.

Il suppose qu’il sera considéré comme « persona non grata » au cours des prochaines années, peut-être même jusqu’à sa retraite.

“Mais je peux vivre avec ça”, a-t-il déclaré. “Je n’ai rien fait d’autre que défendre la démocratie. Je me suis défendu, j’ai défendu mon collègue et j’ai défendu la liberté académique.”

# 14 septembre : Neue Zürcher Zeitung (premier quotidien suisse)

<https://www.nzz.ch/feuilleton/diskussion-beendet-ld.1644831>

In einer Diskussion mit Studenten kritisiert der deutsch-französische Professor Klaus Kinzler den Begriff «Islamophobie». Kurze Zeit später benötigt er Polizeischutz

Eine Geschichte über studentischen Machtrausch, Debattenkultur in Corona-Zeiten, den Umgang mit Islamismus und das Reizwort «Cancel-Culture».

Lucien Scherrer, Grenoble 14.09.2021, 05.30 Uhr



Plötzlich rechtsextrem: Klaus Kinzler, Professor am politologischen Institut der Universität Grenoble, aufgenommen an einem geheimen Ort.

Olivier Monge / Myop

Am späten Abend des 25. Februar erhält Professor Klaus Kinzler eine E-Mail seines Kollegen Vincent Tournier. «Wahrscheinlich hast du die Dokumente auf Facebook gesehen. Mein Sohn hat mir sie gerade geschickt, du kannst dich geehrt fühlen.» Dokumente auf Facebook? Kinzler ist verwirrt. Er hat keinen Facebook-Account, bekommt nicht mit, was in den sozialen Netzwerken läuft.

Mit einer unangenehmen Vorahnung schaltet er den Computer ein und liest: Ein Professor am politologischen Institut der Universität Grenoble vertrete reaktionäres, rechtsextremes und islamophobes Gedankengut. Er verhöhne Millionen von Opfern, weshalb er nach Ansicht «bestimmter Student.innen» sein Recht verwirkt habe, an Diskussionen teilzunehmen. Die Universität müsse Massnahmen gegen diesen Professor ergreifen. Unterzeichnet ist der Aufruf von einer Gruppe namens Sciences Po Grenoble en lutte.

## Leben unter Polizeischutz

Obwohl er einiges gewohnt ist, ist Kinzler schockiert. Er, der wegen seiner wirtschaftsliberalen Haltung bisher «nur» als Neoliberaler beschimpft wurde, soll ein Rechtsextremer sein. Für ihn, den gebürtigen Deutschen, der 1983 als junger Mann nach Frankreich auswanderte, ist dieses Wort gleichbedeutend mit Nazi. Er assoziiert es mit kahlrasierten Männern in Springerstiefeln, die Asylbewerber zusammenschlagen.

Fast noch schlimmer ist das Etikett «islamophob»: Wer es öffentlich angehängt bekommt, lebt in Frankreich gefährlich. Der Tschetschene, der am 16. Oktober 2020 den Lehrer Samuel Paty enthauptete, sah sich als Rächer aller Islamophobie-Opfer. Gleiches gilt für die Terroristen, die 2015 in der «Charlie Hebdo»-Redaktion zwölf Menschen erschossen.

Für Kinzler ist der 25. Februar der Auftakt eines Dramas, das er bis heute zu verarbeiten versucht. Die NZZ empfängt er an einem abgelegenen Ort in den französischen Alpen, er trägt eine geflickte Windjacke, Sonnenbrille und einen Sechstagebart. Die Universität ist weit weg. «Wo ich lebe, muss die Öffentlichkeit nicht erfahren», sagt er. In der Küche seiner einfachen Unterkunft stehen gebrauchte Pfannen und Teller, es riecht nach Holz und Kaffee.

Sechs Wochen lebte er unter Polizeischutz, die Beamten nahm er mit auf Ski- und Bergtouren. «Die sind hier richtig fit geworden.» Jetzt arbeitet er jeden Tag rund zehn Stunden, liest Bücher über die chinesische Kulturrevolution und schreibt selber an einem Buch. Das Manuskript trägt den Titel «L'affaire de Grenoble», im Untertitel kündigt der Autor «Reflexionen über unsere Universitäten, unser Land und unsere Zeit» an.

## «Propagandawaffe der Extremisten»

Die «Affäre von Grenoble» hat nicht nur in Frankreich, sondern auch in den internationalen Medien hohe Wellen geschlagen. Zumal es hier um Themen und Phänomene geht, die die meisten westlichen Gesellschaften beschäftigen – und spalten.

Es geht um den Konflikt zwischen Aktivisten und kritischer Wissenschaft, um politisch motivierte Rassismuskorwürfe und um die Missachtung rechtsstaatlicher Prinzipien. Es geht um die Macht, die kleine, aber radikale Gruppen in einem von Angst und Opportunismus geprägten Umfeld entfalten können.

Im Herbst 2020 wird Frankreich von der zweiten Corona-Welle lahmgelegt. Das soziale Leben ist stark eingeschränkt, Begegnungen finden meist nur via Mail und Zoom statt. Die politische Stimmung ist angespannt, neben Corona sorgt der islamistische Terror für Ohnmachtsgefühle und gehässige Kontroversen. Denn das Entsetzen über den Mord an Samuel Paty hat sich noch nicht gelegt, als ein tunesischer Islamist in Nizza drei Menschen ersticht.

Die Regierung von Emmanuel Macron kündigt an, islamistische Organisationen zu bekämpfen und zu verbieten, in rechten Kreisen werden Rufe nach Guantánamo-Methoden laut, Islamisten im In- und Ausland wie Recep Erdogan decken Macron mit Islamophobie-Vorwürfen und Beleidigungen ein.





Nicht der islamistische Terror ist das Problem, sondern die Islamophobie: Demonstration in Paris, November 2020.

Abdulmonam Eassa / Getty

Just in jenen Wochen machen sich Arbeitsgruppen des politologischen Instituts der Universität Grenoble daran, eine für Januar geplante Aktionswoche «für Gleichheit und den Kampf gegen Diskriminierung» zu planen. Unter anderem sollen sich acht Studenten und zwei Professoren in virtuellen Konferenzen mit dem Komplex «Rassismus, Antisemitismus und Islamophobie» beschäftigen. Doch zwischen den beiden Professoren – Klaus Kinzler und Claire Marynower – entbrennt ein Streit.

Der Begriff «Islamophobie», so schreibt Klaus Kinzler am 30. November an alle Beteiligten, habe in diesem Aktionsprogramm nichts zu suchen. Sein Sinn sei fragwürdig, man könne sich gar fragen, ob es bloss «um eine Propagandawaffe von Extremisten geht, die intelligenter sind als wir». Seine Kollegin Marynower antwortet tags darauf, der Begriff «Islamophobie» sei in der Politik tatsächlich umstritten, aber: «In den Wissenschaften ist er es nicht.»

## Debatte beendet

Klaus Kinzler, so wird eine staatliche Untersuchungskommission später feststellen, gilt unter den Studenten als guter Professor, der die Debatte liebt und manchmal die Provokation sucht, um Leute zum Nachdenken zu bewegen. Was er gar nicht mag: wenn er das Gefühl hat, jemand wolle ihm das Wort abschneiden. Empört über die apodiktische Antwort seiner Kollegin, schreibt er eine lange E-Mail, in der er sie der intellektuellen Anmassung bezichtigt und betont, die Debatte sei mitnichten geschlossen.

Tatsächlich ist der Begriff «Islamophobie» auch in den Wissenschaften umstritten. Kritiker verhehlen nicht, dass es in allen Gesellschaften Ressentiments gegen Muslime gibt. Sie warnen indes davor, den Unterschied zwischen Fremdenfeindlichkeit – die sich in Frankreich schon vor den gegenwärtigen Debatten oft gegen Araber richtete – und aufklärerischer Kritik am Islam und an einzelnen muslimischen Personen und Organisationen zu verwischen.

Denn damit legitimiere man die Versuche der Islamisten, sich mit Rassismusvorwürfen gegen jegliche Kritik zu immunisieren. «Der Begriff der Islamophobie», so schreibt etwa der niederländische Soziologe Ruud Koopmans, «unterstellt, berechtigte Sorgen und Ängste hinsichtlich des real existierenden Islam seien irrationale Formen des Hasses, und macht so Opfer zu Tätern.»



Dass diese Warnungen berechtigt sind, zeigt sich in Frankreich besonders deutlich. Hier haben Islamisten seit 2015 mehr als 200 Menschen ermordet, darunter Frauen und jüdische Schüler. Der von den Islamisten geschürte Hass hat zudem dazu beigetragen, dass Tausende Juden das Land verlassen haben. Was Islamisten nicht daran hindert, sich als Opfer und «neue Juden» zu inszenieren.

Mit Erfolg, denn nach Terrorakten ist oft zu hören, man müsse jetzt nicht über Islamismus, sondern über die Ausgrenzung der Täter und über Islamophobie reden, denn diese sei der Ursprung allen Übels. Geschürt wird dieser Diskurs von islamischen, oft islamistisch beeinflussten Gruppen wie dem inzwischen verbotenen Kollektiv gegen die Islamophobie in Frankreich, aber auch von linken Politikern, Aktivisten und Wissenschaftlern.

In Grenoble eskaliert die Islamophobie-Diskussion ebenso rasch wie endgültig, als sich Anfang Dezember weitere Wissenschaftler einmischen – und den Fall öffentlich machen. So publiziert die Direktion des sozialwissenschaftlichen Labors Pacte ein Communiqué. Darin wirft sie dem nicht namentlich genannten Klaus Kinzler vor, er greife die Wissenschaft und seine Kollegin Claire Marynower in ungehöriger Weise an, weshalb er sich des Mobbings schuldig gemacht habe. Der offene Brief endet mit dem Aufruf, den Begriff «Islamophobie» in den Wissenschaften zu forcieren, wegen der «Zunahme rassistischer Meinungen in unserer Gesellschaft».

## Aufruf zur Denunziation

Kinzler erhält einzig Sukkurs von einer Ökonomin und von seinem Kollegen Vincent Tournier. Dieser ist bei manchen Studenten und Lehrern ebenfalls eine Reizfigur, weil er sich in seinen Vorlesungen kritisch mit islamistischen Strömungen auseinandersetzt. Die Direktorin des politologischen Instituts, Sabine Saurugger, ruft die Beteiligten wiederholt zur Mässigung auf.

Aber da linksradikale Studentengruppen wie Sciences Po Grenoble en lutte und die umtriebige Union Syndicale Sciences Po Grenoble den Fall für sich entdeckt haben, ist das zwecklos. Die Studenten fordern die Direktion ultimativ auf, den Islamophobie-Begriff als wissenschaftlich einzustufen und gegen das Duo Kinzler/Tournier vorzugehen. Tourniers Vorlesung soll gestrichen werden. Um dieser Forderung Nachdruck zu verleihen, veröffentlicht die Union Syndicale am 23. Februar einen Aufruf: Wer islamophobe Äusserungen von ihm bezeugen könne, solle diese anonym melden.

In den sozialen Netzwerken entlädt sich derweil ein wochenlanger Hasssturm gegen die beiden Professoren, von dem zumindest Klaus Kinzler lange gar nichts mitbekommt. Erst am 25. Februar sieht er dank dem Hinweis seines Kollegen Tournier, was anonyme Schreiber und Anhänger von linksradikalen Studentengruppen über ihn verbreiten. Einen Tag danach wird er in seiner Vorlesung gefragt, weshalb er Hass gegen Muslime verbreite.

Nochmals sechs Tage später hängen vor dem Eingang des politologischen Instituts Plakate. «Faschisten in unseren Vorlesungssälen», steht darauf, «Tournier und Kinzler: Rücktritt! Islamophobie tötet.» Die Bilder der Plakate gehen um die Welt, Journalisten aus dem ganzen Land reisen nach Grenoble, die Regierung kündigt eine Untersuchung an. Doch da hat sich Klaus Kinzler bereits krankschreiben lassen.

Jetzt, fast genau sechs Monate später, blickt der Professor mit einer Mischung aus Schmerz, Verwunderung und Humor auf die damaligen Ereignisse zurück, obwohl sie ihn fast umgebracht hätten. Als das französische Erziehungsministerium am 8. Mai einen 55-seitigen Untersuchungsbericht veröffentlicht, ist er derart aufgeregt, dass er die ganze Nacht liest und nachdenkt. Am nächsten Tag schläft er während einer Fahrt auf dem Velo ein und stürzt. Sechs Wochen liegt er mit einem zerfetzten Lungenflügel im Krankenhaus. «Immerhin», so sagt er, «hatte ich viel Zeit zum Lesen.»

## Perverse Lust am Machtrausch

In seinem Buch, das er in Anspielung auf **Klaus** Kafka zuerst «Le procès de Klaus K.» nennen wollte, stellt der 62-Jährige die Ereignisse von Grenoble in einen internationalen Zusammenhang. Er verweist auf den «identitären Linksradikalismus à l'américaine», der mittlerweile innerhalb der französischen Linken dominant ist. Und den heute auch linksliberale Intellektuelle in Frankreich, den USA und anderen Ländern für ein zunehmend intolerantes, letztlich antiintellektuelles Klima in den Universitäten verantwortlich machen.

«Das politologische Institut von Grenoble war schon immer links, aber man konnte über alles reden», sagt er. «Der heutige Forscher dagegen ist im permanenten Kampf gegen Unterdrückung, abweichende Meinungen duldet er nicht.» Ermuntert von linken Professoren, gehe es jungen Sozialwissenschaftlern oft nur noch darum, strukturellen Rassismus, Sexismus und Islamophobie zu beweisen. Dies mittels Zirkelschlüssen, Leugnung von widersprechenden Tatsachen und Fakten, die oft nur auf Gesprächen und Gefühlen beruhen.

Als Zeugen zitiert Kinzler den Politologen Pierre-André Taguieff. Dieser betrachtet die modischen Strömungen an den Universitäten als «senile Krankheit der heutigen Linksintellektuellen». Die Anhänger dieser Richtung charakterisiert Taguieff so: gravierende Defizite in der intellektuellen Neugier, bornierter Radikalismus, persönliche Feigheit, kombiniert mit perverser Lust am Machtrausch in der Gruppe.

Man könnte das alles als Wahnvorstellung alter weisser Männer abtun, die um ihre Deutungshoheit fürchten. Allerdings gibt es im Ausland ähnliche Fälle, in Deutschland etwa verleumdete linksradikale Gruppen die Professoren Herfried Münkler und Jörg Baberowski. In den USA hat der Philosoph Peter Boghossian gerade seinen Rücktritt aus der Universität Portland bekannt gegeben. Den Studenten, so erklärte er, werde nicht mehr beigebracht, zu denken. Es gehe nur noch darum, die moralische Gewissheit von Ideologen nachzuahmen.

Im Fall Kinzler bestätigt der im Mai publizierte Untersuchungsbericht des französischen Erziehungsministeriums ebenfalls, dass Taguieffs Analyse der Realität manchmal ziemlich nahe kommt. Für die Untersuchung der «Affäre von Grenoble» reisen eine Generalinspektorin und ein Generalinspektor im März für mehrere Tage in die Stadt. Sie befragen Dutzende Zeugen, darunter Studenten, Professoren und Klaus Kinzler, den man an einem geheimen Ort drei Stunden vernimmt. Das Fazit der Inspektoren ist klar: Die Islamophobie- und Rassismuskritiken gegen Vincent Tournier und Klaus Kinzler waren haltlos und politisch motiviert.

## Die Unschuldsvermutung? Ein Werkzeug der Klassenjustiz

Den Studentengruppen ging es laut dem Bericht einzig darum, zwei Professoren zu verjagen, «weil sie die einzigen <rechten> Professoren am politologischen Institut sind». Sie hätten mit Diffamierungen, Verdächtigungen und Denunziationsaufrufen ein Klima der Angst verbreitet. Ihre Methoden erinnerten an «dunkelste Kapitel der Geschichte».

Besonders irritiert zeigen sich die Autoren über den mangelnden Respekt für elementare Grundrechte, den manche Studenten während der Befragung offenbarten. So erklärten Vertreter der Union Syndicale, die Unschuldsvermutung sei ein Werkzeug der Klassenjustiz. Nur die Stimme der Opfer dürfe zählen, und wer Opfer angreife, müsse sofort bestraft werden.

Dieses Dogma erklärt auch, weshalb es zwischen linksidentitären Ideologen und Islamisten eine geistige Komplizenschaft gibt, die man in Frankreich «islamogauchisme» nennt. Wenn das Opfer immer recht hat und sämtliche Muslime als Unterdrückte eingestuft werden, sind auch Islamisten Opfer. Ganz egal, ob sie selber Rassisten, Sexisten, Antisemiten, Gewalttäter oder alles zusammen sind.

Die Macht, die derartige Ideologien und Denkmuster an den Universitäten und in der Gesellschaft entfaltet haben, hat in Frankreich schon in den Wochen vor der «affaire de Grenoble» für Diskussionen gesorgt. Die Ministerin Frédérique Vidal kündigte Massnahmen gegen den «Islamogauchismus» an und provozierte damit wütende Proteste. Exponenten des Nationalen Zentrums für wissenschaftliche Forschung (CNRS) behaupteten, «Islamogauchismus» existiere überhaupt nicht. Die Regierung attackiere die Freiheit der Wissenschaften.

## Selbst die französische Küche ist rassistisch

Dabei trägt das CNRS zusammen mit anderen Bildungsakteuren selber zu einem Klima bei, das aktivistische und radikale Studenten in ihrem Eifer bestärkt. So sollte eine CNRS-Studie unlängst beweisen, dass die französische Küche von «kulinarischem Weissein» («blanchité alimentaire») geprägt, also rassistisch sei. Zudem können Aktivisten darauf zählen, dass Bildungsbeamte, Professoren, Vorgesetzte und Studentenorganisationen bei Mobbing-Aktionen gegen politisch unerwünschte Personen wegschauen oder gar ermunternde Zeichen geben.

Die Unef, die grösste Studentengewerkschaft des Landes, solidarisierte sich nach der hetzerischen Plakataktion vor der Universität Grenoble öffentlich mit den Verleumdern. Das CNRS war indirekt ebenfalls in die Kampagne gegen Klaus Kinzler involviert, weil das Labor Pacte zum CNRS gehört – und dieses hat mit seinem parteiischen Communiqué massgeblich zur Eskalation beigetragen.

Radikale Studenten, das zeigt auch der Untersuchungsbericht des Bildungsministeriums, profitieren von einer Kultur der Duldung, der Angst und der Protektion. So kritisieren die Generalinspektoren, dass die Institutsdirektorin Sabine Saurugger schon früh über die Diffamierungen gegen ihren Mitarbeiter Klaus Kinzler in den sozialen Netzwerken im Bild war, ihn aber weder informierte noch die Staatsanwaltschaft einschaltete, trotz justiziablen Verleumdungen. Weiter halten sie fest, das Communiqué von Pacte hätte gar nie veröffentlicht werden dürfen.

Während sie gegen sämtliche Delegierte der Union Syndicale Disziplinar- und Strafverfahren anregen, soll Klaus Kinzler nur verwarnt werden. Er habe zwar mangelnden Respekt für einzelne Kolleginnen gezeigt und das Neutralitätsgebot in religiösen Fragen verletzt. Sein Verhalten sei jedoch durch den enormen Druck zu relativieren: Er sei in der Geschichte eindeutig das Opfer gewesen.

## «Cancel Culture» wirkt, aber noch nicht wie gewünscht

In den Medien ist Klaus Kinzler oft als Märtyrer beschrieben worden, als Opfer der «Cancel-Culture», also einer Kultur der sozialen Vernichtung. Seine Gegner – unter ihnen Kollegen am politologischen Institut – weisen derweil süffisant darauf hin, dass der Begriff «Cancel-Culture» angesichts von Kinzlers Medienpräsenz einmal mehr seine Absurdität offenbare. Tatsächlich sagt Kinzler selber, er habe dank der Affäre «eine Medienmacht, die andere nicht haben». Es gibt Hunderte mehrheitlich wohlwollende Artikel, er war am Fernsehen zu sehen und im Radio zu hören. Dazu hat er rund 4000 E-Mails und 150 Briefe erhalten, fast alle davon positiv.

Statt «Gelöschte» schaffen die Anhänger der «Cancel-Culture» Medienstars. Nur: Beweist das, dass dieses Phänomen harmlos ist? Wer in der «Affäre von Grenoble» gewonnen hat, ist offen. Das zeigt sich bei einem Besuch auf dem Campus der Universität. Das politologische Institut ist ein rostbrauner Bau, vor den Büros der Professoren hängen Aufrufe der postkommunistischen Gewerkschaft CGT, ein Flyer an der Wand wirbt für eine «feministische Aktion gegen europäische Grenzen».

An diesem Spätsommertag werden gerade die Erstsemestrigen begrüßt, an einem Stand verteilen Studentengewerkschafter Traktate gegen Sexismus und Emmanuel Macron. Ihrer Meinung nach ist alles ganz anders, als es die Medien und der Untersuchungsbericht behaupten. «Es gibt Professoren, die sich sexistisch, rassistisch, homophob und antisemitisch geäußert haben», sagt ein junger Mann mit Bart und runder Brille. «Sie haben Sachen gesagt, die strafbar sind.» Warum gab es dann keine Anklage? «Weil die Direktion nichts gemacht hat.»

Dem Erziehungsministerium, so sind die Studenten überzeugt, geht es bloss um einen Schlag gegen die Gewerkschaften. «Hoffentlich kommen sie nicht durch damit.» Zwei andere Studenten, Théophile Martinet und sein Kollege, der lieber anonym bleiben will, sind dagegen erleichtert über das Eingreifen der Regierung. Martinet hat Klaus Kinzler öffentlich unterstützt, daneben war er Mitglied der liberalen Studentengruppe Agora. In den sozialen Netzwerken wurde er deswegen beschimpft, beleidigt und verleumdet.

## Was, wenn die einmal Richter und Minister sind?

«Es gibt keinen Filter, keinen Dialog mehr», sagt er. Mit Corona sei alles vollends eskaliert. Martinet zeigt Screenshots von virtuellen Diskussionen, in denen zwei Agora-Mitglieder von Aktivisten beschuldigt werden, Vergewaltiger zu sein. Juristisch gab es nie ein Verfahren. Einer der Beschuldigten sah sich aufgrund der Verleumdungen jedoch gezwungen, die Uni zu verlassen.

Für Martinet und seinen Kommilitonen ist klar: Was in Grenoble passiert, ist das Symptom einer «kranken Gesellschaft», in der nicht mehr debattiert wird, weil aggressive Gruppen bestimmen. Deren Ideologie «Alle sind gut, nur die Rechten sind böse. Und rechts von François Hollande ist rechtsextrem» werde von vielen Professoren geteilt. Ihre Macht basiere aber vor allem auf dem

Schweigen der Mehrheit, die ihre Ruhe haben wolle. Martinets grösste Sorge ist die: Was, wenn diese Leute einmal Richter und Minister sind?

Sabine Saurugger, die Direktorin des politologischen Instituts, will sich nicht weiter zu den Vorfällen an der Universität äussern. Thomas Mandroux, der Wortführer der Union Syndicale, wünscht sich eine «Beruhigung» und will sich derzeit ebenfalls nicht äussern, um den «von Rechtsextremen unterstützten» Klaus Kinzler und Vincent Tournier nicht noch mehr mediale Aufmerksamkeit zu schenken.

Simon Persico, ein Institutskollege Kinzlers, wirft seinem ehemaligen Freund vor, den Ruf des Instituts mit seinen Medienauftritten beschädigt zu haben. Er habe Kollegen öffentlich angegriffen und sich zunehmend rechtsextremen Positionen angenähert. Persico will aber weiter mit ihm zusammenarbeiten.

Der Staatsanwalt von Grenoble hat eine Untersuchung gegen mehrere Personen eingeleitet. Wer die Plakate vor der Uni gemalt hat, ist bis heute unbekannt. Vincent Tournier fürchtet seit den öffentlichen Verleumdungen um sein Leben, er lebt derzeit auf Französisch-Polynesien. Klaus Kinzler weiss noch nicht, ob er an die Universität zurückkehren soll. Sein Buch erscheint im Januar.

14 septembre : Perlentaucher

<https://www.perlentaucher.de/9punkt/2021-09-14.html>

Lucien Scherrer [besucht](#) für die *NZZ* den in Grenoble lehrenden Politologen **Klaus Kinzler**, der von Studenten auf Facebook beschuldigt wurde, "rechtsextremes und **islamophobes Gedankengut**" zu vertreten. Seit dem Mord an Samuel Paty ein furchteinflößender Vorwurf, weshalb Kinzler seither unter Polizeischutz lebt. Ein Untersuchungsbericht zweier Generalinspektoren hat ihm nun bescheinigt, dass die Islamophobie- und Rassismuskritik gegen ihn und einen Kollegen **haltlos** waren "und politisch motiviert. ... Besonders irritiert zeigen sich die Autoren über den **mangelnden Respekt für elementare Grundrechte**, den manche Studenten während der Befragung offenbarten. So erklärten Vertreter der Union Syndicale, die **Unschuldsvermutung** sei ein Werkzeug der **Klassenjustiz**. Nur die Stimme der Opfer dürfe zählen, und wer Opfer angreife, müsse sofort bestraft werden. Dieses Dogma erklärt auch, weshalb es zwischen linksidentitären Ideologen und Islamisten eine geistige Komplizenschaft gibt, die man in Frankreich 'islamogauchisme' nennt. Wenn das Opfer immer recht hat und sämtliche Muslime als Unterdrückte eingestuft werden, sind **auch Islamisten Opfer**. Ganz egal, ob sie selber Rassisten, Sexisten, Antisemiten, Gewalttäter oder alles zusammen sind."

17 septembre: Tichys Einblick (CH)

<https://www.tichyseinblick.de/meinungen/linksliberalismus-ist-liberalismus-ohne-freiheit/>

DIE RÜCKKEHR DER INQUISITION

## Linksliberalismus ist Liberalismus ohne Freiheit

VON KLAUS-RÜDIGER MAI

Fr, 17. September 2021

Die totalitäre Versuchung, der die Linksliberalen erlegen sind, nennt Pierre-André Taguieff eine „senile Krankheit der heutigen Linksintellektuellen“. Man kann auch sagen, wer entweder zu faul, oder zu feige oder einfach nur unfähig zum Denken ist, legt sich eine Gesinnung zu, die hegemonial ist – und die ist im dekadenten Westen links.

Die Szene war gespenstisch: Dreißig Bücher wurden ins lodernde Feuer geworfen. Diese Szene spielte allerdings nicht 1933 in Deutschland, sondern 2019 in Kanada. Die Asche der Bücher verwandte man anschließend als Dünger für einen Baum, den man pflanzte. In dem Video für Schüler wurde verkündet: „Wir begraben die Asche von Rassismus, Diskriminierung und Klischees in der Hoffnung, dass wir in einem inklusiven Land aufwachsen, in dem alle in Wohlstand und Sicherheit leben.“

Laut *Radio Canada* fand diese große Säuberung 2019 in den Bibliotheken des Conseil scolaire catholique Providence statt. Insgesamt wurden in 30 französischen Schulen im Südwesten Ontarios 4.716 Bücher, was im Durchschnitt 157 Bücher pro Schule bedeutet, ausgesondert und vernichtet, vorrangig Bücher, die in irgendeiner Weise das Thema der Ureinwohner Kanadas berühren, zumeist in Kinderbüchern und Comics. Zu den ausgesonderten und auch verbrannten Comics gehörten „Tim und Struppi“, „Asterix und Obelix“ und „Tintin“.

Suzy Kies, die sich der Unterstützung des kanadischen Premierministers Justin Trudeau sicher war und die zudem eine wichtige Funktion in Trudeaus liberaler Partei erklomm, verkündete, dass die Leute zwar in Panik gerieten, wenn es darum ginge, Bücher zu verbrennen, doch, wusste Suzie Kies die Linksliberalen auf identitätspolitische Linie zu zwingen, man spräche hier immerhin von Millionen von Büchern, die negative Bilder von Ureinwohnern oder den Angehörigen der „First Nation“ verbreiten und wirklich schädlich und gefährlich wären. Und weil Millionen Bücher in den Augen der Parteifreundin von Justin Trudeau schädlich und gefährlich wären, müssten sie eben verbrannt werden. Fand Trudeau wohl auch, jedenfalls unterstützte Trudeau Suzie Kies. Was übrigens schädlich und gefährlich ist, bestimmt die „Wissensbewahrerin“ der indigenen Völker Suzie Kies, die nach ihren Auskünften einem Zweig der Abenaki entstammte, und damit sakrosankt war.

Die katholische Schulbehörde, erfahren mit dem Index librorum prohibitorum, setzte mit Kies tatkräftiger Beratung Bücher auf den Index, weil die Sprache angeblich „inakzeptabel“ wäre, wie in



dem Comic „Tintin in America“, oder weil das 1981 erschienene Buch „Les Esquimaux“ eine heute als abwertender Begriff geltende Bezeichnung für die Inuit wählte. Lucky-Luke-Bücher gerieten auf die Vernichtungsliste, weil in ihnen ein Ungleichgewicht der Machtverteilung zwischen Weißen und Ureinwohnern ausgemacht wurde. Ein anderes Buch, das humorvoll über die Beziehungen zwischen Ureinwohnern und den französischen und englischen Soldaten während der Kolonialzeit spottete, fand sich auf dem Index wieder, weil die Schulbehörde fehlerhafte Zeichnungen und eine „inakzeptable Sprache“ meinte zu entdecken. Eine Zeichnung in einem Comic galt bereits als „fehlerhaft“, wenn sie männliche Ureinwohner mit nacktem Oberkörper zeigte. Selbstverständlich trugen die Indigenen alle einen Armani-Anzug.

Suzie Kies begründete das Bücher-Autodafé schließlich damit, dass Kinder darauf angewiesen seien, dass man ihnen sagt, was richtig und was falsch ist. Und was richtig und was falsch ist, wusste am besten die „Wissensbewahrerin“ Suzie Kies.

Schwestern im Geiste der Indoktrination unserer Kinder von Suzie Kies finden sich auch in Deutschland. So scheint zu den Feindbildern der Leiterin der Kita in Hamburg Groß-Flottbeck, Christiane Kassama, die deutsche Kinderliteratur zu zählen. Ganz im Sinne Kies' gab sie zu Protokoll: „Jim Knopf wird leider noch oft gelesen. Jim Knopf reproduziert viele Klischees, zum angeblich typischen Wesen und Äußeren von Schwarzen. Jim Knopf ist so, wie sich Weiße ein lustiges, freches, schwarzes Kind vorstellen. Auch Pippi Langstrumpf liegt als Buch fast in jeder Kita.“

Und damit Jim Knopf und Pippi Langstrumpf den Kindern nicht mehr vorgelesen werden, hat Kassama in ihrer Kita verfügt: „Im Februar habe ich gesagt: Der Black History Month steht an, wie können wir den umsetzen? Eine Kollegin schlug vor, vorübergehend nur Kinderbücher mit schwarzen Hauptfiguren in der Bibliothek zu belassen. Das hat gut funktioniert, gut im Sinne von: Es hat niemand gemerkt. Kein Kind hat ein Buch vermisst.“ Denn für Kassama „ist die Kita ein politischer Ort“, ein Ort der Indoktrination also.

Und damit bei Kassamas ideologischem Feldzug nichts schief geht, hat sie „dafür gesorgt, dass alle Kolleginnen und Kollegen ein Antirassismustraining machen. Ich hole Menschen in die Kita, die den Blick dafür schärfen, was Rassismus ist. Schwarze mit Rassismuserfahrung, die unsere Kinder natürlich nicht haben, weil sie weiß sind. Alle zwei Jahre ist ein Critical-Whiteness-Training oder ein Antirassismustraining verpflichtend.“ Brain wash kennt man aus Diktaturen, in Deutschland hatten wir zwei davon, und inzwischen in Hamburger Kitas. Verbrannt hat Christiane Kassama „Jim Knopf“ und „Pippi Langstrumpf“ nicht, aber aus der Kita verbannt. Weiße Kinder, die, weil sie weiß sind, strukturell rassistisch sind, haben deshalb mit schwarzen Helden aufzuwachsen. Haben sie sich auch ihrer Hautfarbe zu schämen? Vielleicht führt Christiane Kassama in ihrer Kita noch den White-Shame-Day ein.

Fragt man sich, weshalb das Unwesen, das Kies seit 2019 treibt, jetzt zum Skandal wird, lohnt es, genauer hinzuschauen und die Geschichte hinter der Geschichte zu entdecken. Denn Recherchen

haben vor kurzem ergeben, dass die autochthone Wissensbewahrerin nicht autochthon ist, mit anderen Worten, Suzie Kies ist nicht indigener Abstammung. Peinlich berührt legte das Providence Catholic School Board, das nach Aufforderung von Suzy Kies die literarische Säuberung in dreißig Grund- und Sekundarschulen in Ontario durchführte hatte, das „Give Back to Mother Earth“-Programm, dessen Ziel darin bestand, „Bibliotheken von allen Büchern zu befreien, die negative und falsche Stereotypen über indigene Völker fördern“, auf Eis.

Eine knappe Woche vor Deutschland wird in Kanada gewählt. Für Kanadas Premierminister Trudeau erweist sich die Parteifreundin, die er sehr unterstützt hat, nun als Belastung. Nur trifft Suzie Kies keine Schuld an der substanzlosen Politik Trudeaus, nicht an einem Klima der Intoleranz, der Kulturvernichtung, der Indoktrination, der Cancel Culture, sie hat es nur für sich benutzt, wie es auch ein Versagen der Hamburger Sozialdemokraten, Scholzens engster Genossen ist, Kita-Leiterinnen wie Christiane Kassama, die mit ihrer zweifelhaften literarischen Bildung und ihrer fragwürdigen Ideologie Mitarbeiter und Kinder indoktriniert und das Neutralitätsgebot der Bildungseinrichtungen missachtet, im Amt zu belassen.

An den Universitäten und Hochschulen wird von einer radikalen Minderheit unter den Studenten, die von den Linken, den Grünen und der SPD unterstützt, von der CDU/CSU wohlwollend geduldet und von der Feigheit, dem Opportunismus oder der Gesinnungsgenossenschaft der Hochschulleitungen gefördert wird, ein Klima der Intoleranz, der Diskriminierung, der Angst und des Totalitarismus geschaffen. Zunehmend geht in der westlichen Welt die Aufklärung verloren und macht einem brutalen Obskurantismus Platz. Aber die Aufklärung ist als Schöpfung „weißer Männer“ für die studentischen Aktivisten und dem intellektuellen Prekariat verschiedener akademischer Weihen zum Feind schlechthin geworden.

\*

Der liberale Professor Klaus Kinzler an der Universität Grenoble benötigt inzwischen Polizeischutz, weil er es gewagt hat, den Begriff „Islamophobie“ zu kritisieren. Linksradikale Studenten machten gegen ihn mobil und konnten sich der Unterstützung von Professorinnen und Gewerkschaften erfreuen. Der *NZZ*, die diesen Fall präzise aufarbeitete, sagte der Professor: „Das politologische Institut von Grenoble war schon immer links, aber man konnte über alles reden. Der heutige Forscher dagegen ist im permanenten Kampf gegen Unterdrückung, abweichende Meinungen duldet er nicht.“ Die französische Soziologin Nathalie Heinich konstatiert: „Man kann nicht mehr von den Gefahren des Islamismus sprechen, ohne als islamophob stigmatisiert zu werden.“

Klaus Kinzler, der als junger Mann 1983 nach Frankreich ausgewandert war und dem dort eine universitäre Karriere gelang, galt zwar als Neoliberaler, doch nun hat man ihm das Etikett „islamophob“ angehängt, was in gewissen Kreisen in Frankreich so viel wie in Deutschland Nazi bedeutet. Die *NZZ* kommentiert den Vorfall vollkommen richtig als „Konflikt zwischen Aktivisten und kritischer Wissenschaft“.

Im Herbst 2020 wurde am politologischen Institut der Universität Grenoble in Arbeitsgruppen

eine Aktionswoche für Gleichheit und Kampf gegen Diskriminierung vorbereitet. Zwischen den Professoren Klaus Kinzler und Claire Marynower kam es zum Streit, weil Kinzler den Begriff Islamophobie wissenschaftlich korrekt für fragwürdig hielt, denn es stellte sich bei diesem Begriff die Frage, ob es nicht hierbei lediglich „um eine Propagandawaffe von Extremisten geht, die intelligenter sind als wir.“ Die Professorin Claire Marynower hingegen hält den Begriff nur in der Politik für umstritten, nicht aber in der Wissenschaft, eine Vorstellung, die sie übrigens als Wissenschaftlerin diskreditiert und als Ideologie qualifiziert.

Kaum hatte Kinzler den Einwand gewagt, brach die Hölle los. Die Direktorin des sozialwissenschaftlichen Labors Pacte publizierte eine Communiqué, in dem sie ohne Namensnennung Kinzler vorwarf, seine Kollegin Marynower gemobbt zu haben, zumal der Begriff Islamophobie in der Wissenschaft noch viel stärker Einzug halten müsse, weil, wie ihre abenteuerliche, ganz im Sinne des Islamogauchismo gehaltene Begründung lautete, in der Gesellschaft rassistische Meinungen zunehmen würden. Madame Direktrice besaß zwar kein wissenschaftliches und auch sonst kein Argument, aber den viel effektiveren Vorwurf, dass ein Mann eine Frau und überhaupt die ganze Wissenschaft mobben würde. Man darf annehmen, dass die Wissenschaftlerin wusste, was sie tat, denn radikale Studenten dürften das Communiqué als Jagdaufruf auf den Wissenschaftler verstanden haben und begannen nun eine Kampagne in den sozialen Medien gegen den Professor, den die Kollegen bis auf zwei von da an bestenfalls mieden, zu entfesseln. Der Untersuchungsbericht des Erziehungsministeriums kam zu dem Schluss, dass es den Studenten darum ging, den Professor von der Universität zu vertreiben, einzig aus dem Grund, weil er ein „rechter“ Professor war.

Die Linke in Frankreich, die besonders stark und totalitär an den Universitäten ist, hat alles dafür getan, dass die Tatsache, dass der brutale Mörder des Lehrers Samuel Petty ein Islamist war, verschwiegen wird, und man stattdessen über die rechten Umtriebe, über die Islamophobie und den Rassismus der Gesellschaft spricht. Auf diese Weise werden die Täter zu Opfern und die Opfer zu Tätern. „Der von den Islamisten geschürte Hass“, schreibt die *NZZ* über Frankreich, „hat zudem dazu beigetragen, dass tausende Juden das Land verlassen haben. Was Islamisten nicht daran hindert, sich als Opfer und „neue Juden“ zu inszenieren. Mit Erfolg, denn nach den Terrorakten ist oft zu hören, man müsse jetzt nicht über Islamismus reden, sondern über ....Islamophobie reden, denn diese sei der Ursprung allen Übels.“ Ein Blick zum Berliner Breitscheidplatz und nach Würzburg zeigt, dass die französischen Zustände auch deutsche Zustände sind, mit einem Unterschied, dass an diesen Zuständen die Merkel-Administration eine erhebliche Mitschuld trägt. Ohne Merkels Migrationspolitik wären diese Täter nicht im Lande, die, im Falle sie sind Muslime, eher als geistig verwirrt, statt als Terroristen deklariert werden – das spart auch die Zahlung von Entschädigungen an die Opfer. Wo man hinblickt, wird deutlich, dass die Linke und der Linkoliberalismus sich im Modus des Klassenkampfes befinden. Elementare Bürgerrechte gelten nicht mehr, wenn sie der politischen Gesinnung entgegen stehen. Doch, was sich als so fortschrittlich gibt, ist in Wahrheit altbekannt

und reaktionär. Die totalitäre Versuchung, der die Linksliberalen erlegen sind, hat der französische Politologe Pierre-André Taguieff, eher ein Mann der Linken, als „senile Krankheit der heutigen Linksintellektuellen“ bezeichnet. Man könnte auch sagen, wer entweder zu faul, oder zu feige oder einfach nur unfähig zum Denken ist, legt sich eine Gesinnung zu, die hegemonial ist – und die ist im dekadenten Westen links.

10 janvier 2022 (Times - Higher Education)

<https://www.timeshighereducation.com/news/islamophobia-row-puts-french-campuses-crossfire-poll-looms>

# Islamophobia row puts French campuses in crossfire as poll looms

Sciences Po Grenoble director calls for 'calm and rationality' after suspension of Klaus Kinzler leads to loss of regional funding

January 10, 2022

**Ben Upton**

Twitter: [@benwupton](https://twitter.com/benwupton)



Source: Getty

'Prejudice' students accused Klaus Kinzler of fascism for his comments about Islam and 'indoctrination' on campus

A university leader has called for "calm and rationality" as French academics fear being caught in the crossfire of increasingly bitter culture wars in the run-up to the country's presidential election.

Sabine Saurugger, director of [Sciences Po](#) Grenoble, hit the headlines last month after suspending Klaus Kinzler, an associate professor of German who had made repeated criticisms of the institution in national media.

Dr Kinzler had received death threats and been accused by students of fascism after claiming during preparations for an anti-racism event that Islamophobia was not comparable to other forms of discrimination.

Professor Saurugger told *Times Higher Education* that the "temporary" suspension of Dr Kinzler was based only on his description of [Sciences Po](#) Grenoble as a "political re-education camp" and of colleagues at the *grand école* as teachers who "indoctrinate their students".

"His repeated statements have caused prejudice to the institution, its personnel and particularly its students. Expression is free, but as an employee, denigrating with such violence and unfairly the institution you work in causes strong prejudice," said Professor Saurugger, whose institution, while modelled on Paris' [Sciences Po](#), is administratively a subsidiary of [Université Grenoble Alpes](#).

However, in response to Dr Kinzler's suspension the president of the Auvergne-Rhône-Alpes region, Laurent Wauquiez, announced on 20 December that he had suspended "all funding and all cooperation" with the university over its "unacceptable ideological and communitarian drift".

Professor Saurugger said that the regional funding was worth about €500,000 (£418,000) a year, covering activities such as lifelong learning and exchange programmes.

The funding freeze was cheered by right-wing candidates in the upcoming presidential poll, Marine Le Pen and Éric Zemmour, with the latter [saying it was](#) the right response to the "infiltration of our *grandes écoles* by Islamo-leftism".

And it came after a year of accusations, including from the French government, that the country's universities had [created an intellectual breeding ground for terrorism](#) by viewing society critically through the lenses of ethnicity, religion and gender – rather than the republican ideal of equality.

Scholars focusing on areas such as racism, Islamophobia and French colonialism have come under intense attack since the beheading in October 2020 of Samuel Paty, a middle school teacher who showed his pupils a cartoon of the Prophet Muhammad.

“For an individual politician to cancel funding to a university based on the unfounded allegations of a disgruntled employee is a significant and worrying development. It is a political act and a violation of the principle of academic freedom,” said Simon Dawes, a media lecturer at [Université de Versailles Saint-Quentin-en-Yvelines](#).

“The way that this case has been appropriated by others for political ends is yet another example of universities being instrumentalised in a culture war that may well lead to the end of academic freedom.”

Professor Saurugger told *THE* that candidates in April's election should contribute constructively to societal debates by “trusting research and researchers” and “discussing research results and teaching without politically instrumentalising it”.

“I defend the idea that a university is a place where controversies exist, where they must be lived, where academic controversies improve research results,” she said.

“Academic freedom is currently discussed in the light of a movement that advocates increased caution of, as well as awareness of, implicit discrimination. This refers of course to the whole debate about ‘wokeism’ and ‘cancel culture’, an issue that is tremendously controversial in France.

“We need calm and rationality. Problems exist, nothing is perfect; there are legitimate debates to have about the evolution of [the] university in this country, but based on facts and willingness to appease, not dividing.”

Former students of Dr Kinzler have published an open letter in *Le Journal du Dimanche* newspaper calling for his reinstatement, criticising the student protesters and demanding [Sciences Po](#) Grenoble be reformed to better protect political balance among staff and students.

“No matter how quickly some academic controversy may escalate, nothing is more crucial than keeping it civil, within the walls of the university,” said Christophe Gaudin, a signatory and assistant professor of political science at South Korea's [Kookmin University](#), who studied under Dr Kinzler in Grenoble from 1999 to 2003.

Last February Frédérique Vidal, the French science minister, announced plans [to investigate “Islamism-leftism”](#) on campuses and to [create an inventory of research](#) to make sure there was “pluralism of ideas” at universities.

“What is likely to happen now? Should academics avoid teaching or researching certain subjects, such as Islamophobia, race or gender for fear of the political repercussions?” asked Dr Dawes. “Should university administrators manage the activities of their academic employees more closely to ensure that they don't put colleagues' jobs and students' grants at risk? [It] doesn't sound like academic freedom to me.”

27 décembre (T-online, allemand)

[https://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/gesellschaft/id\\_91385144/rassismusdebatte-um-klaus-kinzler-das-steckt-hinter-dem-islamophobie-fall.html](https://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/gesellschaft/id_91385144/rassismusdebatte-um-klaus-kinzler-das-steckt-hinter-dem-islamophobie-fall.html)

Der Fall Kinzler

## Professor kritisiert Begriff "Islamophobie" – und wird entlassen

27.12.2021, 16:15 Uhr | t-online, NoS



Demo gegen Rassismus und Islamophobie in Frankreich: Der Fall Kinzler beschäftigt inzwischen die französische Politik. (Quelle: Hans Lucas/imago images)

**Ein Professor kritisiert den Begriff "Islamophobie". Daraufhin entfachen linke Gruppierungen einen Shitstorm. Er bekommt Polizeischutz und flieht, weil niemand ihn verteidigt. Nun wurde er von seiner Universität beurlaubt.**

Wegen einer Äußerung zum Thema Islamophobie werden dem deutsch-französischen Professor Klaus Kinzler rassistische Tendenzen unterstellt. Sein Fall hat in Frankreich eine Debatte über "Cancel Culture in der Wissenschaft" entfacht und beschäftigt nicht mehr nur Lehrpersonal und Studierende, sondern auch die Politik.

Wie der "Deutschlandfunk" berichtet, wurde Kinzler kürzlich von der Universität für vier Monate beurlaubt. 40 Wissenschaftler bekundeten daraufhin in einem öffentlichen Brief Solidarität mit dem Professor und forderten ein Machtwort der zuständigen Ministerin. Was steckt hinter dem monatelangen Streit?

### Äußerung über "Islamophobie" entfachte Debatte

Kinzler wurde in Deutschland geboren und ist Anfang der Achtzigerjahre nach Frankreich ausgewandert. Er lehrt an der Universität Science Po Grenoble deutsche Sprache und Kultur. Im vergangenen Winter sollte dort eine Aktionswoche mit dem Titel "Rassismus, Antisemitismus und Islamophobie" stattfinden. Kinzler wollte den Begriff "Islamophobie" nicht mit aufnehmen. Seine Begründung: Der Begriff sei nicht auf derselben Ebene anzusiedeln wie Antisemitismus und Rassismus. Daraufhin machten Wissenschaftler den Streit öffentlich, vornehmlich linke Studierendengruppen positionierten sich gegen Kinzler und einen Kollegen.



## "Vorwürfe sind geradezu kriminell"

Das französische Erziehungsministerium nahm sich Mitte des Jahres des Falls an und stellte fest: Die Vorwürfe gegen Kinzler und seinen Kollegen sind haltlos. Die Studierendengruppen wollten beide Professoren loswerden, weil sie diese als "rechts" empfänden, so das Ministerium. Nach dem Ministeriumsbericht wurde ein Disziplinarverfahren gegen die Studierenden eingeleitet. Jürgen Ritte, Professor für Literaturwissenschaft an der Sorbonne in Paris, bezeichnet die Vorwürfe gegen Kinzler ebenfalls als haltlos: "Es sind Leute, die den Wokismus auf eine Spitze getrieben haben, in der es absolut verboten ist, überhaupt noch etwas Kritisches zu der Religion des Islam zu sagen", so Ritte im "Deutschlandfunk". "Das ist nicht wissenschaftlich, sondern geradezu kriminell".

## Unterstützung von Le Pen und Zemmour

Jetzt bekommt Kinzler auch noch ungewollte Unterstützung – von den rechtsextremen Präsidentschaftskandidaten Marine Le Pen und Éric Zemmour. "Er wird jetzt unterstützt von Rechten, die anti-arabisch eingestellt sind", sagt Jürgen Ritte. "Das vertritt Kinzler in keiner Weise". Leider hätten sich nur wenige linke Professoren auf Kinzlers Seite gestellt. Inzwischen ist der 62-jährige Akademiker aus Grenoble geflohen. Nachdem die Angriffe in den sozialen Netzwerken gegen ihn immer aggressiver wurden, benötigte er Polizeischutz. Er lebt nun an einem unbekanntem Ort, weil er weiterhin um seine Sicherheit fürchten muss. Erst im vergangenen Jahr war der Lehrer Samuel Paty von einem radikalen Islamisten enthauptet worden, weil er ihn der Islamophobie verdächtigte.

Das gesellschaftliche Klima in Frankreich wird zusehends rauer, wozu auch die politische Rechte etwa um den Rassemblement National (früher: Front National) oder den rechtsextremen Präsidentschaftskandidaten Éric Zemmour im bevorstehenden Wahlkampf beiträgt. Auch Vincent Tournier, ein Kollege Kinzlers, der den Professor als einer der wenigen öffentlich verteidigte, lebt inzwischen weit weg vom französischen Festland. Er hat sich auf Französisch-Polynesien niedergelassen.

23 décembre 2022 (New English Review)

[https://www.newenglishreview.org/blog\\_direct\\_link.cfm?blog\\_id=71883](https://www.newenglishreview.org/blog_direct_link.cfm?blog_id=71883)

Thursday, 23 December 2021

# 'Intellectual Terrorism' in France

by Bruce Bawer



**Promises, promises.** In October of last year, in an apparent attempt to co-opt the Islam issue from his conservative rivals, French President Emmanuel Macron [announced](#) a sweeping new program to defy the Islamic threat to his nation's society, culture, and values. A major focus of the program was education: Muslim parents, vowed Macron, would no longer be permitted to keep their children from learning facts of which their religion disapproved, and university professors would help shape a new "Islam of the Enlightenment," whatever that might mean. I wrote at the time that Macron's promises seemed destined to end up on the scrap heap, and indeed, instead of making significant new demands of Muslims, French authorities have persisted in 2021 in their noble tradition of ruthlessly demonizing and prosecuting critics of Islam, notably the presidential candidate Éric Zemmour. Also this year, in yet another apparent bid to win conservative voters, Macron took to the bully pulpit to condemn the importation of "woke" left-wing ideas from America. His government doesn't seem to have accomplished much of anything on this front, either. For a perfect example of Macron's utter failure to live up to his own stirring rhetoric on both the Islam and "woke" fronts, consider the case of Klaus Kinzler.

Kinzler, who is German, has been a professor of German language and culture at the Grenoble Institute of Political Studies, known colloquially as Sciences Po Grenoble, for a quarter century. In November of last year, working groups of teachers and students were [tasked](#) with organizing a U.S.-style "week for equality and the fight against discrimination." Kinzler was a member of one of the groups, whose assigned topic was "Racism, anti-Semitism and Islamophobia." When, during the online exchanges among the group's members, Kinzler challenged the inclusion of Islamophobia in this trinity, another professor was outraged. A third professor agreed with Kinzler that even if there could be said to be such a thing as Islamophobia, it shouldn't be considered to be on the same plane as anti-Semitism or racism. Kinzler admitted that he isn't particularly fond of Islam and that, in fact, like many French people, he's rather unsettled by it. "Anti-Semitism," Kinzler

later told *Die Welt* by way of [explaining](#) his position, “has resulted in millions of deaths. Genocide without end. Then there is racism, slavery. That, too, has led to tens of millions of deaths in history....But where are the millions of deaths linked to Islamophobia?” Good question.

The dissension within the working group had a ripple effect throughout Sciences Po Grenoble. During the next several months, professors and administrators fired off heated emails, issued demands, and filed complaints related to the dust-up. Then, on March 4, students and younger faculty members, [described](#) by Kinzler as fixated (again, U.S.-style) on “decolonialism, identity politics and anti-capitalism,” [initiated](#) a hate campaign against him and the colleague who’d sided with him on the Islamophobia question, smearing both of them in online social networks as right-wing extremists and putting up banners all over Sciences Po Grenoble reading “Fascists in our lecture halls” and “Islamophobia kills.” This mass explosion of irrational fury, which was coordinated by the local branch of the National Union of Students of France (UNEF), was so intense - Kinzler has characterized it as a “reign of terror” - that both professors were placed under police protection. (It seemed not to matter in the slightest to any of the students who raged at Kinzler, by the way, that he is married to a Muslim.)

How did Kinzler respond to the student uproar? Not, as many another professor these days would surely have done, by issuing a cringing apology, but by going on the offensive in a very public way. In a raft of interviews in the mainstream media, he accused Sciences Po Grenoble of teaching students to reject the very idea of open debate and encouraging them “to insult, abuse and defame teachers who have the audacity not to share their extremist opinions.” In one of these interviews, noted TV host Pascal Praud seconded Kinzler’s plaint, describing French universities as settings for “intellectual terrorism.” As the weeks went by, the situation in Grenoble got even messier: Kinzler’s immediate supervisor, Anne-Laure Amilhat Szary, filed a defamation suit against him; the director of the institute, Sabine Saurugger, criticized the student troublemakers but also castigated Kinzler for the “extremely problematic tone” of his remarks about Islam. Eventually the French Minister of Higher Education, Frédérique Vidal, got dragged in and ordered an official investigation; this resulted in a May 8 report that put a degree of blame on pretty much everybody involved. Kinzler’s offense? By criticizing the lockstep politics of Sciences Po Grenoble, maintains the report, he’d “damaged the image and reputation” not just of the faculty but of the entire institute.

But still Kinzler didn’t shut up. On December 14, after a new round of interviews in which he denounced Sciences Po Grenoble under Saurugger’s ideologically toxic management for specializing in radical-left “re-education,” she shocked the nation by suspending him for four months. In [response](#), Laurent Wauquiez, the president of the regional council for Auvergne-Rhône-Alpes, reacted by suspending the institute’s 100,000-euro annual subsidy on the [grounds](#) that its left-wing administrators and faculty were engaged in “prolonged ideological and social perversion.” François Jolivet, a member of the National Assembly, called for the French

government to take direct control of the institute and for a parliamentary probe of political tyranny at French universities in general. Richard Malka, a lawyer who'd represented the editor of *Charlie Hebdo* in a racism trial after the publication of the famous Muhammed cartoons, [called](#) Sciences Po Grenoble "a small Pakistan...a laboratory of Stalinist thought" and observed that Saurugger, after serving as director for less than a year and a half, had "achieved the feat of destroying [its] reputation."

But most French academics appear to have lined up in tidy lockstep against Kinzler. Like most of their counterparts in the U.S., they've claimed, in the words of the *Daily Mail*, that "'Islamism' and wokeism" were "invented by right-wingers to constrict intellectual freedom and belittle universities." And Macron? While political allies of his, such as Jolivet, have spoken up, I've seen no indication, at this writing, that the President himself has said anything at all about the Kinzler case. In any event, as we already know, what Macron says doesn't necessarily mean anything. In fact, the more he professes to be addressing the defining issues of our time, the more likely it is *not* to mean anything. The important thing here is that, for all his big talk about taking on the Islamic threat and standing up to American "wokery," Macron has done little if anything about either of these issues. And unless he suddenly takes meaningful action (thereby breaking entirely with the pattern of his entire personal history), it's a safe bet that Klaus Kinzler - a heroic German champion of the "French values" that Macron keeps pledging to defend - will find himself hung out to dry by the eloquent yet enervated little twit in the Élysée Palace.

23 décembre 2021 (Die Tagespost, Allemagne)

<https://www.die-tagespost.de/politik/proteste-gegen-suspendierung-eines-germanisten-in-frankreich-art-224116>

CANCEL CULTURE

## Proteste gegen Suspendierung eines Germanisten in Frankreich

Elitehochschule suspendiert Professor. Dem Germanistik-Professor Klaus Kinzler wurden „islamophobe“ Äußerungen vorgeworfen. Nun regt sich Protest gegen die Disziplinarmaßnahme.



Foto: PAUL CHOMARAT via [www.imago-images.de](http://www.imago-images.de) | Die französische Elitehochschule Sciences Po Grenoble ist wegen Islamophobievorwürfen gegen Professoren in die Schlagzeilen geraten.

23.12.2021, 18 UhrMeldung

Seit einiger Zeit gerät die französische Elitehochschule Sciences Po Grenoble in die Schlagzeilen. Der Vorwurf: „[Islamogauchismus](#)“ und „[Wokismus](#)“ machten sich hier laut Figaro in besonderer Weise breit und verbreiteten ein Klima der Angst, in dem andere Meinungen nicht toleriert würden. Die Zeitung berichtet ausführlich über die [Vorkommnisse an dem Institut für Politikwissenschaft](#) in der südfranzösischen Stadt.

### Hexenjagd an der Uni

Schon im März dieses Jahres sei Klaus Kinzler von Studenten wegen seiner Äußerungen zum Islam kritisiert worden. Studentische Aktivisten plakatierten seinen Namen an einer Mauer der Hochschule und brachten ihn mit „Islamophobie“ und „Rassismus“ in Verbindung. Nun sei Kinzler, der seit 25 Jahren lehrt, von der Direktorin Sabine Saurugger suspendiert worden, wie der Figaro schreibt, weil er in Medien wie L’Opinion, Marianne und auf CNews vor einem Abdriften seiner Einrichtung sowie einer „Hexenjagd“ warnte, deren Opfer er geworden sei.

### Hegemonie und wissenschaftliche Relevanz

Am vergangenen Mittwoch nun haben 40 prominente Historiker, Wissenschaftler und Hochschuldozenten reagiert und im Figaro einen Aufruf an die zuständige Ministerin für Hochschulbildung Frédérique Vidal veröffentlicht, in dem diese aufgefordert wird, entschlossen gegen die Islamlinke an den Universitäten vorzugehen. In dem Appell stellen unter anderen der Philosoph Pascal Bruckner, der Forschungsdirektor am nationalen Forschungszentrum CNRS (Centre national de la recherche scientifique), Pierre-André Taguieff, sowie der Geschichtspräsident an der Pariser Sorbonne, Pierre Vermeren, fest, dass „seit einigen Jahren eine militante Strömung versucht, in zahlreichen Hochschuleinrichtungen, insbesondere im Bereich der Sozialwissenschaften, einen exklusiven Diskurs durchzusetzen“. Nun sei es aber eine Sache, „neue Studienbereiche und neue Paradigmen aufzunehmen; etwas ganz anders aber

ist es, diese eine Vormachtstellung, ja sogar eine institutionelle Hegemonie erlangen zu lassen, während ihre wissenschaftliche Relevanz – wie Sie wissen – Gegenstand einer intensiven intellektuellen Debatte ist“. Mit den neuen Paradigmen meinen die Unterzeichner all die neuen Konzepte, die in den letzten Jahren an den Universitäten Aufwind bekommen haben, wie etwa ein systematischer Rassismus, die Intersektionalität, der Indigenismus sowie die Spielarten der Gendertheorie.

## **Pluralismus untergraben**

Die Unterzeichner kritisieren zudem die Untätigkeit der Hochschulministerin, die im Februar 2021 selbst eine Untersuchung über den Islamogauchismus an den Universitäten angekündigt hatte. Geschehen sei bisher nichts: „Fast ein Jahr später ist dieser Bericht, der unablässig versprochen und ständig verschoben wurde, noch immer nicht erschienen“.

Der Appell schließt: „In diesem Zusammenhang, da die Meinungsfreiheit durch Disziplinarmaßnahmen oder sogar -strafen bedroht ist, da der Pluralismus von Forschung und Lehre konterkariert wird durch Einschüchterungsmanöver und infolgedessen durch die zunehmende Selbstzensur der Kollegien, insbesondere der jüngsten, da ihre Karriere davon abhängt, oder auch da immer mehr Studenten ihre Sorge teilen angesichts dessen, was sie als Formatierung und Propaganda empfinden, ist unsere Frage einfach: Was genau gedenken Sie zu tun, Frau Ministerin?“

## **Finanzierung gestoppt**

Reagiert auf die Suspendierung hat dem Figaro zufolge jedenfalls schon Laurent Wauquiez, von 2011 bis 2012 Minister für Hochschulen und Wissenschaft und seit 2016 Präsident der Auvergne-Rhône-Alpes. Der Politiker der französischen Republikaner kündigte kurzerhand an, jegliche Finanzierung (100.000 Euro jährlich) der Sciences Po Grenoble auszusetzen, die, so betont er, „sich seit langem auf einem inakzeptablen ideologischen Irrweg befindet: Die Aktivisten der woken Theorie sowie der Gendersprache und der kommunitaristischen Praktiken haben heute hier die Debatte konfisziert“. *DT/ks*



23 décembre 2021 (Deutschlandfunk, Radio publique allemande)

<https://www.deutschlandfunkkultur.de/klaus-kinzler-antisemitismus-islamophobie-100.html>

Wissenschaftler unterstützen Klaus Kinzler

„Cancel Culture“-Streit an französischer Universität

08:08 Minuten



Islamophob? Rassistisch? Studierende demonstrieren gegen Professor Klaus Kinzler und einen Kollegen an der Universität Science Po in Grenoble. © imago images/PanoramiC

22.12.2021

[Audio herunterladen](#)

Einem Professor wird in Frankreich wegen einer Äußerung über Islamophobie Rassismus vorgeworfen. Er wird zum Symbol eines Streits um die Meinungsfreiheit an Universitäten. Die Vorwürfe seien haltlos, sagt Jürgen Ritte, Professor an der Sorbonne in Paris.

Der [Fall Klaus Kinzler an der Universität Science Po in Grenoble](#) beschäftigt inzwischen Frankreichs hohe Politik. „Cancel Culture in der Wissenschaft“ heißt das Stichwort, Kinzler erhält Unterstützung von ganz rechts, von Marine Le Pen und dem Präsidentschaftskandidaten Eric Zemmur. Dabei verortet er sich weder bei diesen Politikern noch bei deren Aussagen.

Was steckt dahinter? Professor Klaus Kinzler, in Deutschland geboren und vor Jahrzehnten nach Frankreich gezogen, lehrt an der Science Po in Grenoble. Im vergangenen Winter geriet er in Streit mit einer anderen Professorin und Studierenden. Es ging um eine Veranstaltung, die während einer Aktionswoche zu „Gleichheit und dem Kampf gegen Diskriminierung“ stattfinden sollte. Der Titel: „Rassismus, Antisemitismus und Islamophobie“.

Kinzler wendete sich gegen die Aufnahme der „Islamophobie“ in das Programm. Er begründete das damit, dass Islamophobie nicht auf derselben Ebene anzusiedeln sei wie Antisemitismus und Rassismus.

## **Kinzler erhält kaum Unterstützung von Wissenschaftlern**

Kurze Zeit später machen andere Wissenschaftler den Streit öffentlich. Linksradikele Studentengruppen positionieren sich gegen Kinzler und einen Kollegen, der ihn



unterstützt. Auf Facebook und Co. wird ihm unterstellt, Hass gegen Muslime zu verbreiten. Kinzler erhält kaum Unterstützung von Kollegen und Kolleginnen. Medien werden aber auf ihn aufmerksam, er gibt zahlreiche Interviews.

Das französische Erziehungsministerium untersucht den Fall Mitte dieses Jahres und kommt zu dem Schluss, dass die Vorwürfe gegen Kinzler und seinen Kollegen haltlos sind. Die Motivation der Studierendengruppen sei es, beide Professoren loszuwerden, weil sie sie als „rechts“ empfinden.

Damit ist der Streit aber nicht beendet. Kürzlich wurde Kinzler von seiner Universität für vier Monate beurlaubt. Nun haben [40 Wissenschaftler in einem öffentlichen Brief](#) Solidarität mit Kinzler bekundet.

### **„Vorwürfe sind geradezu kriminell“**

Jürgen Ritte, Professor für Literaturwissenschaft an der Sorbonne in Paris, nennt die Vorwürfe gegen Kinzler haltlos. Hier wolle eine Minderheit ihre Ideologie durchsetzen. „Das ist nicht wissenschaftlich, sondern geradezu kriminell“, sagt Ritte.

Er verweist darauf, dass gegen einige Studierende, die sich gegen Kinzler engagierten, nach dem Untersuchungsbericht des Ministeriums ein Disziplinarverfahren eingeleitet worden sei.

Die Studierenden, die gegen Kinzler protestierten, kämen aus dem Milieu des „islamogauchisme“. „Es sind Leute, die den Wokismus auf eine Spitze getrieben haben, in der es absolut verboten ist, überhaupt noch etwas Kritisches zu der Religion des Islam zu sagen.“

Dabei müsse unterschieden werden zwischen einem Rassismus gegen die arabischstämmige Bevölkerung, wie er von Politikern wie dem Präsidentschaftskandidaten Eric Zemmour betrieben werde, und einer Religionskritik, betont Ritte. Das werde von diesen Studierenden, die nicht unbedingt Muslime seien, verweigert.

In dem offenen Brief forderten Wissenschaftler nun ein Machtwort der zuständigen Ministerin. Inwieweit diese das überhaupt tun könne, sei zweifelhaft, sagt Ritte. Denn eigentlich solle das Ministerium sich aus Angelegenheiten der Universitäten heraushalten.

Wichtig zu wissen sei auch, dass sich nur wenige linke Professoren auf Kinzlers Seite gestellt hätten. „Er wird jetzt unterstützt von Rechten, die anti-arabisch eingestellt sind. Das vertritt Kinzler in keiner Weise“ betont Ritte.

22 décembre 2021 (BBC, UK)

<https://www.bbc.com/news/world-europe-59753043>

## French outcry over academic in Grenoble Islamophobia row



Students put up posters and demonstrated against Prof Kinzler and a colleague in March  
**Dozens of French academics have warned that freedom of expression is at risk after a German professor was suspended over a row with politics students.**

Klaus Kinzler has been locked in dispute for months over accusations of Islamophobia at Sciences Po Grenoble.

In a case that has provoked allegations of left-wing cancel culture, the political studies institute has suspended him for "defamatory remarks".

The institute is now set to lose local funding because of the row.

Laurent Wauquiez, the right-wing leader of the Auvergne-Rhône-Alpes region, said an annual €100,000 (£85,000) subsidy was being suspended.

His decision was widely welcomed by figures on the right of French politics, with just four months to go before a presidential election in which centrist sitting President Emmanuel Macron is leading the opinion polls.

But the politics institute said the removal of funding was politically motivated and jeopardised students who struggled to access higher education.

Forty people, mostly academics, have now signed an open letter to Higher Education Minister Frédérique Vidal, warning that pluralism in teaching and research is under threat, with teachers and students alike resorting to self-censorship.

At the heart of the row is Prof Kinzler, who has been challenged for months by a group of politics students who accused him of fascism and Islamophobia.

The professor of German civilisation initially got into an email argument with a colleague over a day of debates on racism, anti-Semitism and Islamophobia. Prof Kinzler reportedly argued that it was not appropriate to equate Islamophobia with racism and anti-Semitism.

## Re-education camp'

A left-wing union accused him of Islamophobia, but the disagreement took on a new lease of life last March when posters were put up on the Grenoble campus that read "Fascists in our lecture halls. Islamophobia kills", targeting Prof Kinzler and a colleague.

The head of the political studies institute, Sabine Saurugger, said she had repeatedly asked Prof Kinzler not to talk to the media about the row. However, he gave a series of interviews this month, accusing the institute of being a "political re-education camp", with a management impotent in the face of a hard core of academics spreading "wokeism".

Prof Kinzler's lawyers have spoken of a "witch hunt", adding that he was forced to speak out after he had been subjected to a political attack.

Ms Saurugger told Le Monde newspaper that the management had supported Prof Kinzler when he had come under attack from "shocking and unacceptable posters". However, she said it was

"my duty to intervene when the reputation of the institution is targeted, when I hear of 'a political re-education camp'."

She called on Laurent Wauquiez, the regional political head who is also a former Republicans (centre-right) party leader, to visit the university away from the media storm to see the reality of its teaching.

However, with next April's presidential elections looming, the row has roused widespread political comment. Far-right candidates have backed the decision to withhold funding.

An MP from President Macron's party, François Jolivet, has called for the university to be placed under supervision, while Republicans leader Valérie Pécresse has said she fears freedom of expression is no longer guaranteed there.

21 décembre (Jihad watch)

<https://www.jihadwatch.org/2021/12/france-teacher-accused-of-islamophobia-is-fired>

**JIHAD WATCH**

## France: Teacher accused of ‘Islamophobia’ is fired

DEC 21, 2021 5:00 PM BY ROBERT SPENCER **12 COMMENTS**

If Klaus Kinzler had criticized Christianity, would he have been fired? What do you think?



“Klaus Kinzler, teacher accused of Islamophobia, fired by Sciences Po Grenoble,” translated from “Klaus Kinzler, l’enseignant accusé d’islamophobie, mis à pied par Sciences Po Grenoble,” [Valeurs Actuelles](#), December 20, 2021 (thanks to [Medforth](#)):

Klaus Kinzler and the Grenoble Institute of Political Studies are over – at least for a while. The German teacher came to prominence last March, when his name was plastered on the walls of the IEP by far-left activists and then released by UNEF. At the time, the professor was accused of Islamophobia. A scandalous case a few months after the Samuel Paty affair, who also had been falsely accused of Islamophobia. In the process, Klaus Kinzler had made the rounds of the media, denouncing an “ideological witch-hunt” within the IEP. The director of the IEP, Sabine Saurugger, was not amused by this action and suspended the teacher, as reported by the newspaper *Le Figaro* on Monday December 20.

*Le Figaro* reports that Klaus Kinzler again appeared in the media eight months after the affair. In November, the teacher made more appearances in the media – an activity that had been forbidden to him by his headmaster. According to Sabine Saurugger, Klaus Kinzler had made “defamatory statements in several media against the school (...) as well as against the person of the headmaster.” In her statement, the headmistress mentioned in particular a notable appearance in the programme “Heure des Pros,” as well as two interviews with the newspapers “L’Opinion” and “Marianne.” According to Sabine Saurugger, Klaus Kinzler “seriously disregarded several duties associated with his civil servant status” and “seriously violated the professional integrity of his work colleagues.” As a result, the teacher was suspended for four months until a disciplinary council was convened.

21 décembre 2021 (The Times)

<https://www.thetimes.co.uk/article/hounded-university-lecturer-klaus-kinzler-provides-totem-for-frances-right-tsbv3f85n>

## **‘Hounded’ university lecturer Klaus Kinzler provides totem for France’s right**

### **Academic suspended after left-wing students accuse him of fascism and Islamophobia**

[Charles Bremner](#)

Tuesday December 21 2021, 5.00pm GMT, The Times



Klaus Kinzler said he faced a “reign of terror” led by a minority of sectarian left-wing students

YOUTUBE

The suspension of a university lecturer in Grenoble has sparked a new battle in the French cultural war over academic freedom, Islam and cancel culture.

Conservative and far-right politicians have deplored the four-month punishment of Klaus Kinzler, a German professor, by Sciences Po Grenoble, one of a chain of prestigious institutes of political studies (IEPs), because he accused its management of surrendering to the doctrines of “Islamist-leftist” students and academics.

As a result, Laurent Wauquiez, president of the Rhone Alps region and former leader of the conservative Republicans party, halted a €100,000 public subsidy, saying that “a minority has confiscated the debate in the Grenoble university, imposing sometimes through terror, radical points of view that are contrary to the values of our republic”. (...)

**Pay wall !!!**

22 décembre 2021 (Daily Mail)

<https://www.dailymail.co.uk/news/article-10335797/Lecturer-symbol-Frances-battle-against-wokeism-suspended-university.html>

## Lecturer becomes symbol of France's battle against wokeism as he is suspended by university because he said it had surrendered to 'Islamist-leftist' students and academics

- **Klaus Kinzler suspended for four months by Sciences Po Grenoble over remarks**
- **He accused the university of surrendering to 'Islamist-leftist' students academics**
- **Row started after Kinzler blocked a conference on racism as 'politically charged'**
- **Left-wing students' union mounted targeted campaign, accusing him of fascism**

By [LAUREN LEWIS FOR MAILONLINE](#)

**PUBLISHED:** 13:22 GMT, 22 December 2021 | **UPDATED:** 13:52 GMT, 22 December 2021

A lecturer has become a symbol of [France's](#) battle against wokeism after he was suspended by his university because he said it had surrendered to 'Islamist-leftist' students academics.

Klaus Kinzler was suspended for four months by Sciences Po Grenoble after the institute ruled his remarks were defamatory.

The German professor accused the university of 'explicitly encouraging students to insult, abuse and defame teachers who have the audacity not to share their extremist opinions'.

The row erupted in March after Kinzler blocked a one-day conference on 'Racism, antisemitism and Islamophobia' claiming it was a politically charged subject rather than academic.

In response a left-wing students' union accused him and a fellow professor of 'fascism' and Islamophobia in a targeted campaign on social media and signs around the Grenoble campus.



**Lecturer Klaus Kinzler has become a symbol of France's battle against wokeism after he was suspended by his university because he said it had surrendered to 'Islamist-leftist' students academics**

In the wake of the case, President Macron's government condemned 'Islamist-leftism' - known as Islamo-gauchisme in French - which points to the alleged political alliance between leftists and Islamists, the [Times](#) reported.



François Jolivet, a member of Macron's En Marche! party, has called for the university to put under state supervision and for parliament to launch a probe into the 'situation' in institutions across France.

In a scathing response, Jolivet said Sciences Po, one of several institutes of political studies (IEPs) in France, had 'fallen prey to sectarianism'.

The row has also angered right-wing politicians, with the President of the Rhone Alps region and former leader of the conservative Republicans party Laurent Wauquiez withdrawing a €100,000 public subsidy from the university.

Explaining the decision, he said: 'A minority has confiscated the debate in the Grenoble university, imposing somethings through terror, radical points of view that are contrary to the values of our republic.'



**Kinzler was suspended for four months by Sciences Po Grenoble after the institute ruled his claim the university was 'explicitly encouraging students to insult, abuse and defame teachers who have the audacity not to share their extremist opinions' was defamatory**

---

But academics have pushed back, with 40 writing an open letter to the Minister of Higher Education Frédérique Vidal warning 'the freedom of expression of academics, as well as their academic freedom within the framework of their teaching and their research, freedoms of which you are the first guarantor, are in danger in our country.'

Academics have also claimed 'Islamism' and wokeism as concepts invented by right-wingers to constrict intellectual freedom and belittle universities.

Kinzler was suspended last week after he said Sciences Po had failed to defend him from a 'reign of terror' after the institute only disciplined one of 17 student leaders identified as responsible for attacks on him.

He claimed the university, which he described as 'political re-education' institute, had not protected him for a targeted campaign by students and young faculty members obsessed with 'decolonialism, identity politics and anti-capitalism'.

Kinzler admitted the group were in the minority but voiced anger at the decision to punish only one student, by giving them a suspended exclusion order.



Sciences Po Grenoble director Sabine Saurugger defended her handling of the case after the suspension was reported in the media and criticised the students involved - but said disciplinary procedures were out of her remit.

'I am stunned to discover the image of the IEP in the media. It is not the establishment that respects secularism, the strictest freedom of expression and academic freedom,' Saurugger said.

The issue, part of a wider debate in French society, has played into next April's presidential election set to be contested by current President Emmanuel Macron and a host of challengers including far-right candidate Marine Le Pen.

21 décembre 2021 (FAZ, Allemagne)

<https://www.faz.net/aktuell/karriere-hochschule/cancel-culture-an-frankreichs-institutionen-nachsicht-fuer-mobber-17694641.html?premium>

CANCEL CULTURE:

## Nachsicht für Mobber

- VON JÜRGEN ALTWEGG
- -AKTUALISIERT AM 21.12.2021-16:07



Eine Demonstration gegen Islamophobie im März vor der Universität Grenoble Bild: AFP

Die Hetzkampagne gegen den Germanisten Klaus Kinzler wegen angeblicher Islamophobie bleibt für die Täter folgenlos. Kinzler hingegen wird von seiner Universität suspendiert.

In Frankreich gibt es ein neues Personalpronomen, es ist männlich und weiblich zugleich. Benutzt wird es von einer – noch darf man feststellen: verschwindend – kleinen Minderheit. Das Wörterbuch „Le Robert“ aber, der Duden der Weltsprache Französisch, in der es kein Neutrum gibt, hat es in seiner Ausgabe 2022 schon abgesegnet: „iel“. Es ist eine Zusammensetzung aus il und elle. Korrektes Konjugieren geht nun so: Je, tu, iel. Auf Deutsch würde das ungefähr so lauten: Ich, du, siers. Dieses „iel“ wurde erfunden, um den Imperativen der inklusiven Schreibweise und einer diskriminierungsfreien Grammatik gerecht zu werden. Man kann es je nach Lust und gefühltem Geschlecht weiter variieren: „ielle“ geht auch, in dieser Form wird das Weibliche übergewichtet. Im Plural hängt man ein s an: „iels“.

Während man in Paris noch auf die Reaktion der Académie Française wartet, wird in der französischen Akademie in Rom ungeniert der [Cancel Culture](#) gehuldigt. In der Villa Medici wurden die berühmten Wandteppiche Tentures des Indes, die Ludwig XV. in die Ewige Stadt geschickt hatte, abgehängt. Die auserwählten Stipendiaten des französischen Staats – die kulturelle Elite von morgen – störten sich an den kolonialen Motiven. Weil es sich bei der Tapiserie um die einzige Dekoration im großen Saal handelt, zeigte sich Sam Stourdézé, der Leiter des Instituts, einsichtig und nachgiebig: „Was für ein Weltbild verbreiten wir da eigentlich?“ Die traditionsreichsten kulturellen Institutionen scheinen sich dem Wokismus so willig anzupassen wie die akademischen.

### Im Umerziehungslager

Noch immer wartet man in Paris auch auf den von Bildungsministerin Frédérique Vidal beim staatlichen Forschungsinstitut CNRS bestellten Bericht über das Ausmaß des „Islamgauchismus“ an den Universitäten und Eliteschulen. Mehrfach haben [Emmanuel Macron](#) und Unterrichtsminister Jean-Michel Blanquer die Geisteswissenschaften der Komplizenschaft mit dem islamistischen Terrorismus und Kulturkampf bezichtigt. Nach der Enthauptung von Samuel Paty wurde der Vorwurf laut, die Schulbehörden hätten den Lehrer nicht geschützt, sondern gerüffelt – aus Angst. Als in Grenoble massive Morddrohungen gegen zwei Lehrer von Sciences Po ausgesprochen wurden, forderte Frédérique Vidal eine exemplarische Bestrafung der für die Hetzkampagne verantwortlichen Studenten. Sie hatten den deutschen Germanistikprofessor Klaus Kinzler und seinen Kollegen, den

Politikwissenschaftler Vincent Tournier, der Islamophobie bezichtigt und als Faschisten bezeichnet. In einem Untersuchungsbericht der Aufsichtsbehörden wurden die gravierenden Vorfälle festgehalten. Von einem „Klima der Angst“ ist die Rede.

Auch die disziplinarische Kommission scheint dieser Atmosphäre zu unterliegen. Siebzehn Angeklagte wurden freigesprochen. Nur eine Studentin wurde mit einem kurzen Ausschluss aus der Schule, allerdings auf Bewährung, bestraft. Als ob es die Mauerinschriften, Morddrohungen und ihre Rechtfertigung nie gegeben hätte. Eigentlich hatte das milde Urteil geheim gehalten werden sollen. Nach seiner Veröffentlichung in „Le Monde“ befasste sich auch der „Figaro“ auf zwei Seiten mit den Zuständen in Grenoble. Anlässlich der „Woche gegen den Rassismus“ hatte die Studentengewerkschaft, der die Angeklagten angehören, den Ausschluss der Liga gegen den Rassismus und Antisemitismus (Licra) gefordert: erneut wegen „Islamophobie“. Den Sciences-Po-Instituten in ganz Frankreich bescheinigt die Zeitung einen „systemischen Linksextremismus“.

Kinzler ist derweil noch immer krankgeschrieben und unterrichtet nicht mehr. Er schreibt an einem Buch. „Sciences Po Grenoble ist zu einem Umerziehungslager geworden“, erklärt er in einem Interview mit der Zeitung „L’Opinion“: „Ich habe in den vergangenen Monaten mehr gelernt als in den vierzig Jahren, in denen ich mich mit Deutschland beschäftige. In Grenoble kann man beobachten, wie eine militante Minderheit durch Einschüchterung und Missachtung der Gesetze der Mehrheit ihren Willen aufzwingt und ihre Machtübernahme vorbereitet.“ Am Montagnachmittag wurde bekannt, dass ihm die Schulleitung auf Grund dieses Interviews seine Entlassung mitgeteilt hat.

<https://fresno24.com/islamophobia-at-iep-grenoble-the-ideological-hunt-for-teachers-is-open/>

## “Islamophobia” at IEP Grenoble: “The ideological hunt for teachers is open”



December 8, 2021 in [World News](#)



In our [news](#) about “Islamophobia” at IEP Grenoble: “The ideological hunt for teachers is open”, we, as “Fresno2.4.com”, will tell you all the details below. Comprehensive explanations about (“Islamophobia” at IEP Grenoble: “The ideological hunt for teachers is open”) were given below, please continue reading. -[World News](#) “Islamophobia” at IEP Grenoble: “The ideological hunt for teachers is open” here are the details .. Klaus Kinzler during an interview on CNews.

DR / Screenshot Subscribed article  
Maintenance

By Jean-Loup Adenor Published on 10 / 12 / 2021 To 17: 55

At the heart of a controversy for opposing the concept of “Islamophobia”, a professor at the Grenoble Institute of Political Studies, Klaus Kinzler, saw his name plastered on the walls of the establishment while a student association demanded that the management “rule on his case”. These same students were recently released by a disciplinary commission. A “blank check” from the university to students wishing to renew this type of intimidation campaign, said the professor in question to “Marianne”. If Klaus Kinzler teaches at the Institute of Political Studies (IEP) in Grenoble, he has not taught there since March, after that his university year was disrupted by a heated controversy. On the walls of the IEP, posters mentioning his name and calling him “Islamophobic” sprung up at the beginning of the year. At issue: a quarrel between teachers during an exchange of emails which caused a stir in the teaching and student community of the establishment. Klaus Kinzler opposed the use of the term “Islamophobia” in the organization of a week against discrimination.

In this same correspondence, Klaus Kinzler also criticized Islam, a religion which he admits "dislike very much", in particular, he explains, because of its fundamentalist drifts and the place it leaves to women. A student organization, Union Syndicale (US), reacted. In a text published in January on social networks and sent to the management of the IEP, the professor was presented as a "Islamophobic" whose ideas belonged to "the extreme right". The students were called upon to boycott the week against discrimination in question and the direction of the IEP "to rule on the case" by Klaus Kinzler. The US went further, urging the establishment to publicly reaffirm "the use and scientificity term [d'islamophobie]". Finally, the student organization demanded the abolition of courses on Islam held by teachers "blamed for their Islamophobia".

23 mars 2022 (NZZ)

<https://www.nzz.ch/feuilleton/rassismus-religion-und-radau-wie-die-culture-woke-die-universitaeten-veraendert-ld.1674438>

## Rassismus, Religion und Radau – wie die «culture woke» die Universitäten verändert

Professoren werden wegen Rassismusvorwürfen gemobbt, Veranstaltungen abgesagt, und der Staat will in die Forschung eingreifen: In Frankreich ist ein Kulturkampf um die Universitäten im Gang. Wie schlimm ist die Lage?

Lucien Scherrer, Paris

26 Kommentare

25.03.2022, 05.30 Uhr



«An meiner Uni werden die republikanischen Werte untergraben», sagt die Studentin Jade Journée, hier vor dem Pantheon in Paris.

Julien Daniel für NZZ

Zwei Polizisten bewachen den Eingang zu den Sciences Po an der Rue Saint-Guillaume. Drinnen drängen sich junge Frauen und Männer schwatzend und lachend auf den Gängen, an einem Tisch verteilt eine Studentin Traktate für eine «Transformation» der französischen Wirtschaft. Die Wand gegenüber ist mit Plakaten gepflastert, die Farbe Rot dominiert. «Keine Faschos in unseren Quartieren», steht da, oder: «Attac lädt dich ein, ein Glas gegen Macron zu trinken.» Dazwischen grosse Plakate für den Präsidentschaftskandidaten Jean-Luc Mélenchon, den Kommunisten Fabien Roussel und die Studentengewerkschaft Solidaires – laut Plakat feministisch, antirassistisch, antikapitalistisch und für LGBT-Rechte kämpfend.

Jade Journée, elegant gekleidet und mit einem Reif in den schwarzen Haaren, fällt in diesem Gewusel eigentlich nicht auf. Und doch ist sie hier, an einer der wichtigsten Hochschulen Frankreichs, eine Aussenseiterin: Sie ist nicht links, sondern Vizepräsidentin der rechtsliberalen Républicains an den Sciences Po. «Am letzten Freitag habe ich hier unsere Wahlplakate aufgehängt», erzählt sie, «am Montag waren sie weg. Die Linken hier halten nicht allzu viel von Pluralismus. Aber hey, die Plakate waren zwei Tage oben!»

Jade Journée will Anwältin werden. Als sie vor zwei Jahren an die Uni kam, erwartete die 20-Jährige aus Nizza einen Ort der Neugier, des intellektuellen Austauschs und der freien Debatte. Stattdessen, so sagt sie im Gespräch im nahe gelegenen Café Le Basile, werde die Universität von radikalen linken Studenten und Lehrern dominiert, die republikanische Werte unterhöhlten, aktivistische Forschung betrieben und sogar laizistische Linke als Rassisten beschimpften. «Es

kann doch nicht sein», so sagt sie energisch, «dass solche Leute an renommierten Schulen wie den Sciences Po bestimmen, was gelehrt und gesagt werden darf.»

## Theorien mit Sprengkraft

Was an den französischen Universitäten passiert, ist tatsächlich von nationalem Interesse. Das gilt für das Institut Sciences Po in besonderem Masse, weil es zu den politischen Brennpunkten und den bekanntesten Eliteschmieden des Landes gehört. Hier erwarben spätere Staatspräsidenten wie Jacques Chirac und François Hollande ihre Abschlüsse, heute gehen in den Universitätsgebäuden 14 000 Studenten aus aller Welt ein und aus. Sie werden später als Beamte, Journalisten, Spitzenpolitikerinnen, Richter und Anwältinnen arbeiten und die Gesellschaft mitgestalten.

Die Frage, ob die Universitäten noch Horte der freien Debatte und der wissenschaftlichen Neugier sind, beschäftigt derzeit nicht nur Studentinnen wie Jade Journée, sondern auch Professoren, Ministerinnen und Präsidentschaftskandidaten. Konkret geht es um die Frage, ob die Universitäten und Hochschulen von der sogenannten Woke-Ideologie dominiert werden wie in den USA. Glaubt man bürgerlichen und linksrepublikanischen Stimmen sowie der Regierung, sind die französischen Universitäten und Hochschulen längst infiziert. Glaubt man dagegen linken Politikern und Professoren, sind die Warnungen vor der «culture woke» bloss Ausflüsse eines reaktionären Diskurses, der sich gegen ein imaginäres Problem richtet.

Vereinfacht gesagt, basiert die «culture woke» auf verschiedenen Theorien über Geschlechter, Rassen und Machtstrukturen. Sie gehen davon aus, dass westliche Staaten und Gesellschaften strukturell rassistisch und sexistisch sind. In Frankreich haben diese Theorien eine besondere Sprengkraft: Das Land hat seine rassistische Kolonialvergangenheit lange nur halbherzig aufgearbeitet, die Integration der fünf bis zehn Millionen muslimischen Migranten bereitet Probleme, Islamisten nutzen Problemquartiere als Rekrutierungsfeld.

Obwohl auch offiziell gemässigte Islamisten säkulare, demokratische und emanzipatorische Werte ablehnen, werden sie von einem Teil der Linken als angebliche Rassismusopfer unterstützt. Weil der Islam pauschal als «Religion der Unterdrückten» eingestuft wird, klagt man gemeinsam über Islamophobie, obwohl dieser schwammige Begriff oft nur darauf abzielt, Kritik an islamistischen Umtrieben unter Rassismusverdacht zu stellen. Diese seltsame Allianz zwischen linken und muslimischen Eiferern nennt man in Frankreich Islamogauchismus – und dieses Phänomen prägt auch die gegenwärtigen Debatten um die Universitäten.

## «Vidal, halt die Schnauze!»

Wegen der zahlreichen islamistischen Terroranschläge der letzten Jahre mit über 250 Toten und der Anti-Terror-Massnahmen der Regierung wird die Diskussion zunehmend aggressiv geführt. Dies umso mehr, seit ein Tschetschene den Lehrer Samuel Paty 2020 auf offener Strasse enthauptet hat. Der Bildungsminister Jean-Michel Blanquer sprach von «Verheerungen», welche die ideologischen Verirrungen an den Universitäten anrichteten. Die für die Hochschulbildung zuständige Ministerin Frédérique Vidal kündigte eine offizielle Untersuchung über den «Islamogauchismus» an, der wie ein Krebsgeschwür an den Unis wuchere.



An den Universitäten haben diese Äusserungen für Applaus, vor allem aber für Entsetzen gesorgt: Es gab Unterstützungsbriefe und Rücktrittsforderungen an Vidal, man organisierte Kolloquien und Gegenkolloquien, in denen der «wokisme» wahlweise als «neuer totalitärer Geist» oder als blosses Phantom eingestuft wurde: Erfunden, um staatliche Eingriffe in die Forschungsfreiheit zu rechtfertigen.

Eine dieser Veranstaltungen hat Gisèle Sapiro mitorganisiert, eine Soziologin, die am Nationalen Zentrum für wissenschaftliche Forschung (CNRS) sowie an der École des hautes études en sciences sociales (EHESS) lehrt. Sie arbeitet in einem kleinen Büro im fünften Stock des EHESS-Gebäudes, im Gang hat jemand politische Plakate aufgehängt. Eines fordert den Rücktritt des Innenministers, ein anderes ruft in geschlechtergerechter Sprache zum Streik auf («Toustes en grève!»), und noch ein anderes stammt von der Linksaussen-Gruppe «EHESS en lutte»: «Vidal, ouvre nos facs et ferme ta gueule» – Vidal, öffne unsere Unis und halt die Schnauze.

Dieser Ton wirkt auf der Etage der «enseignants» keineswegs deplatziert: Hier betrachtet man die Diskussion um die Universitäten vor allem als obrigkeitlichen Angriff auf die «kritischen» Wissenschaften – wobei links und kritisch gerne als Synonyme verwendet werden.



**Gisèle Sapiro, Professorin an der École des hautes études en sciences sociales (EHESS), Paris.**

Hannah Assouline

«Man versucht, die kritischen Wissenschaften zu diskreditieren», sagt Gisèle Sapiro, «man will die Universitäten zerstören.» Mit der Einmischung der Regierung entwickle sich die Debatte in eine «extrem beunruhigende» Richtung. «Frankreich ist natürlich nicht mit Ungarn vergleichbar. Aber dort sind zum Beispiel die Gender-Studies verboten worden. Hat man also nicht allen Grund, Stigmatisierungen vonseiten des Staates als Gefahr zu sehen?»

Die 56-Jährige bewegt sich schon lange in der Hochschulwelt, sie hat mit Pierre Bourdieu zusammengearbeitet. Wenn sich die Dinge in ihren Augen verändert haben, dann zum Positiven: «Noch Ende der 1990er Jahre hat es etwa in der Politikwissenschaft nur zwei Professorinnen gegeben, auf manchen Feldern hat sich die Uni stark feminisiert.» Auch das Niveau der Studenten schätzt sie heute höher ein als früher. Viele seien hervorragend vernetzt und international erfahren.

## Islamogauchismus? «Ich weiss nicht, was das sein soll»

Radikale Tendenzen, wie sie sich an den amerikanischen Universitäten zeigen, lehnt Sapiro zwar ab: Sie hält es für problematisch, wenn literarische Werke als verletzend und nicht mehr lesbar eingestuft werden oder wenn Professoren nach denunziatorischen Anschuldigungen entlassen werden. Aber: «An unseren Universitäten passiert das nicht.» Vielmehr würden in der französischen Debatte «Feindbilder konstruiert», auch von den Medien, die vieles falsch darstellen würden. Da werde alles vermengt, von der geschlechtergerechten Sprache über die angebliche Cancel-Culture bis zum sogenannten Islamogauchismus, von dem sie gar nicht wisse, «was das eigentlich sein soll».

Letztlich, so glaubt Sapiro, diene die ganze Debatte bloss dazu, von einem geplanten «neoliberalen Umbau» der Universitäten abzulenken – denn die Regierung denkt darüber nach, an den öffentlichen Universitäten künftig Studiengebühren zu verlangen. Dass in der politischen Diskussion vieles vermischt und übertrieben wird, steht ausser Frage, besonders wenn man Präsidentschaftskandidaten wie Éric Zemmour zuhört. Wer die «culture woke» jedoch bloss als konstruiertes Feindbild sieht, konstruiert sich ebenfalls eine eigene Welt.

Denn in der Studentenschaft, aber auch im Lehrkörper gibt es Trends und Ideologien, die politisch nie mehrheitsfähig wären, an den Hochschulen jedoch grossen Einfluss entfalten. Das beweisen nicht nur die Plakate in den Gängen der eigentlich der Neutralität verpflichteten Lehranstalten. Vorlesungen und Kurse beschäftigen sich mit der «Soziologie der Rassen», der «Dekolonisierung der Soziologie» oder dem «kulinarischen Weissein».

Der moralische Druck, den die «culture woke» entfalten kann, zeigt sich exemplarisch im Zusammenhang mit dem Islamogauchismus. Der muslimische Autor Mohamed Sifaoui etwa sah sich wiederholt mit Studentenprotesten und Kursabsagen konfrontiert, weil er mit seinen Recherchen zum politischen Islam angeblich Islamophobie schürt. Ein postum veröffentlichter Text des «Charlie Hebdo»-Zeichners Charb – er kritisiert darin den politischen Missbrauch des Begriffs «Islamophobie» – durfte an manchen Universitäten gar nicht, an anderen nur unter massiven Protesten rezitiert werden.

«Indem sie diesen Anlass organisiert», so warfen Aktivisten der Studentengewerkschaft Solidaires 2018 der Universität Paris vor, «beteiligt sich die Universität an der rassistischen Konstruktion eines <inneren Feindes>.» Dabei war Charb 2015 von dem angeblich bloss konstruierten islamistischen Feind erschossen worden, zusammen mit neun weiteren Redaktionsmitgliedern und einem Polizisten.

## Schuld ist der Staat, nicht die Extremisten

An dieser Täter-Opfer-Umkehr beteiligen sich nicht nur Studenten, sondern auch Forscher. Islamistischer Terror ist in ihrer Wahrnehmung vor allem eine Folge von Diskriminierung und dem aggressiven französischen Laizismus. Und wenn der Staat gegen legalistische Islamisten vorgeht, die ihre antidemokratischen Ziele ohne Terror durchsetzen wollen, ist auch das ein Beweis für den rassistischen Charakter Frankreichs.

Der Soziologe Jean-François Bayart etwa witterte 2020 «republikanischen McCarthyismus», als die französische Regierung Massnahmen gegen Extremismus ankündigte. Andere wie der EHESS-Studiendirektor Farhad Khosrokhavar lassen sich über den «laizistischen Fundamentalismus» aus, der alle Muslime stigmatisiere. Oder sie sprechen, wie der Soziologe Raphaël Liogier, von «staatlich unterstützter Islamophobie».

Wer sich dagegen kritisch mit dem Begriff «Islamophobie» auseinandersetzt, muss mit Attacken rechnen, die auch aus dem universitären Milieu kommen. So wurden letztes Jahr zwei Professoren der Sciences Po von Grenoble von linksradikalen Studenten beschuldigt, faschistische Hetzer zu sein. Das Vergehen der beiden war, dass sie das Konzept der «Islamophobie» im Gegensatz zu ihren Kollegen für unwissenschaftlich halten – und dass sie dessen Gleichsetzung mit dem in Frankreich wahrhaft mörderischen Antisemitismus kritisieren (zumal der gegenwärtige Judenhass oft von den angeblich antirassistischen Islamisten ausgeht).

Die Vorwürfe, so zeigte eine staatliche Untersuchung, waren haltlos. Von ihren Kollegen wurden die beiden nur halbherzig verteidigt oder gar öffentlich als Rassisten verurteilt, die eine Gegenreaktion provoziert hätten. Sanktionen gegen die Studenten, deretwegen die Professoren unter Polizeischutz gestellt werden mussten, blieben vonseiten der Universität aus. Dafür wurde einer der Professoren vom Dienst suspendiert, weil er sich in den Medien wiederholt über den Verrat seiner Kollegen und Vorgesetzten beschwert hatte. Dass der Präsident der Region Auvergne-Rhône-Alpes ankündigte, den Sciences Po die Gelder zu streichen, ist für die Apologeten der «culture woke» nur ein Beweis, dass die reaktionäre Obrigkeit etwas gegen kritische Wissenschaftler habe.

## Die letzte Bastion der Linken

Für andere ist die «Affäre von Grenoble» eine «sale affaire», die beweist, dass sich das Klima an den Universitäten verändert hat – nicht zum Guten. So zumindest sieht es der Politologe Pascal Perrineau, der seit 1991 als Professor an den Sciences Po lehrt – derzeit in einem Gebäude an der Place Saint-Thomas-d'Aquin, das von der Polizei streng bewacht wird. «Die französische Linke ist politisch so schwach wie seit Jahren nicht mehr», sagt er. «Die Universität ist gewissermassen ihre letzte Hochburg, die Bastion, in die sie sich zurückzieht – und sich zu Teilen radikalisiert.»



Pascal Perrineau, Professor am Institut d'études politiques in Paris.

Vincent Isore

Anders als Gisèle Sapiro ist er der Meinung, dass sich die universitäre Welt in einer Ideologisierungphase befindet, wie in den 1960er und 1970er Jahren, als Stalinisten, Maoisten und Trotzisten die Wissenschaften zu Vereinnahmungen versuchten. «Der extreme Diskurs hat zwar keine Mehrheit, aber in manchen Fächern ist er signifikant», sagt er, «das gilt für die Soziologie, die Psychologie und die Politikwissenschaften. Radikale Studenten sind dort sehr aktiv, sie protestieren, bekommen Plattformen in den Medien, sie versuchen andere Studenten zu beeinflussen.»

Dominant ist laut Perrineau nicht die republikanische, laizistische Linke, sondern die «multikulturalistische» Linke. Diese wittert überall strukturelle Diskriminierung und verleugnet die traditionelle marxistische Abneigung gegen Religionen zumindest in Bezug auf den Islam – mit dem Ziel, muslimische Migranten als neues Proletariat gegen das System zu mobilisieren. In der muslimischen Bevölkerung wiederum stellten 20 bis 30 Prozent religiöse Gebote über staatliche Gesetze, was diese Allianz umso gefährlicher mache.

## Mit den Marxisten war's einfacher

Die Folgen der linksextremen Einflüsse an der Universität beschreibt Perrineau so: Aktivismus wird mit Forschung verwechselt; die Qualität wissenschaftlicher Arbeiten sinkt; die Laizität wird als rassistisches, gegen Muslime gerichtetes Herrschaftsprinzip verachtet; es breitet sich eine Kultur der Denunziation und der Beschimpfung aus, in der ein Austausch von Argumenten oft kaum noch möglich ist. Perrineau selber war in den 1970er Jahren Mitglied der Sozialistischen Partei, und die Diskussionen mit den Marxisten hat er nicht nur als angenehm in Erinnerung. Aber: «Mit denen konnte man noch reden. Heute geben mir manche Leute nicht mehr die Hand, weil ich offenbar etwas Falsches gesagt habe.»

Um das Klima zu veranschaulichen, zeigt der Professor den Brief eines Studenten, der sich an den Sciences Po zunehmend unwohl fühlt. «Die Studenten, die der radikalen Linken zuneigen, wissen, dass sie auf die stillschweigende Unterstützung der Professoren zählen können», heisst es darin etwa. Da sie kaum auf Widerspruch stossen, könne die extreme Linke alles als «rechts» und «rassistisch» dämonisieren, was ihr nicht passe. Darunter auch Diskussionen über Islam, Migration und Sicherheit. Wer mit diesen Dogmen nicht einverstanden sei, ziehe es meist vor, zu schweigen – und sich Kollegen ausserhalb der Universität zu suchen.

Wie sich diese ideologischen Einflüsse auf die Forschung auswirken, lässt sich nur schwer quantifizieren. Laut einer internen Studie der Sciences Po drehten sich lediglich 3 Prozent aller Forschungsarbeiten um den Begriff «Rasse», untersucht wurden jedoch nur die Jahre 2015 bis 2019. Die Erhebung über den Islamogauchismus, die Ministerin Frédérique Vidal ankündigte, wurde vom CNRS nie in Angriff genommen. Sicher ist, dass die extreme Linke in einem ihr wohlgesinnten Umfeld agiert. So stuften sich bei einer Umfrage auf dem Pariser Campus 42 Prozent der erstsemestrigen Politologie-Studenten als «links» und 26 Prozent als «linksextrem» ein.

Vertreter nichtradikaler Studentenorganisationen berichten in den Medien regelmässig von Verleumdungen in den sozialen Netzwerken, von Schmierereien und tätlichen Angriffen. Betroffen sind auch laizistische Linke, die den universellen Charakter der Menschenrechte betonen und eine ideologische Kumpanei mit Islamisten strikt ablehnen. Gleichzeitig beobachten Kritiker der

«culture woke» wie Pascal Perrineau eine Radikalisierung traditioneller Studentenorganisationen wie der Union nationale des étudiants de France (Unef).

## Denunziation ist Pflicht für wachsame Studenten

Mit 30 000 Mitgliedern die grösste studentische Organisation des Landes stand die Unef einst der Sozialistischen Partei nahe und vertrat einen republikanischen, laizistischen Kurs. Heute fällt sie dagegen mit «non-mixtes»-Veranstaltungen – exklusiv für Nichtweisse –, geschlechtergerechter Sprache und Sympathien für politisches Mobbing auf. Den Studenten, die in Grenoble gegen die beiden Professoren hetzten, versicherte die lokale Unef-Gruppe ihre Solidarität: Es sei Pflicht, solche «islamophoben, rassistischen und reaktionären Äusserungen» zu denunzieren.



## Mélanie Luce, bis März 2022 Präsidentin der Studentengewerkschaft Unef.

Vincent Isore / Imago

Das Hauptquartier der Unef befindet sich im 19. Arrondissement, zwischen etwas heruntergekommenen futuristischen Wohnblöcken aus den 1970er Jahren. Oben, im zweiten Stock, arbeitet Mélanie Luce, die die Unef bis Anfang März präsidierte. Sie sitzt in einem dunklen, mit alten Sperrholzmöbeln bestückten Zimmer; die Decke ist rissig und mit Wasserflecken bedeckt. «Die Rechte schlagen, die Linke verändern» steht auf einem Aufkleber. Luce ist tatsächlich ein Beweis dafür, dass sich die Linke verändert. Sie ist dunkelhäutig und weiblich, und anders als es Vorurteile über verwöhnte Studenten vermuten lassen, besitzt sie in sozialen Fragen eine hohe «street credibility».

«Die ganzen Diskussionen um die Ideologie», so sagt sie sichtlich genervt, «beschäftigen die Studenten doch überhaupt nicht. Die fragen sich, wie sie die Miete und das Essen bezahlen sollen. Auf Masterstufe gibt es heute nur 7 Prozent Arbeiterkinder. Darüber sollten Sie schreiben!» Dass Luce und ihre Unef-Genossen keine klassischen Linken sind, offenbart sich in ihrem komplizierten Verhältnis zum Thema Islamismus. So betont Luce, wie wichtig ihr die Meinungsfreiheit sei und wie sehr sie «lynchings» wie in Grenoble ablehne (anders als ihre dortigen Genossen), um jedoch gleich hinzuzufügen, dass niemand islamophob sein dürfe.

Die Unef selber kämpft offiziell gegen islamistischen Terror und «Obskurantismus», ihre Vertreter wurden an Anti-Terror-Demonstrationen jedoch nicht ohne Grund als «collabos» (Kollaborateure)

beschimpft. So erklärte der ehemalige Unef-Aktivist Paul Melun im «Figaro», seine Genossen hätten sich in den letzten Jahren zunehmend einem identitätspolitischen Diskurs verschrieben und sich Islamisten wie Tariq Ramadan angenähert. Zudem ist die Unef an mehreren Universitäten gemeinsame Listen mit den Etudiants Musulmans de France eingegangen, die wiederum Mitglied des euro-muslimischen Studentenverbandes Femyso sind – laut Geheimdienstberichten eine Struktur aus dem Umfeld der antisemitischen, antidemokratischen und fundamentalistischen Muslimbruderschaft.

## Shitstorms von überall

Trotz diesen Widersprüchen sind die Anhänger der Unef und die mit ihnen sympathisierenden Professoren überzeugt, auf der richtigen Seite zu stehen. Wer es anders sieht, wird schnell verdächtigt, ein Anhänger von Éric Zemmour zu sein – einem Mann, der allen Bürgern ohne französischen Vornamen das Französischsein abspricht und jede ideologische Verirrung an den Universitäten für seine Zwecke instrumentalisiert.

In diesem polarisierten Klima ist es für gemässigte Studentinnen wie Jade Journée schwierig, sich zu behaupten. Sie erntet Shitstorms von rechts, wenn sie in den sozialen Netzwerken schreibt, dass die meisten Muslime nichts mit Terror zu tun hätten. Kritisiert sie dagegen die «culture woke», wird sie von Kolleginnen blockiert und geschnitten.

Dennoch wolle sie den Kommunitarismus weiter bekämpfen, egal ob dieser von rechts, links oder muslimischer Seite komme, denn: «Diese Leute werden in ein paar Jahren regieren, und ich mag mir nicht vorstellen, wie eine Gesellschaft aussieht, die auf rassistischem Kohortendenken basiert.» Ihre Plakate will sie auch künftig aufhängen. Selbst wenn sie in den Sciences Po nur ein paar Stunden überleben.

Mitarbeit: Claudia Mäder.



14 décembre 2022 (FAZ)

<https://www.faz.net/aktuell/karriere-hochschule/sciences-po-wird-150-jahre-alt-mit-affaeren-und-wokeness-18529881.html?premium>

SCIENCES PO DE PARIS:

## Keine Zensur für Darwin

VON [JÜRIG ALTWEGG](#)

-AKTUALISIERT AM 14.12.2022-09:46



Im Griff einer protestfreudigen Studentengeneration: die Sciences Po in Paris Bild: Mehdi Chebil/Laif

An ihrem hundertfünfzigsten Geburtstag hat die französische Elitehochschule Sciences Po keinen Grund zum Feiern. Stattdessen ringt sie mit Affären und der woken Studentenschaft.

Frankreichs Eliteschule Sciences Po feiert ihren 150. Geburtstag. Vor einem Jahrzehnt wurde ihr charismatischster Leiter Richard Descoings tot in einem Hotelbett in New York aufgefunden. In einer postumen Biographie beschreibt eine Journalistin der „Monde“ seinen Hang zu Alkohol, Drogen und homosexuellen Orgien. Vor drei Jahren erschütterte die Inzest-Affäre um Olivier Duhamel nicht nur die Schule, sondern die Gesellschaft schlechthin. Aktuell steht der Direktor von Sciences Po Nancy vor Gericht. Er hat seiner Mitarbeiterin Drogen in den Champagner gemischt. Unklarheit ist nur das Motiv: Er wollte ihr seine Kokainabhängigkeit offenbaren, sagt der Täter. Von Vergewaltigung spricht das Opfer.

Science Po hat wenig zu feiern. Nicht nur wegen der Skandale, sondern auch als Instrument einer sich selbst reproduzierenden, zur Erneuerung unfähigen Elite ist die Schule in Verruf geraten. Nicht viel besser ist ihr Ruf als Hochburg der Woke-Bewegung. Die Stimmung ist mies, unter den Studenten aber revolutionär. 55 Prozent wählten [Jean-Luc Mélenchon](#), den Kandidaten des linksradikalen „Unbeugsamen Frankreich“, der innerhalb der entsprechenden Altersschicht lediglich 31 Prozent der Stimmen bekam. Die von den Studenten am meisten bewunderten Politiker sind keine Französinen, sondern die amerikanische Abgeordnete Alexandria Ocasio-Cortez und die neuseeländische Premierministerin Jacinda Ardern. Es folgen Macron und Mélenchon. An fünfter Stelle: Wolodymyr Selenskyj.

Diese Zahlen stehen in einem Bericht des Forschungsinstituts Cevipof, das zu Sciences Po gehört. Erfasst wurden sie von Martial Foucault und Anne Muxel. Die gleiche Erhebung gab es vor zwanzig Jahren. Die neue Generation ist sehr viel stärker politisiert. 71 Prozent bezeichnen sich als links. Innerhalb der gesamten Altersschicht sind es 41 Prozent. 22 Prozent hatten sich 2002 zum rechten Lager bekannt, jetzt sind es nur noch vierzehn Prozent. Bei den gleichaltrigen Franzosen ist der Trend



gerade umgekehrt: Die Selbsteinschätzung rechts stieg von vierzehn auf 38 Prozent. Die Elite von morgen ist links – radikal links. Die Gesellschaft aber folgt ihr nicht.

## Im Griff der Minderheiten

Noch linker, feministischer und radikaler sind die Frauen. 59 Prozent wählten Mélenchon. Die Bereitschaft für Demonstrationen, Streiks und Blockaden ist stärker bei den Männern, die politische Veranstaltungen besuchen und in Parteien eintreten. Die Frauen setzen die Prioritäten bei der Gleichberechtigung, LGBTQ+ und dem Kampf gegen sexuelle Gewalt. 88 Prozent der Studenten aller Geschlechter halten die MeToo-Bewegung für eine positive Entwicklung.

Die ganze Welt bewunderte Frankreich einmal für sein Institut d'Études Politiques (IEP), wie „Sciences Po“ offiziell heißt, und schickt weiter Jugendliche zum Studium nach Paris. Dass die französischen Eliteschulen in den internationalen Ranglisten heute weit hinten rangieren, hat viel mit französischen Besonderheiten zu tun. Bei Sciences Po scheint die „exception française“ nur noch aus den Ausschweifungen ihrer Vorsitzenden zu bestehen. Bitter klagen Professoren über den Niedergang nicht nur der intellektuellen „Excellence“, sondern der Allgemeinbildung. Die Minderheiten haben Sciences Po in den Griff genommen und frönen der „Intersektionalität“ aus Islamgauchismus, Antirassismus und Feminismus. Sie tun es mit den Methoden des intellektuellen Terrorismus. Für Gender-Sprache gibt es bessere Noten.

Die Folge der Cancel Culture sind Zensur und Selbstzensur. Ein Seminar über „Biologie, Evolution, Gender“ wurde mit der Begründung verboten, Peggy Sastre rechtfertigte mit ihren Thesen zu Darwin die Vergewaltigung der Frauen durch die Männer. **Der Deutsche Klaus Kinzler, der am Institut d'Études Politique in Grenoble „civilisation allemande“ unterrichtete, wurde der „Islamophobie“ bezichtigt und auf Mauerinschriften als „Faschist“ beschimpft. Man versprach ihm ein Schicksal wie Samuel Paty, der gerade geköpft worden war. Sechs Wochen stand Kinzler unter Polizeischutz. In einem Aufruf in „Le Monde“ gaben ihn auch die Kollegen, die sich nie mit ihm solidarisiert hatten, zum Abschuss frei: Kinzler habe ihre Ehre verletzt. Von der Schulleitung wurde er suspendiert. Der konservative Präsident der Region, Laurent Wauquiez, drohte dem IEP Grenoble im Gegenzug mit der Streichung der Subventionen aus Lyon. „Inzwischen bin ich endgültig kaltgestellt“, erzählt Kinzler. Zum Semesterbeginn wollte er den Unterricht wieder aufnehmen. Er wurde, ohne dass man ihn je angehört hätte, mit einem Berufsverbot belegt. Sein Gehalt bezieht er weiter.**

## Eliten gegen den Extremismus

Für die Leitung von Sciences Po Paris hat der Staat nach der Duhamel-Affäre eine interne Nachfolge verworfen. Vor ein paar Monaten trat der krisenerprobte Mathias Vicherat das heikle Amt an. Der Spitzenbeamte arbeitete bei der Präfektur in der Banlieue Saint-Denis, bei der Staatsbahn und im Nahrungsmittelkonzern Danone. Der Anspruch ist hoch. Vicherat hat den Auftrag, seine Institution zur „weltweit maßgebenden Hochschule“ im Bereich der „politischen Wissenschaften“ zu machen.

Mathias Vicherat bekennt sich zur „positiven Diskriminierung“. Die Woke-Problematik sei von den Medien aufgebauscht worden. Veranstaltungen unter dem Ausschluss „anderer Geschlechter, welcher auch immer“, hat er verboten und die Partnerschaft mit dem viel geschmähten Erdölkonzern Total eingestellt. Die Absage des Seminars von Peggy Sastre rechtfertigt er mit fehlender „wissenschaftlicher Integrität“: „Wir zensurieren Darwin nicht.“ Auch der niedergeschriene Philosoph Alain Finkielkraut sei willkommen. Im Wahlkampf hat Vicherat die geforderten Auftrittsverbote für Eric Zemmour und Marine Le Pen verboten. Bei den diskreten Feierlichkeiten zum 150. Geburtstag setzte er einen akademischen Schwerpunkt. Es wurden vierzig Präsidenten internationaler Universitäten eingeladen. Themen waren die Verteidigung der akademischen Freiheiten in der Welt und die Hilfe, die man verfolgten Gemeinschaften leisten kann.

Gegenwärtig besuchen mehr als sechzig ukrainische Studenten die Hochschule. „Von Mäzenen haben wir mehr als eine Million Euro an Spenden bekommen. Wissenschaftler aus Afghanistan und der

Ukraine wurden in den Lehrkörper integriert. Wir wollen eine akademische Fluchtburg sein“, erklärt Vicherat. Zusammen mit dem früheren Premierminister Jean-Pierre Raffarin, der eine Friedensstiftung betreibt, will er in der Welt „Sciences-Po-Wanderschulen“ begründen. Ziel ist die Ausbildung einer „neuen Generation von Führungskräften, die fähig sind, der Gewalt und dem Extremismus zu widerstehen“.

Mathias Vicherat hatte die einzigartige „Ecole Nationale d’Administration“ (ENA), die Kaderschmiede der politischen Elite, in der gleichen Klasse wie [Emmanuel Macron](#) besucht. Der Staatspräsident opferte sie der Revolte der „Gelbwesten“ gegen den Staatsadel, dem beide angehören. Die ENA war nach dem Zweiten Weltkrieg gegründet worden, als es darum ging, die in Vichy korrumpierte Verwaltung zu erneuern. Wie die ENA verdankt Sciences Po ihre Existenz einem Trauma namens Deutschland. Sie nahm ihren Schulbetrieb im Jahr nach der Niederlage von 1871 und Bismarcks Reichsgründung im Schloss von Versailles auf. Zu ihren Absolventen gehörte Baron Pierre de Coubertin. Die Olympischen Spiele der Neuzeit begründete er in der Absicht, die französische Jugend auch körperlich zu ertüchtigen und für die Revanche vorzubereiten.

„In den vergangenen Monaten habe ich mehr als in vierzig Jahren Beschäftigung mit Deutschland gelernt“, fasst Klaus Kinzler seine Erfahrung zusammen: „Ich habe gesehen, wie eine Minderheit mit gesetzeswidrigen Methoden und Terror der Mehrheit ihr Gesetz aufzwingt.“ Für das Wintersemester hat ihm die Schulleiterin den Auftrag gegeben, zu Hause eine Strategie der Zusammenarbeit mit Deutschland zu entwickeln. Aber ausdrücklich verboten, zu deutschen Universitäten Kontakt aufzunehmen.